Nr. 28. 11. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 4 Mk., für das übrige Ausland 5 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6619.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 3. Februar 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Ein „dummer" Streich?

Die Herren Unabhängigen und Anarchisten werfen der Sozialdemokratie bekanntlich vor, daß sie, sei es aus persönlicher Feigheit oder aus spießbürgerlicher Rechnungsträgerei, den Gebrauch revolutionärer Mittel verschmähe und die Arbeiter vom Gebrauch solcher Mittel abhalte, wodurch der Sieg der Revolution verzögert werde. Es fällt uns nicht ein, diesem tausendmal widerlegten Vorwurf die Ehre einer tausend und ersten Widerlegung zu theil werden zu lassen. Unsere Leser wissen, daß er auf einer kindischen Verwechselung von Zweck und Mittel, Macht und Gewalt beruht. Wenn Marx die Gewalt als Geburtshelferin der politischen und sozialen Umgestaltung bezeichnet hat, so hat er damit nicht gesagt und nicht sagen können, daß die Gewalt als solche ein revolutionärer Faktor sei. Wenn ich einen Reaktionär, der mit geschwungenem Säbel auf mich losstürmt, mit meinem Stocke zu Boden schlage, so ist mein Stock doch nicht revolutionär — ebenso wenig wie der zur Bethätigung der Gewalt noch viel geeignetere Säbel des reaktionären Gegners. War der Kochtopf Vaillant's etwa revolutionär? Wie furchtbar revolutionär müßte da erst der preußische Kriegsminister sein, der über Millionen von Sprenggeschossen verfügt — jedes hundertmal mörderischer als der Vaillant'sche Kochtopf.

Und wäre es revolutionär, wenn wir in der Straße ein paar Dutzend Polizisten zu Boden schlügen, um uns zehn Minuten später von herzueilenden Polizisten und Soldaten niederhauen und niederschießen zu lassen? Das wäre nicht revolutionär, es wäre verrückt und machte niemandem Spaß als unseren Feinden, die sich ins Fäustchen lachen würden.

Ja, wenn wir mit „Gewalt" die Revolution „machen" könnten! Aber das geht eben nicht; nur ein Simpel oder ganz Unwissender glaubt es noch. Und jeder Versuch der sogenannten „Anarchisten" oder „Unabhängigen", durch „Propaganda der That" die „Revolution" zu „machen", hat — je nach den Umständen — zu lächerlichem oder blutigem — in jedem Fall gleichgründlichen — Fiasko geführt, so daß die revolutionären Arbeiter aller Länder von dem Trugschein des Anarchismus, der nichts ist als ein vom Sumpf der Bourgeois-Gesellschaft ausgehauchtes Irrlicht, sich längst abgewandt haben. Nur hier und da rumort der anarchistische Poltergeist noch, und finden sich Gruppen von rückständigen Leuten, wie z. B. unsere „Unabhängigen", die noch an das alte Gespenst glauben, oder wenigstens zu glauben vorgeben. Was wir von diesen „Unabhängigen" und verwandten unsicheren Kantonisten halten, das haben wir schon so oft gesagt, daß eine Wiederholung vom Uebel wäre. Wir wollen auch nicht wiederholen, was wir über die neuesten „Thaten" des „Anarchismus" gesagt. Wir wollen nur von dem letzten Streich reden, in dem er sein „revolutionäres" Wesen gezeigt hat — wir meinen den Züricher Krawall.

Wohlgemerkt, wir behaupten nicht, daß die „Unabhängigen" und „Anarchisten" in Zürich den Zug gegen das Haus des italienischen Konsuls vorbereitet und in Szene gesetzt haben — das könnte für eine Denunziation gelten, obgleich jene Herren ja ihrer eigenen Redeweise nach Feiglinge wären, wenn sie nicht bei der Sache mitgewirkt hätten. Indeß eins steht fest: jener Krawall war eine „revolutionäre That" im Sinne der Unabhängigen und Anarchisten. Oeffentliche Manifestation, Prügelei mit der Polizei — alles genau nach dem Rezept, das man uns „Feiglingen" so oft vor die Augen gehalten hat.

Und wo ist die Revolution? Hat das Rezept sich bewährt?

Nun, die Revolution ist nicht da; und wie das Rezept sich bewährt hat, das lehrt uns ein Blick in die schweizerische Presse.

Riesiger Jubel in den Zeitungen der Reaktionäre! Und einstimmige Verurtheilung der „That" durch sämmtliche demokratischen und Arbeiterblätter der Schweiz.

Der Weizen der Reaktion blüht, das schweizer Asylrecht ist auf lange Jahre hinaus vernichtet, und die revolutionäre Sache der Arbeit hat schwer in der öffentlichen Meinung gelitten.

Einige „Unabhängige" spielen natürlich die harmlosen Lämmer, und schieben alle Schuld auf die Polizei, die freilich wohl nicht mit Sammetpfötchen zugegriffen hat — was übrigens beiläufig bemerkt für die anarchistischen Bramarbasse sehr wenig schmeichelhaft gewesen wäre. Im Baseler „Vorwärts" geht unser Freund Wullschleger mit diesen „unabhängigen" Polizeiheulern scharf ins Gericht. Er schreibt:

> Wir glauben auch, daß bei taktvollem, besonnenem Auftreten der Polizei die Demonstration einen wesentlich friedlicheren Verlauf genommen hätte. In dieser Beziehung gab die St. Galler Polizei beim Militärmusik-Krawall ein gutes Beispiel. An Takt hat es leider die Polizei in Zürich bei solchen Anlässen — man denke nur an den Schlosserstreik — bis jetzt fast immer fehlen lassen.
>
> Leider können, trotz der polizeilichen Tölpelhaftigkeit, die Manifestanten auch von unserem Standpunkte aus nicht von jeder Schuld freigesprochen werden. Die Demonstration an sich war, daß wir's offen heraussagen, ein dummer Streich. Wir erheben wahrlich keine Vorwürfe gegen die armen italienischen Arbeiter, die in gerechter Entrüstung über die traurige Lage ihrer Brüder und Schwestern in der Heimath und die Schandwirthschaft der Crispi und Genossen durch ihr südländisch-hitziges Temperament zu einer nutzlosen Demonstration sich hinreißen ließen.

Aber diejenigen, die als Wortführer die Konsequenzen ihrer Reden und Anträge mehr oder minder zu bedenken verpflichtet waren, hätten sich sagen müssen: 1. eine solche Demonstration bringt uns nothwendig mit der öffentlichen Gewalt in Konflikt, weil die Schweiz völkerrechtlich verpflichtet ist, die Vertreter der ausländischen Regierungen vor jeder Unbill zu schützen; 2. sie ist eine Thorheit, weil den italienischen Konsul in Zürich doch keinerlei Verantwortlichkeit treffen kann für die Zustände in Italien; 3. sie ist ein bewußter oder unbewußter Verrath an der Sache des arbeitenden Volkes, weil sie eine schändliche Institution der politischen Polizei und überhaupt aller reaktionären Bestrebungen stärkt. Eine Revolte hungernder und unwissender Arbeiter, wie es der Berner Krawall war, hat, so wenig wir ihn vom Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit aus gutheißen können, unsere volle menschliche Sympathie; für solche Demonstrationen aber, wie die vom letzten Sonntag in Zürich, mangelt sie uns, wenn auch selbstredend die Polizeibüffelei unseren scharfen Tadel herausfordert. Doch den Kultus der revolutionären Phrasen und der zwecklosen Demonstrationen dürfte nachgerade jeder in die Rumpelkammer werfen, dem es wirklich um die Förderung der Arbeitersache zu thun ist, und nicht um die Stärkung der internationalen, polizeispitzelnden Reaktion.

Sehr richtig und sehr — mild geurtheilt. „Dummer Streich", gewiß richtig — von den „Dummen", die gedankenlos mitgelaufen sind und nur an eine „Dummheit" gedacht haben. Allein, sollten denn Alle „dumm" gewesen sein? Das ist uns doch unwahrscheinlich. Und waren Gescheidte dabei, die sich die Folgen überlegt haben, dann haben sie keinen dummen Streich gemacht, sondern einen gescheidten, einen sehr gescheidten Streich für die internationale Reaktion.

* * *

Unser Schweizer Korrespondent schreibt uns über den „Züricher Krawall":

Zürich, 31. Januar.

Die schweizerischen Behörden haben Glück. Mit Ausnahme der in Chaux-de-Fonds zu je 4 Monaten Gefängniß und 1000 Franken Buße verurtheilten 5 Anarchisten wäre die jüngste Aktion der politischen Polizei resultatlos verlaufen, wenn nicht am Sonntag in Zürich der Italiener-Krawall, wie die bezüglichen Vorgänge geheißen werden, vorgekommen wäre. Der „Vorwärts" hat darüber bereits telegraphisch berichtet, indeß ist der Vorgang von den Agenturen stark aufgebauscht worden. Wie ein im Hause des italienischen Konsulats wohnender Kaufmann der über den Vorfall wegen seiner polizeilichen Folgen sehr vergnügten „Neuen Züricher Ztg." berichtet, zählte der Demonstrationszug nicht 500, sondern nur 60 Theilnehmer, ein Beweis dafür, daß von den zirka 800 Versammlungsbesuchern nur ein kleinerer Theil mit der Demonstration einverstanden war. Ferner verhielt sich nach demselben Berichte die Gruppe vor dem Konsulat im ganzen recht harmlos und zog dann zum Theil singend weiter. Erst nach einer Weile

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [Alle Rechte vorbehalten

Helene. [33

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Konrad war der Nothwendigkeit enthoben, darauf zu antworten. Minister Lermina und Vizesekretär Dr. Mende kamen mit dem Hausherrn die Terrasse herauf.

Exzellenz wollte dem kranken Bruder seines Gastgebers einen kurzen Besuch machen.

Als ihm Konrad vorgestellt wurde, schoben sich seine Brauen ein wenig in die Höhe, als wüßte er, wer das sei, dann grüßte er kalt und höflich.

Man kam sogleich auf den Krieg und die Vorgänge vor Plewna zu sprechen; es war das Thema, das Alle interessirte. Die letzten Telegramme berichteten von wiederholten und mörderischen Angriffen der Russen auf Griviza. „Die braven Jungen sangen, als man sie gegen den Feind trieb," erzählte Max. „Aber was nützen heutzutage Muth und Tapferkeit dem Soldaten! Bei unserer verbesserten Kriegstechnik werden sie reihenweise hingemäht, — 16 000 Mann in zwei Attaquen — daß es gerade auch Menschenleiber sein müssen! Man könnte ebenso gut auf Popanze schießen," fügte er bitter hinzu.

„Es wurde so schlimm, weil man General Skobeleff im Stiche gelassen hatte," versetzte Lermina trocken, „die erbetene Hilfe blieb aus."

„Was ich in diesen Tagen gelitten habe, können Sie sich nicht vorstellen, meine Herren," versicherte der wohlbeleibte Hausherr, indem er mit seinem Tuche die feuchte Stirne wischte, da er leicht transpirirte. „Auf der Börse war das Gerücht verbreitet, Skobeleff sei verwundet — man hat ihn sogar todt gesagt, denken sie nur."

„Es ist widerrufen worden," beruhigte Vizesekretär Mende.

„Gott sei Dank, die Papiere wären enorm gesunken."

Und er wischte wieder über die Stirn, auf der die hellen Tropfen standen.

Lermina zuckte vornehm die Achseln.

„Rußland besitzt fabelhafte Hilfsmittel und mit oder ohne Skobeleff wird es die Armee Osman Pascha's gefangen nehmen oder vernichten. In jedem Falle wird es seine Mission zu erfüllen wissen."

„Und die wäre?" fragte Max.

„Die geknechteten, christlichen Bulgaren von dem türkischen Joch zu befreien," antwortete der Minister. Dann wandte er sich lächelnd an den jüngeren Gebhard: „Das muß wohl auch Ihre Sympathien verdienen?"

„Meine Sympathien, Exzellenz?" fragte dieser erstaunt, „nicht im Geringsten, da ich an diese völkerbefreiende Mission Rußlands nicht glaube. Wie könnte ein despotischer Staat, der jede freiheitliche Regung bei seinem eigenen Volke so grausam unterdrückt, einem anderen die Freiheit bringen?"

„Was es da unten will, ist Konstantinopel," bemerkte Konrad, der bisher ruhig und scheinbar theilnahmslos beiseite gestanden, nun kurz und bestimmt.

Lermina's altes Gesicht ging in die Länge und als er sich nach dem Sprecher umwandte, sah er ungemein vornehm und abweisend aus.

„Die hohe Politik der Kabinete entzieht sich der Diskussion, meine Herren; es giebt Dinge, die von Laien und Fernstehenden niemals richtig beurtheilt werden können."

„Das ist die Geschichte vom beschränkten Unterthanenverstand," bemerkte Konrad mit einem feinen Lächeln.

Exzellenz sah ihn starr an mit schier vernichtendem Blick. Aber ehe er noch etwas erwidern konnte, hatte sich die kleine kugelige Gestalt des Bankiers dazwischen geschoben.

„Aber ich bitte — ich denke — wir Alle können eine Niederlage Rußlands nicht wünschen — der Völkerfriede wäre damit bedroht — es wäre ein schreckliches Unglück!"

„Vielleicht das größte, das uns treffen könnte," versetzte Lermina mit Bestimmtheit. „Das monarchische System hat in Rußland noch immer eine feste Stütze, dort ist der Hort der Legitimität."

„Allerdings, das Gottesgnadenthum ist in Rußland," bestätigte Max.

„Leider steht es finanziell sehr schlecht," klagte Gebhart. „Der Kredit wankt, ich versichere Sie, der Rubel sinkt, und wenn die Russen Schläge bekommen, dann ist die Katastrophe da, dann haben wir die Umwälzung . . . Ich bitte Sie . . . Das möchte ich nicht mehr erleben."

Konrad lächelte. „Sie sind ein robuster Mann, Herr Gebhart, ich denke, Sie werden noch lange darüber hinaus sich Ihres Lebens erfreuen."

„Und Sie sind ein Spaßvogel, Herr Ebner; das heilige Rußland scheint Sie sehr heiter zu stimmen."

„Und doch ist es ein gar melancholisches Land," seufzte Max, „auf's Aeußerste ausgesogen, hat es jetzt die schweren Lasten dieses Krieges zu tragen, aber für die Soldaten, die Blut und Leben dahin geben, ist nicht gesorgt."

„Ihre Verpflegung soll ganz unzureichend sein," sagte Gebhart.

„Armeelieferungen, das kennt man ja, sind immer schlecht, aber die für Bulgarien sollen unter der Kanone sein."

„Es fehlt auch an Aerzten, an Pflegerinnen, sogar an Verbandsmaterial," bemerkte Konrad in seiner ruhigen positiven Weise. Und nun geht ein Hilferuf durch das Land. Tausende und Abertausende von Verwundeten sind ohne Obdach, ohne ärztliche Hilfe und Pflege und die Privathilfe muß angerufen werden, sollen sie nicht elend verderben."

„Diese Hilfe ist eine freiwillige und gern geleistete," versetzte Lermina.

schritt Polizei ein und es entstand eine Balgerei, bei der die Polizei blank zog. Ein direkter Anlaß scheint zu diesem Einschreiten auch nach der von anderer Seite gegebenen Darstellung nicht vorgelegen zu haben, dagegen wird über den polizeilichen Angriff durch ein demokratisches Blatt einiges Licht verbreitet, das die Aufregung der Polizei und namentlich ihres Hauptmanns Fischer auf die Kritik zurückführt, die ein „Unabhängiger" in der Protestversammlung vom 25. Januar an ihnen übte. Wäre dies richtig, so würde sich das Dreinschlagen der Polizei als ein persönlicher Racheakt darstellen. Es gab jedoch auf beiden Seiten Verwundete, deren Verletzungen aber nur leichte sind. Die Zahl der Verhafteten beträgt nunmehr 17, darunter auch eine junge Italienerin. Das italienische Konsulat sucht seine Landsleute in Schutz zu nehmen und die ganze Schuld an den Vorgängen den deutschen „Unabhängigen", welche in der Versammlung geredet und den Zug mit angeführt haben, zuzuschieben. Das bestreitet aber in polizeilichem Uebereifer die „Neue Zürcher Zeitung". Ginge es nach diesem plutokratisch-reaktionären Blatte, so müßten Massenausweisungen nach dem Motto erfolgen: „Das ganze Ausland soll es sein", d. h. alle Ausländer in der Schweiz müßten ausgewiesen werden, die nicht Abonnenten der „Neuen Zürcher Zeitung" sind. So schlimm wird es nun freilich nicht werden, allein die Züricher Aktion der Bundesanwaltschaft schließt nun durch die Gefälligkeit der „Unabhängigen" nicht ohne Resultat, sondern mit „befriedigendem Erfolg". Daß durch diese Vorgänge auch die Aussichten für die bundesräthliche Anarchistengesetz-Vorlage sich wesentlich bessern, kann nicht verkannt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Februar.

Bundesrath. In der am 1. d. Mts. unter dem Vorsitz des bayerischen Gesandten Grafen von Lerchenfeld-Köfering abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde eine Nachweisung der Veränderungen im Bestande des Grundbesitzes des Reichs vorgelegt, und von dem Bericht über die Thätigkeit der Reichs-Limes-Kommission vom Ende November 1892 bis 1893 Kenntniß genommen. Einem Antrage des III. IV. und V. Ausschusses, betreffend die Ergänzung und Aenderung der Anweisung zur Ausführung des Vereins-Zollgesetzes und des Eisenbahnzoll-Regulativs, sowie dem Entwurf einer Gemeindeordnung für Elsaß-Lothringen wurde die Zustimmung ertheilt. —

Die Zentrumspartei hat im Abgeordnetenhause beantragt, Erhebungen über das Wahlverfahren zu veranstalten. Der Antrag lautet:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Abgeordnetenhause baldmöglichst, zunächst für alle Städte von mehr als 10 000 Einwohnern, statistische Mittheilungen über die Ergebnisse des Wahlverfahrens nach Erlaß der Aenderungen des Wahlverfahrens betreffenden Gesetzes vom 29. Juni 1893 zu machen, welche sowohl bezüglich der Wahlen zum Abgeordnetenhause, als bezüglich der Gemeindewahlen, soweit bei diesen das Dreiklassen-Wahlsystem gilt, unter Vergleichung mit den entsprechenden Zahlen bei früheren Wahlen den Einfluß ersehen lassen, den die neuere Wahl- und Steuergesetzgebung auf die Vertheilung der Wähler in die verschiedenen Wahlklassen ausgeübt hat."

Wir müssen gestehen, daß wir uns gründlich irrten, als wir aus Anlaß des Gerüchtes, daß die Zentrumspartei einen Wahlreform-Antrag einbringen werde, in unserer Nummer vom 1. d. M. schrieben:

„Wir bezweifeln nicht, daß der Antrag durchaus demokratisch ausfallen wird, geheime Wahl, gleiches Stimmrecht u. s. f. Denn das Zentrum hat es ja oft genug gesagt, daß es alles das auch für Landes- und Gemeindewahlen wünscht, und muß endlich schandenhalber etwas in der Richtung thun. Hierzu ist Ort und Zeit außerordentlich günstig gewählt. Ort: Abgeordnetenhaus, Zeit: Landrathskammer."

Nun aber stellt sich heraus, daß die Zentrumspartei blos eine — — Statistik über die Landtagswahlen fordert. Bescheidener kann man wohl nicht sein. Wir sind aber wieder einmal gewarnt, von unseren Gegnern nichts Volksthümliches, selbst als taktisches Manöver zu erwarten. —

Zur amtlichen Handwerkerorganisation wird, wie wir dem „Volk" entnehmen, aus hiesigen Innungskreisen geschrieben, daß die Berlepsch'schen Vorschläge zur Organisirung des Handwerks unter Berücksichtigung der öffentlichen Kritik und der Berichte der Regierungspräsidenten einer wesentlichen Umarbeitung unterzogen werden sollen. Es sollen nicht neben den Innungen oder an ihrer Stelle Fachgenossenschaften errichtet werden, sondern die bestehenden Innungen sollen als Grundlage für die Organisation des Gesammthandwerks benutzt werden. Die Innungen sollen erweiterte Rechte erhalten und alle Handwerker innerhalb einer bestimmten Frist verpflichtet sein, sich ihnen anzuschließen. Hierdurch würden also obligatorische Innungen geschaffen werden. Besonderer Werth wird den Meisterprüfungen beigelegt. Nur geprüfte Meister dürfen als gerichtliche Sachverständige herangezogen werden.

Daß die Organisationen das Handwerk retten werden, mögen Innungsfanatiker erhoffen, jeder Kenner der wirthschaftlichen Entwickelung weiß aber, daß auch die revidirten Vorschläge des Herrn v. Berlepsch das Handwerk nicht vor dem Untergange behüten werden. —

Der „soziale Sport" evangelischer Geistlicher ist von einem Abt Uhlhorn in Hannover auf der dortigen Landessynode, wie wir anerkennen, ziemlich richtig beurtheilt worden. Man überschätze, so etwa führt D. Uhlhorn aus, den Werth solcher Kurse, indem sie vielmehr zu einem gerade auf diesem Gebiete gefährlichen Dilettantismus verleiteten. Auch sei nicht zu verkennen, daß diese ganze Bewegung in sozialistische Bahnen und Anschauungen einzulenken drohe, wodurch der Kirche nur neue Gefahren erwüchsen. Eine fast wörtlich gleichlautende Aeußerung eines Mitgliedes des preußischen Oberkirchenraths hat die „Magdeburger Zeitung" erfahren. In der That können die protestantischen Prediger (wie übrigens ebenso ihre katholischen Stiefbrüder im Amte) gar nichts Dümmeres begehen, als sich mit der sozialen Frage zu befassen. Sie sind dazu da, den Armen das Evangelium zu predigen, und so ist eine natürliche Zweckgemeinsamkeit zwischen ihnen und den herrschenden Klassen gegeben. Eine Gemeinsamkeit der Zwecke, der die Geistlichkeit dadurch genügt, daß sie den Armen die Leiden dieser Welt als etwas Verdienstliches, die Freuden des Lebens als etwas Sündhaftes, das Leben als eine Art Zuchthauspensum darstellt, das abgearbeitet werden muß, damit die „Hauptsache", auf die alles ankommt, die Anwartschaft auf die ewige Glückseligkeit im Jenseits, nicht verscherzt werde. Der Zweifel an der Richtigkeit der Klassenherrschaft und der Richtigkeit einer Verewigung von Armuth und Elend stellt die Richtigkeit der Verewigung der Kirche und ihrer Einrichtungen als einer Heil- und Trostanstalt selbst in Frage. —

Herr Reuß und der 18. Januar. Herr v. Bötticher, Staatssekretär des Reichsamts des Innern, wußte am 22. Januar in der Reichstags-Sitzung — siehe stenographischen Bericht — noch kein Sterbenswörtchen, daß die Berliner Polizei am Donnerstag, den 18. Januar, Berliner Bürger ohne jeden Anlaß mit dem Säbel traktirt hatte; Herr v. Stumm aber wußte in der gleichen Sitzung bereits, daß die Polizei zu ihrem Vorgehen veranlaßt worden sei durch Versuche der Arbeitslosen, einen Demonstrationszug zu arrangiren. Aber noch mehr als dieser nach einem neuen Sozialistengesetze girrende Täuberich der brutalsten Gewaltspolitik gegen die deutsche Arbeiterklasse wußte **Reuß**, der — trotz oder wegen seiner Vergangenheit und Beziehungen zum Polizeianarchisten Peukert und zu Herrn Krüger? — heute als literarischer Vertrauensmann in's Reichskanzleramt berufen wird, wenn es gilt, Dynamitattentats-Nachrichten der ahnungslosen Welt mitzutheilen.

Die Polizei-Attaken fanden am 18. Januar Vormittags zwischen 10 und 11 Uhr statt; am selben Tage Morgens 8 Uhr (oder nach Einrechnung der Zeitdifferenz zwischen Berlin und New-York Morgens 8 Uhr 40 Minuten) konnte die amerikanische Presse durch die Telegraphen-Agentur „The United Preß" folgende, am **17. Januar** Abends in Berlin aufgegebene Depesche veröffentlichen.

Berlin, 17. Januar. Für morgen früh haben die hiesigen Anarchisten eine Massenversammlung der Arbeitslosen einberufen. Zahlreiche unter dem Publikum verbreitete **Drohbriefe kündigen an, daß eine großartige Demonstration vor dem königlichen Schloß geplant sei. Natürlich** — [dieses „Natürlich" ist unbezahlbar! (Red.)] — hat **auch die Behörde Kenntniß von den Drohbriefen erhalten.** Infolge dessen ist Militär sowohl wie Polizei konsignirt und die betreffenden Kommandeure haben gemessenen Befehl erhalten, den Zug der „Rothen" unter allen Umständen am Alexander-Platz aufzuhalten und, wenn es nöthig sein sollte, auch in der allerschärfsten Weise vorzugehen.

Der Urheber dieser Depesche, die in der „Newyorker Staatszeitung" vom 18. Januar zu lesen, ist der Berliner Vertreter jener Agentur: **Herr Theodor Reuß.**

Nun entsteht die Frage: Hat Herr Reuß diese Nachricht über Konsignirung der Truppen, über die Befehle an die Kommandeure, in der allerschärfsten Weise vorzugehen, wiederum aus dem Reichskanzleramte erhalten? Aber wieso hat denn dann Minister Bötticher darüber gar nichts zu sagen gewußt? Und gar die fürchterlichen Drohbriefe von einem Zuge nach dem königlichen Schlosse, von denen **„natürlich** auch die Behörden Kenntniß erhielten"! Bis heute, 2. Februar, hat keine Menschenseele in Berlin von solchen „Drohbriefen" ein Sterbenswörtchen gehört, geschweige denn solche zu Gesicht bekommen, mit alleiniger Ausnahme des famosen **Theodor Reuß** und **„natürlich** der Behörden". Welche Behörden? Das Reichskanzleramt? Oder wird Herr Reuß wie in's Reichskanzleramt **auch** auf das **Polizeipräsidium** zur Entgegennahme von Aufträgen berufen? Oder hat gar **blos Reuß**, er ganz allein, solche „Drohbriefe" gesehen und in höchsteigener Person den „Behörden" übergeben? Dann ergäbe sich die interessante Frage: Wer ist der Schreiber dieser mysteriösen Drohbriefe? Und wieso kommt blos der in öffentlicher Parlamentssitzung als Polizeispion gebrandmarkte **Reuß** in den Besitz solcher Drohbriefe?

So klar für uns die Sache liegt, für die „Behörden", für Polizeipräsidium wie Reichskanzleramt, drängt sich die Pflicht, Aufklärung zu geben über die Urheber und Anstifter der Polizeiattacken am 18. Januar, von Tag zu Tag immer zwingender auf.

Nebenbei freilich erscheint der Umstand, daß gerade für diese Versammlung in letzter Minute der Einberufer fehlte, in immer merkwürdigerem Lichte. Am 18. Januar nämlich telegraphirte Herr **Reuß** (auch auf Mittheilung vom Reichskanzleramte oder Polizeipräsidium?) nach New-York:

„Da die Polizei Ruhestörungen in größerem Maßstabe zu befürchten Grund hatte, so waren bei Zeiten alle nothwendigen Vorkehrungen getroffen, um die Abhaltung der Versammlung zu verhindern".

Und siehe da: Rodrian, der Einberufer der Versammlung, kam nicht zum Vorschein; er war auch nicht, wie sein Genosse Litfin mittheilte, verhaftet, aber „er fürchtete die Verhaftung". Die Versammlung konnte daher nicht eröffnet werden — und es kam dann geradeso, wie **Reuß** depeschirte. —

Die Jungczechen wollen der sie mit Ausnahmegesetzen verfolgenden österreichischen Regierung mit einer Volksbewegung antworten, die nicht blos nationalczechische Forderungen erhebt, sondern auch solche vertritt, die jedermann, ohne Unterschied der Nationalität, als erstrebenswerth betrachtet, so vor allem das allgemeine Wahlrecht. Ein dahin zielender Antrag wurde im böhmischen Landtage gestellt. So erfreulich diese Aktion der Jungczechen ist, deren demokratische Elemente ja allen Anlaß haben, bestrebt zu sein, daß die panslavistischen Tendenzen einiger Parteiführer den demokratischen Charakter der Partei nicht überwuchern, so ist es doch als selbstverständlich zu betrachten, daß die österreichische Sozialdemokratie als die energischste und rührigste Verfechterin des allgemeinen Wahlrechtes von dieser Bewegung den meisten Nutzen haben wird. —

Die französischen Agrarier haben einen großen Erfolg zu verzeichnen. Die Zollkommission der französischen Kammer nahm einen Antrag Meline's an, nach welchem der Zoll auf Getreide auf 8 Fr. erhöht wird. Sobald der Getreidekurs 25 Fr. erreicht, soll eine allmälige Herabsetzung des Zolls so erfolgen, daß bei jeder weiteren Preissteigerung von 50 Cts. der Zoll um je 50 Cts. herabgesetzt wird. Der Zoll soll ganz aufgehoben werden, sobald der Getreidekurs 33 Fr. erreicht.

Der bewegliche Zoll ist ein kleines Zugeständniß an die Konsumenten, es wird aber den Gegenstoß gegen die überspannten Forderungen der Agrarier nicht aufhalten. Auch in Frankreich geht die Hochschutzzoll-Aera ihrem Ende entgegen. —

„In diesem Falle ist sie ein Muß."

„Das ist 'mal was für unsere Frauen," fiel der fette Mann gutmüthig ein, „die brennen ja nach Bethätigung, dann können sie Charpie zupfen und Bandagen anfertigen, sie können Geld sammeln oder ihren Schmuck verkaufen — sie wählen immer das erstere."

„Es werden sich auch manche als Krankenpflegerinnen engagiren lassen — unsere Emanzipirten wenigstens; Sie werden sehen, daß es da unten von Nihilistinnen wimmeln wird," sagte der Vize.

„Na, von einer hübschen Nihilistin gepflegt und verbunden zu werden, dürfte den Jungen nicht übel vorkommen," scherzte Gebhart, während er nach dem Körbchen griff, um lüstern eine Beere zu naschen.

„Man wird nur Klosterschwestern dazu lassen, die Moral muß vor allem gewahrt werden," versetzte Lermina mit erzwungener Würde.

„Ich glaube, sie werden die Hilfe nehmen, woher sie kommt, so wie sie das Geld nehmen, ohne nach seiner Provenienz (Herkunft) zu fragen," bemerkte Konrad trocken.

Max wendete sich sichtlich entrüstet dem Minister zu:

„Exzellenz, Hände, die sich diesem schweren und anstrengenden Dienste widmen, sind von vornherein geweiht", sagte er und seine Stimme bebte ein wenig.

„Na, na, rege Dich nur nicht gleich auf", mahnte Gebhart, indem er dem Bruder auf die Schulter klopfte, „Du sprichst zu viel, Du bist ganz kongestionirt."

„Vergebung", sagte der Minister, „ich wollte durchaus keine Debatte zwischen uns herbeiführen", und mit unsäglichem Hochmuth fügte er hinzu: „Wir nehmen ja von vornherein einen zu verschiedenen Standpunkt ein, um uns verständigen zu können — . . ."

„Wir wollen Sie auch nicht weiter beunruhigen — Adieu" — und er reichte Max lächelnd die Hand zum Abschiede, während er Konrad völlig ignorirte. Er war an der Treppe, als er sich zu erinnern schien, daß ja noch Jemand da gewesen sei, und als höflicher Mann nickte er vornehm ihm zu.

Er hatte eine Zeit lang seine lächelnde Grimasse beibehalten, als er aber, auf den Arm des Bankiers sich stützend, die Allee erreicht hatte, furchte sich seine Stirne und er sah böse und zornig aus.

„Es war mir sehr interessant, sehr interessant, die Auffassungen dieser Herren zu vernehmen — ei, ei, ich wußte ja gar nicht, daß Ihr Bruder sich diesen Menschen und ihren gemeingefährlichen Bestrebungen so völlig und rückhaltlos sich geschlossen hat."

„Ich versichere Exzellenz, ich auch nicht," sagte ängstlich der kleine Mann, während er neben ihm hertrippelte, „aber ich beschwöre Exzellenz, denken Sie nichts Böses von Max — er ist ein so guter Mensch."

„Was gut oder nicht gut — er gehört zu denen, die ihnen die Munition liefern."

„Munition? aber ich bitte —"

„Verstehen Sie denn nicht; mit seinem Geld unterstützt er diese Bestrebungen auf das Nachdrücklichste und das ist einfach Verrath und verdiente die höchste Strafe."

Der kleine Mann war bleich geworden.

„Aber was sollen wir thun — er ist sehr krank, Exzellenz."

„Dann stellen Sie ihn unter Kuratel. — Es sollte überhaupt nicht geduldet werden, daß christlich und ehrlich erworbene Vermögen für die revolutionäre Propaganda verschleudert werden. Aber sie dürfen Alles und wagen Alles! Wir haben ja kein Gesetz, das die Religion schützt und die sittlichen Grundlage des Staates — aber verlassen Sie sich darauf — wir werden es haben. Ich habe es jetzt gesehen, wie zwanglos sie miteinander verkehren; und das kommt und geht durch die ganze Welt, tauscht Gedanken, ermuntert und unterstützt sich gegenseitig — und schließt sich fester und fester zusammen, zu einer großen, internationalen Organisation. Darin liegt die Gefahr, aber wir werden ihr zu begegnen wissen. Wir werden das Gesetz haben, das uns diese Feinde unseres christlichen Staates, unserer sittlichen Gesellschaftsordnung in die Hände liefert."

Der alte Mann hatte mit ungewöhnlicher Heftigkeit gesprochen.

In den kleinen tiefliegenden Augen brannte es auf, während ein verbissener Zug um die dünnen zurückgezogenen Lippen spielte.

Aber plötzlich entrunzelte sich diese Stirne und der bitterböse Ausdruck wandelte sich so rasch in sein Gegentheil, er wurde so süßlich und faunhaft verliebt, daß ihn ob dieser drastischen Wirkung jeder Mimiker hätte beneiden können.

Er hatte Helene erblickt; er stieß sich mit der Hand in den Rücken, um sich strammer empor zu richten und eilte dann auf sie zu, so rasch es seine alten Beine erlauben wollten.

Von den Damen wurde das Ehepaar Hartmann über sein spätes Kommen mit lauten Vorwürfen empfangen.

Frau v. Lermina, die das Lawn tennis leidenschaftlich liebte, seitdem eine bedenkliche Neigung zum Embonpoint sich bei ihr zu entwickeln begann, war über diese Verzögerung höchst aufgebracht gewesen.

Sie war gewohnt, mit Hartmann zu spielen; seine anmuthige Beweglichkeit ergötzte ihr Auge, seine Geschicklichkeit erhöhte die ihre, er wußte das, und doch ließ er sich erwarten. O, er war überhaupt nicht mehr so liebenswürdig wie sonst.

Sie war in der übelsten Laune und hätte ihm dies gerne fühlen lassen, aber die Besorgniß, ihn ganz zu verlieren, war in diesem Augenblick größer als je.

Sie hatte seine Frau in ihrer Unbedeutendheit belächelt, jetzt konnte sie sich nicht länger verhehlen, daß Helene das Herz des Ministers entzündet hatte und dieser nur zu geneigt war, ihr zu gewähren, was sie verlangte.

Hartmann brauchte sie nicht mehr — seine eigene Frau protegirte ihn, und dieser Thatsache gegenüber fand sie es für angemessen, ihren Groll in sich zu verschließen.

Man begann das Spiel, aber bei der herrschenden Schwüle fühlten sich alle Theilnehmer rasch ermüdet und gerne folgte man dem Rufe der Hausfrau, die zu den Erfrischungen einlud, die im Pavillon servirt waren.

Man setzte sich zu Tisch.

Bald entfaltete sich jene forcirte Lustigkeit, die lachen will, ohne Ursache und innere Fröhlichkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Die Debatte über die Lokroy'sche Interpellation, betreffend den Zustand der französischen Flotte, ist im Sande verlaufen. Die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission ist von den Ministern bekämpft und von der Kammer abgelehnt worden, die der Regierung schließlich ein Vertrauensvotum gab. Es wird also weiter gestohlen! Und damit auch dem Chauvinismus, der das Vaterland für gefährdet halten könnte, der Mund gestopft wird, hat man die Frage einer Heeresvermehrung aufs Tapet gebracht — natürlich unter Hinweis auf die deutsche Heeresvermehrung. Und vorläufig dürfte die Schraube ohne Ende auch drüben nicht versagen, so daß Herr von Caprivi seine nächste Militärvorlage bald wird vorbereiten können. —

Sozialistische Wahlreform-Anträge. Aus Paris wird uns geschrieben: Jules Guesde hat in seinem Namen wie in dem der sozialistischen Fraktion folgende vier das Wahlrecht betreffende Anträge eingebracht: 1. einen Antrag, welcher dahin geht, das bestehende sogenannte allgemeine Wahlrecht in Wirklichkeit zu einem allgemeinen zu machen, indem die Aufenthalts-Bedingungen — gegenwärtig ist nur derjenige wahlberechtigt, der mindestens sechs Monate in der Gemeinde wohnt, in deren Wählerliste er eingetragen werden will — aufgehoben werden und damit den Wanderarbeitern oder Arbeitsnomaden, wie es im Texte heißt, die Möglichkeit gegeben wird, ihr Wahlrecht auszuüben; 2. einen Antrag, wonach jeder Kandidat das Recht erhalten soll, sich in jedem Wahlbureau vertreten zu lassen, um so allen Wahlmogeleien einen Riegel vorzuschieben. 3. einen Antrag, welcher verlangt, daß die Gesetzesbestimmung, wonach alle Versammlungen in geschlossenen und gedeckten Räumen abzuhalten sind, für Wahlversammlungen keine Geltung haben soll, und 4. einen Antrag, welcher verlangt, daß dem allgemeinen Stimmrecht die Wahl der Mandatare freigegeben d. i. das Gesetz über die mehrfachen Kandidaturen, wonach Niemand in mehr als einem Wahlbezirke zum Kandidaten aufgestellt werden kann, aufgehoben werde. Als die wichtigste und weitesttragende von all' diesen Bestimmungen kann wohl diejenige bezeichnet werden, die den Arbeitsnomaden, d. i. jenen zahlreichen Proletariern, die im Frühjahr ihr Heimathsdorf verlassen, um bald in dieser, bald in jener Gegend, wo man ihrer eben bedarf, schwere Feld-, Erd- oder Bauarbeiten zu verrichten, ihr Wahlrecht zusichert. Die kapitalistische Presse, die über sämmtliche Bestimmungen herfällt, verbeißt sich darum wohl auch in diese am meisten. Diesen Vertretern des Parasitenthums sind die Wanderarbeiter nichts als ein arbeitsscheues Gesindel, das die Sozialisten für ihre Zwecke einzufangen suchen. Wie gewöhnlich zeichnet sich der „Temps" auch diesmal hierin ganz besonders aus. Ihm zufolge ist es nur ein Euphemismus (Umschreibung einer anstößigen Sache durch beschönigende Ausdrücke), von Arbeitsnomaden zu reden, unter welchen Landstreicher, Fechtbrüder und sonstige obdachlose Individuen zu verstehen seien, die Frankreich von einem Ende des Jahres zum anderen durchstreifen; Faulenzer, die anfangs um ein freiwilliges Almosen ersuchen, aber bald zur Einschüchterung greifen, um die widerspenstige Barmherzigkeit des Passanten oder des Bewohners einsam gelegener Landorte zu ihren Gunsten zu stimmen; die eine Hand bittend öffnen, während die andere sich zum Schlage schließt und der Blick allein schon eine Drohung ist. „Und diesen Leuten ist Herr Jules Guesde bemüht, das Mittel zu geben, ihre Ansicht über die öffentlichen Angelegenheiten auszudrücken. Alle Wähler sind eben gut mitzunehmen." Und diese Presse, die eine ganze Kategorie von ehrlichen, in anstrengender Arbeit kümmerlich lebenden Menschen als Vagabunden bezeichnet, sagt dann, daß es die Sozialisten seien, die zum Haß aufreizen!

Vaillant-Marchal's Hinrichtung gilt als wahrscheinlich. Die Berufung des zum Tode Verurtheilten ist verworfen worden, und der Präsident hat auf das eingereichte Gnadengesuch noch keinen Bescheid gegeben. Wir erklären das für eine Barbarei und Grausamkeit. Nachdem die Geschworenen in ihrer blödsinnigen Angst vor dem selbstgeschaffenen Anarchistengespenst sich der Feigheit schuldig gemacht, einen unglücklichen Irrenhaus-Kandidaten zum Tode zu verurtheilen, war es die Pflicht des obersten Beamten der Republik, keinen Augenblick Zweifel darüber zu lassen, daß er die Vollstreckung des Todesurtheils verhindern werde. Das war er der Menschlichkeit nicht nur, das war er auch der Ehre Frankreichs und seiner eigenen schuldig. Er hat es nicht gethan. Seit drei Wochen spielt er mit der Todesqual eines Menschen, und sollte Carnot selbst noch im letzten Moment das Wort der Gnade aussprechen — für seinen Ruf ist es jedenfalls zu spät. —

Freiheit und Sozialismus. Eins der Steckenpferde, auf denen die Feinde des Sozialismus seit Jahrzehnten herumreiten, ist die Behauptung, der Sozialismus unterdrücke die Freiheit. Der französische Renegat, gewesene Minister und Urheber des vorjährigen Attentats auf die Pariser Arbeitsbörse, Herr Yves Guyot, hat soeben ein ganzes Buch geschrieben, betitelt: „Die Ideen von 1789 und der Sozialismus", das die Richtigkeit dieser Behauptung nachweisen soll. Herr Yves Guyot ist, gleich den liberalen deutschen Sozialistentödtern, ein fanatischer Anhänger der Manchesterlehre von der unbeschränkten Freiheit des Individuums. Das hindert ihn freilich nicht, Schutzzöllner zu sein und für Knebelgesetze gegen die Anarchisten und Sozialisten zu stimmen. Im übrigen ist er gerade so oberflächlich wie seine deutschen Kollegen. Seine Freiheit besteht darin, daß der wirthschaftlich Starke den wirthschaftlich Schwachen „frei" und nach Belieben zu Boden schlägt, und daß der wirthschaftlich Schwache sich dies gefallen lassen muß — aus Achtung vor den „Ideen von 1789". —

Mit der Entwaffnung der Sizilianer geht es nicht nach Wunsch. Selbst Regierungsblätter beklagen es, daß, während die Ordnungsliebenden bereitwillig die Waffen hergeben, diese von den „gefährlichen Elementen" nur sehr widerstrebend oder gar nicht abgeliefert werden. Und wie leicht sind Waffen in einem so gebirgigen Land zu verstecken! Erfolgreich entwaffnet sind also blos die Anhänger der Regierung. —

Die Lokalverwaltungs-Bill, die Sozialisten und die Agitation gegen die Lords. Hierüber schreibt unser Londoner Korrespondent:

Mit bezug auf die Lokalverwaltungs-Bill wollen die Lords vor allem die schon verstümmelten Bestimmungen über die zwangsweisen Expropriationen von Landstücken für Landarbeiter weiter verstümmeln, die Demokratisirung der Armenbehörden abschwächen und das Wahlsystem zu gunsten der Besitzenden „verbessern". Daß der Wahlakt bei geheimer Stimmabgabe selbst ein öffentlicher sein soll, ist z. B. in den Augen der Lords ein großer Fehler der Bill. Sie möchten dem armen Landarbeiter gern den Weg zur Wahlurne ersparen. Weiter kann man doch in der Fürsorge für den Landproletarier wirklich nicht gehen.

Machen es die Lords mit der Verballhornung der Bill gar zu arg, so werden natürlich die Regierung und ihr Anhang im Haus der Gemeinen sich weigern, die Amendements anzunehmen, und dann ist die dritte der gesetzgeberischen Produktionen des gegenwärtigen Parlaments glücklich „sterilisirt."

Man begreift, daß unter diesen Umständen die Radikalen gern eine Agitation großen Stils gegen das Haus der Lords entfalten möchten. Aber weiter wie zu einem paar deklamatorischen, jeden Eindruck verfehlenden Resolutionen radikaler Klubs haben sie es noch nicht gebracht. Vielleicht werden sie es nach der Session mit Demonstrationen großen Stils versuchen, deren Erfolg in London mit davon abhängt, ob sich die Sozialisten an ihnen betheiligen, resp. sie unterstützen werden.

Bis jetzt ist das zweifelhaft, wenigstens hat sich die sozialistische Presse zunächst eher ablehnend verhalten, wohl hauptsächlich in dem Bestreben, das sozialistische Element der Bevölkerung zu warnen, sich nicht zum Schwanz des bürgerlichen Radikalismus herzugeben. Das ist eine ganz lobenswerthe Absicht, aber wenn sich die Frage mehr zuspitzt, wird das Mittel kaum vorhalten. Die Sozialisten können und dürfen nicht abseits stehen, wenn es sich darum handelt, ob eine erbliche Kammer das Recht haben soll, Beschlüsse der gewählten Kammer umzustoßen, und weil sie in diesem Punkt am radikalsten urtheilen, wird ihr Eingreifen in die Agitation auch ihnen als Partei am meisten zu gute kommen.

Die Liberalen werden ja selbst im äußersten Falle schwerlich den Kampf zu Ende — d. h. bis zur Beseitigung der erblichen Kammer — führen, sondern mit irgend einem Kompromiß sich schließlich zufrieden geben, so daß nicht die geringste Gefahr besteht, als ob der grundsätzliche Gegensatz zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie durch diese Agitation verwischt werden könnte.

Bei solchen Gelegenheiten zeigt es sich aber, daß die hiesige Bewegung, was bei ihrer relativen Jugend freilich auch kein Wunder, noch über gewisse sektirerische Tendenzen nicht ganz hinaus ist. Wir haben da hauptsächlich zwei Strömungen: eine, die durch Diplomatisirerei und Durchstecherei große praktische Erfolge für die Arbeiterklasse einheimsen zu können glaubt, und deren Gegenpole die Gruppe der Fabianer einerseits und die Gruppe Champion-Barry andererseits bilden, während in der Sozialdemokratischen Föderation und bei einem Theil der Independent Labour Party sich oft ein gewisser Impossibilismus vordrängt, die doktrinäre Vorstellung, man müsse sich allem, was von anderer Seite geschieht, negativ gegenüberstellen, resp. es durch zur Zeit aussichtslose Forderungen überbieten. —

Zur Lage in Holland wird uns geschrieben: Die Mauserung der holländischen Partei geht zwar langsam, aber sicher vor sich. Konnte ein Cornelissen sich in Zürich noch erdreisten, zu behaupten, die parlamentären Sozialdemokraten in Holland seien nur einige wenige Herren „mit Geld"; wenn er jetzt wieder so etwas zu sagen wagte, würde das Lügenhafte seiner Darstellung doch zu offenkundig sein. — Es hat sich jetzt herausgestellt, daß der Anhang der antiparlamentarischen Richtung durchaus nicht ein so großer war, als man früher geglaubt hat. Es scheint nur vielen der sittliche Muth, der herrschenden Meinung entgegenzutreten, gefehlt zu haben. — Die Groninger Resolution hat jedoch jetzt den Scheidepunkt herbeigeführt, und die Befürworter der parlamentarischen Taktik, die bis jetzt so schwer zu kämpfen hatten, weil sie von ihren thatsächlichen Gesinnungsgenossen im Stich gelassen wurden, sehen jetzt zu ihrer Freude, daß fast alle Agitatoren und Redakteure von Arbeiterzeitungen ihre Kampfgenossen sind. Die Sympathie für die Anwendung der parlamentarischen Taktik ist im stetigen Wachsen begriffen. Der gesunde Verstand wird schließlich auch in Holland über die blinde Leidenschaft den Sieg davongetragen. Aus den Artikeln Domela Nieuwenhuis fühlt man heraus, daß er einsieht, wie es mit seinem Einfluß rückwärts geht; sogar in seiner unmittelbaren Nähe hat dieser leidige Parlamentarismus Wurzel gefaßt, denn sogar der Hauptagitator gegen die parlamentarischen Sozialdemokraten, Cornelissen, hat sich in Groningen als ein Freund der politischen Aktion erwiesen, in dem er anführte, es sei nicht die Frage, ob man sich an der parlamentarischen Aktion betheiligen wolle, sondern nur an welchen Maßregeln man im Parlament mitarbeiten solle, — was jeder Sozialdemokrat ihm zugeben wird.

In ihrer letzten Nummer bringt „Recht voor Allen" eine Notiz, in der die Redaktion den Wunsch ausspricht, die Groninger Resolution möge durch das Referendum nicht angenommen werden. Man könne zufrieden sein, daß man weiß, daß eine große antiparlamentarische Strömung in der Partei besteht; die persönliche Gedankenfreiheit sei der Redaktion mehr werth als der scheinbare Erfolg. Aus der Thatsache, daß „Recht voor Allen" sich in der Weise drückt, kann man sehen, daß die anarchistisch gesinnten Elemente immer mehr an Einfluß verlieren.

Die Sachlage ist also eine günstige. Keine Resolution kann die Wirklichkeit ändern, und bis jetzt haben sich die holländischen Arbeiter in der That als Anhänger der deutschen Parteitaktik gezeigt. An mehreren Wahlen haben sie sich betheiligt und neuerdings hat sogar das Amsterdamer Arbeitslosen-Komitee sich mit einer Adresse an den Gemeinderath gewandt, was einer indirekten parlamentarischen Aktion gleichkommt. —

Ueber die Frage: Was nun geschehen soll? spricht sich Genosse Troelstra in seiner Broschüre „Das Wahlrecht und die Sozialdemokratie" aus. Nach seiner Meinung stehen den Anhängern der parlamentarischen Taktik zwei Wege offen: sie können entweder eine neue Partei bilden, oder in der bestehenden Partei bleiben für dasjenige, was diese wohl thun will, und sich daneben organisiren für dasjenige, was die Partei nicht thun will. — Im ersten Fall werden sie eine mit der bestehenden Partei konkurrirende Organisation bilden müssen; im anderen Fall konkurriren sie nicht mit ihr, sondern arbeiten sie blos auf der von ihr verlassenen Grundlage und ergänzen ihre Thätigkeit. Letzteren Weg hält Troelstra für den vernünftigsten; denn es ist nicht wahr, daß die Ziele der parlamentarischen und antiparlamentarischen Sozialisten verschiedene sein müssen, ihre Wege können vielmehr in einem bestimmten Punkt: dem sozialistischen Ziele, zusammentreffen. So lange wenigstens beide Parteien sozialistisch bleiben. Wenn sie sich jedoch gegenseitig bekämpfen, so muß immer eine von den beiden Parteien den sozialistischen Standpunkt verlassen haben.

Zum Schluß giebt der Verfasser der oben genannten Schrift den Rath, mit aller Anstrengung den Kapitalismus weiter zu bekämpfen. Ueber die Art und Weise rede man nicht zu viel. Derjenige sei der Beste, der am meisten schafft. „Wo wir kämpfen, halten wir die rothe Fahne hoch, worunter Märtyrer gefallen sind und noch fallen werden."

Suchen wir nicht für uns selber Ruhm und Ehre; weder in der Volksversammlung im Beifall der Massen, noch im Parlament in einer ehrenvollen Stellung.

Das Proletariat leidet schrecklich, — auf! zu den Waffen!"

Fürst Ferdinand ist unter die Witzbolde gegangen. Seine Gemahlin hat ihm eben einen Sohn geschenkt, und er hat dieses freudige Ereigniß „seinem Volke" feierlichst verkündet. Dabei sagte er unter anderem: Der Neugeborene ist bulgarischer Prinz, Erbe des bulgarischen Thrones, Prinz von Tirnowa, Herzog von Sachsen, Ritter der ersten und vierten Klasse des militärischen Tapferkeits-Ordens und Träger des Kolliers des St. Alexander-Ordens. Wir ernennen denselben zum Chef des 4. Infanterie-Regiments von Plewna, des 4. Kavallerie- und des 3. Artillerie-Regiments.

Der „Fürst über Bulgarien" wird wohl vernünftig genug sein, es selbst für einen schlechten Scherz zu halten, wenn er den noch ungetauften Säugling zum Regimentschef ernennt; er weiß wohl auch, daß seine eigene Tapferkeit noch nicht in dem Maße zutage getreten ist, um den Säugling im Voraus den militärischen Tapferkeitsorden für die Kriegsthaten zu verleihen, die das arme Wurm noch später begehen könnte; auch darüber wird sich der glückliche Vater keiner Täuschung hingeben, daß das Söhnchen des „Fürsten über Bulgarien" nicht gleich als Regimentskommandeur und Ritter eines Militärordens auf die Welt zu kommen braucht. Wenn wir uns hiernach eine Meinung erlauben dürfen, so muß Fürst Ferdinand in Bulgarien derartige schlimme Erfahrungen gemacht haben, daß er schon einen Beweis hoher Tapferkeit und Unerschrockenheit darin sieht, wenn sich so ein kleines Ferdinandchen überhaupt als Prinzlein von Bulgarien ins Dasein drängt. Eine Tapferkeit zugleich, die durch den militärischen Tapferkeitsorden von Bulgarien nicht einmal genügend belohnt ist, so daß noch das Kommando dreier Regimenter ergänzend hinzutreten muß. —

Die egyptische Marseillaise. Einer unserer Mitarbeiter schreibt uns: Während der kleine Alexander in Belgrad mit Hilfe seines verbummelten Vaters einmal wieder Staatsstreich spielt, hat der kleine Abbas in Alexandria in einer Anwandlung von Selbstherrlichkeit den Versuch gemacht, den festen Händen seines Vormundes John Bull die Zügel zu entwinden. Ein einziger Schlag auf die Finger hat genügt, ihn wieder zu demüthiger Unterwürfigkeit zurück zu bringen, und der englische Resident gebietet nach wie vor am Nil. Es ist traurig aber wahr, daß die europäische Fremdherrschaft unvermeidlich ist im Pharaonenlande. So peinigend sie für das Selbstbewußtsein der egyptischen Paschas und Kapitalisten ist, behütet sie doch die Masse des arbeitenden Volkes, die Fellahs, vor der schlimmsten Ausbeutung durch diese habgierige und gewissenlose Bande. Dem egyptischen Volk, den Fellahs, ist durch die jahrtausende lange Unterdrückung durch die unablässige Steuererpressung vermittels der Bastonade und der Nilpferdpeitsche so sehr alles Selbstgefühl aus den Gliedern hinausgepeitscht worden, daß sie nicht mehr den Muth und die Kraft zum Widerstande gegen die heimischen Tyrannen haben. Erst die Fremdherrschaft kann den Anstoß zu einer gesunderen Entwickelung des Volkslebens geben, indem sie in doppelter Weise auf die Egypter einwirkt. Einmal zieht sie der völligen Willkür der Ausbeutung durch Beamte und Kapitalisten gewisse gesetzliche Schranken, andererseits wirkt sie, da die Ausübung der Regierungsmacht, obgleich sie an sich milder ist, als die einheimische, sich doch in das verletzende Gewand der Fremdherrschaft kleidet, aufreizend auf die Bevölkerung, wo in ihr überhaupt noch Funken von Selbstgefühl vorhanden sind. Mit der Zeit wird die englische Herrschaft am Nil sich ihr eigenes Grab graben, gegenwärtig aber läuft das, was aus Egypten von patriotischer Aufregung gemeldet wird, auf Taschenspielerkünste der ausbeutenden Pascha- und Kapitalistenklique hinaus. Ein charakteristisches Beispiel dafür liefert die „egyptische Marseillaise", ein „patriotisch egyptisches Lied," das ein am Nil lang Jahre ansässig gewesener englischer Geschäftsmann Namens Fairman, Ritter türkischer und egyptischer Orden, in französischer Sprache gedichtet hat, und jetzt als Beweis für den Aufschwung des egyptischen Patriotismus an europäische Zeitungen versendet. In miserablen Versen, die nach der Melodie des französischen Revolutionsliedes gesungen werden sollen, werden da der Khedive, Abbas der Kleine, als Erretter des Vaterlandes und die Franzosen als seine Bundesgenossen gefeiert. „Unser braver Khedive, mit würdevollen Manieren", heißt es da, „sollte regieren ohne zu herrschen?! man möchte ihn in Schranken halten, um ihn so besser einschüchtern zu können! . . . nein, der Kalif und der Khedive dürfen allein hier herrschen" u. s. w. Was würde Rouget de l'Isle wohl für Augen machen, wenn er diese Profanirung seines Freiheitsliedes sehen könnte! Wenn die egyptischen Fellahs reif sind für die Freiheit, werden sie sich ihre eigenen Freiheitslieder dichten; sie bedürfen dazu keines mit Sultansorden geschmückten internationalen Geschäftsmannes. —

Der König von Dahomey, Behanzin, ist gefangen — meldet der französische General Dodds triumphirend nach Paris. Ein theuerer Sieg: 1000 französische Soldaten todt und 20 Millionen Franks verpulvert, wie die radikale Presse ausrechnet. Und jetzt, da die Franzosen den König Behanzin haben, möchten sie ihn wieder los werden. Besten Falls erhalten sie von ihm solche Bedingungen, wie sie, ohne Krieg, in Güte noch besser von ihm zu haben gewesen wären. O diese theuere Kolonialpolitik! —

Die Redaktion der „Arbeiterstimme" kommt in Nr. 9 ihres Blattes aufs Neue auf unsere Mahnungen zurück, sie dreht dabei aber die Sache so, als hätten wir die schweizerische Sozialdemokratie angegriffen. Das ist ein Klopffechter-Kunststück, gegen das wir Verwahrung einlegen müssen. Unsere Anklage gegen die Redaktion der „Arbeiterstimme" war ungemein einfach und klar; es handelte sich um ihre schon seit längerer Zeit bemerkbare Animosität gegen die deutsche Sozialdemokratie, und ihre direkte und indirekte Inschutznahme der Krakehlereien der Unabhängigen. Die Berichte über die Verhandlungen des vorjährigen internationalen Arbeiterkongresses, die die „Arbeiterstimme" brachte, legen dafür das schlagendste Zeugniß ab. Die Quelle, aus der wir schöpfen, ist also so klar wie möglich, und Rathschläge, wie wir sie neulich der „Arbeiterstimme" anläßlich der Versammlung Bebel's in Zürich entnahmen, schließen jeden Zweifel über den Geist aus, der in der Redaktion der „Arbeiterstimme" herrscht. Also nur keine Verdunkelung der Thatsachen, verehrte Kollegin. —

Briefkasten der Redaktion.

Fischerei. Das Statut giebt die Fälle der Ausschließung nicht an, also richten Sie sich nach dem dort allgemein gültigen bürgerlichen Recht. Darüber müssen Sie einen dortigen Juristen zu Rathe ziehen.

S. K., Rixdorf. Klagen Sie nicht. Solche Schäden sind in Geld nicht zu schätzen. Wenden Sie sich an die frühere Arbeitsstelle. Vielleicht war das Zeugniß kopirt und kann wieder ausgestellt werden.

Reinhardt, Naunynstr. Unverständlich. Kommen Sie in die Sprechstunde.

Langjähriger Abonnent. Wenden Sie sich an den Oberpräsidenten in Kassel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 3. Februar.

Opernhaus. Cavalleria rusticana (Bauern-Ehre). Der Barbier von Sevilla.
Schauspielhaus. Die Minnekönigin. Verbotene Früchte.
Lessing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Das Recht auf Glück.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Lieutenant zur See.
Residenz-Theater. Der Mustergatte.
Neues Theater. Der Amerikafahrer.
Central-Theater. Herr Coulisset. Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Vitriol.
National-Theater. Charley's Tante.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.
Novitäten! **Novitäten!**

Charley's Tante.

Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Busse.
Regie: Max Samst.
Musik von Adolph Wiedecke.
Vorher:

Der Teufel in Berlin.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudens. Musik von A. Wiedecke. Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachm. 3 Uhr, Volksvorstellung: **Don Carlos.**

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Zum 7. Male:

Herr Coulisset.

Schwank in 3 Akten v. Blum u. Toché.
Hierauf zum 42. Male: **Berlin 1893.**
Revue in 2 Abth. von L. Leipziger.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Jeden Abend 8½ Uhr:

Lumpensusanne

oder:

Die Obdachlosen von Berlin.

Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. **Oskar Wagner.**
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin", ein schon geprüftes Mädchen **Franziska Häser.**
Die Bombe, Aftervermietherin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs" **Josephine Delclisseur.**
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit . . . . . **Martin Bendix.**
Täglich: Auftreten des
besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe"
von **Martin Bendix.**
Auftr. sämmtl. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 6½ Uhr.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Neu!

Echt Berliner Blut.

Posse mit Gesang und Tanz.
Neues Riesen-Programm.
Wochentags 15 Pfg. Entree.
R. Winkler.

Umsonst Anfangsmonate.
Klavier-, Violinunterricht. Offerten „Musik" Postamt 79. 629M

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.

Schwank in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:

Die Bajazzi.

Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:

Spezialitäten-Vorstellung

und **Konzert.**

Ein Stiergefecht in Cadix.
Große Ausstattungs-Parodie.
Pantomime, ausgeführt von den spanischen Clowns **Hermandos.**
Neu! Frl. **Elsa Zeller,** Kostüm-Soubrette. **The Willon's,** Doppel-Jongleure. Geschw. **Gläser,** Gesang- u. Instrument.-Duettistinnen.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.

Passage-Panopticum.

Im Theater-Saal, ohne Extra-Entree:

Nord und Süd,

Liederspiel von R. Linderer.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Moritz-Platz.

Täglich: Gr. **Instrumental-Konzert.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von **Patzenhofer Lagerbier,** hell und dunkel.
An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten ꝛc.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Aelt. u. größt. Etablissem. Berl.

Neues Programm.

Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.

National-Konzert

D. Obenlandler

in National-Tracht
und **Auftreten** von
Künstlern u. Spezialitäten
1. Ranges.
Mr. Kauning, Concertmaler.
Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Oelgemälde malen, welches nach Schluß der Vorstellung verloost wird.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Nur noch kurze Zeit!
Präuscher's anat. Museum.
Neu: Kehlkopftuberkulose, Kehlkopfpolyp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milzkrankheiten.
Schnupkanal durch fünf Körper, Gladiatorenkampf,
täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für **Damen.**

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Sonnabend, den 3. Februar cr.,
Abends 7¼ Uhr:

Ein Künstlerfest.

Vollständig neue Ausstattung. Neue Einlagen, u. a. **Signorina Varetti,** die kleinste Solotänzerin der Welt.
Außerdem: **4 arab. Schimmelhengste,** als Fahnenpferde vorgef. v. Direktor **Fr. Renz. Hurdle-Race** von 20 Pferden. Die hohe Schule, ger. v. Frl. **Oceana Renz.** Unerreicht! Mm. **Ella** in ihren Tauer-Sprüngen durch 40 Ballons. Z. 1. M.: Frl. **Agnes,** Jongleurin zu Pferde. Die Trapezkünstlerinnen **Gesch. Hoffmann. Pas de deux,** ger. von **Miss Rose** und **Mr. Franconi** ꝛc.
Sonntag: 2 Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei) **Parade-Festaufzug** und Abends 7½ Uhr: **Ein Künstlerfest.**
Preise wie gewöhnlich.
Der Circus ist gut geheizt.
Fr. Renz, Direktor.

Todes-Anzeige.

Allen Kollegen und Freunden die Nachricht, daß am Sonntag, den 4. d., Vormittags 10 Uhr, der Bautischler **Heinrich Kietzer** von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus begraben wird.
Gustav Boden, Oppelnerstr. 13.

Todes-Anzeige.

Am 1. Februar, Vorm. 9 Uhr, verschied plötzlich mein Bruder, der Töpfer 1561b
E. Wolgast.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 4. Februar, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Zionsgemeinde in Neu-Weißensee aus statt.
Albert Wolgast, Töpfer, Putbuserstr. 18.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder und Schwager, der Schraubendreher
Gustav Göhl
am 1. Februar, Nachm. 2/4³ Uhr, im Alter von 2³/₃ Jahren an d. Proletarierkrankheit gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 4. Febr., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofes aus statt. 1565b
Hugo Lüderitz u. Frau geb. Göhl.

Gauverein 148/11
Berliner Bildhauer.

Allen Kollegen, die zur zweiten Exkursion nach der Sternwarte eingeschrieben waren, zur Nachricht, daß der Besuch **Sonntag, den 4. Febr.,** Vormittags 11 Uhr, stattfindet.
Treffpunkt: Rest. Schultheiß, Zimmer- und Friedrichstraßen-Ecke.

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag, Vormittags 10¼ Uhr
Rosenthalerstraße 38:

Vortrag

von Herrn **Dr. Wille:**
Unfehlbarkeit.
Gäste sind sehr willkommen. [441/6

„Sanssouci",

Kottbuserstr. 4a.
Sonntag, den 4. Februar 1894:

Stettiner Sänger

Anfang 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Zum Schluß (höchster Lacherfolg!)
Eine Soiree bei Lehmann's.
Montag: **Viktoria-Brauerei.**
Dienstag: **Böhmisches Brauhaus.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.

Oertliche Verwaltung Berlin G.
Sonntag, 4. Februar, Vorm. 10½ Uhr, in **Bolzmann's Festsälen,** Lichtenbergerstr. 16: 305/8

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1893.
2. Bericht des Delegirten von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Da laut Beschluß der Generalversammlung wichtige Statutenänderungen eintreten, so ist das Erscheinen aller nothwendig.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.

Oertliche Verwaltung Berlin H.
Sonntag, 4. Februar, Vorm. 10 Uhr, bei **Schweitzberger,** Köpnickerstraße 3ꝑ

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1893.
2. Bericht des Delegirten von der in Hannover stattgefundenen General-Versammlung. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
1569b **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Krankenkasse der Tischler

Verwaltung Berlin **B.**

Mitgliederversammlung

am Sonntag, den 4. Februar, Vormittags 10 Uhr, (Dresdener Garten), Dresdenerstr. 45.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1893.
2. Berichterstattung der Delegirten von der Generalversammlung in Hannover.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
301/11 **Die Ortsverwaltung.**

Am Montag, den 5. Februar, Abends 8½ Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestraße 103:

Gr. Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
Die Geschichte als Erzieherin! Referent Reichstags-Abgeordneter **Wilhelm Liebknecht.**
Frauen haben Zutritt. Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. 454/16
Der Einberufer: Ludwig, Schwedenstraße 2.

Achtung! Achtung!

Gr. Volksversammlung

am **Montag,** den 5. Februar, Abends 8 Uhr, im **Böhmischen Brauhause,** Landsberger Allee 11—13.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Stadtv. Herrn **Fritz Wilke** über: „Unsere Waffen im Kampf ums Dasein". 2. Diskussion.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen, besonders der Frauen, ersucht
460/10 **Die Frauen-Agitationskommission.**

Achtung! Steinbildhauer.

Oeffentliche Versammlung
am **Sonntag,** den 4. Februar, Vormitt. 10 Uhr, bei **Ehrenberg,** Annenstr. 16.
Tagesordnung: 1. Der Streik der Steinbildhauer auf dem Platze Carl Schilling. 2. Verschiedenes. 148/10
Das Erscheinen ist dringend nothwendig.
Die Agitationskommission der Bildhauer Berlins.

Verein der Maschinisten u. Heizer Berlins.

Sonntag, 4. Februar, Nachm. 5 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: 298/8

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes.
Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Lithographen u. Steindrucker.

Es hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, daß zur Aufstellung der Delegirten-Kandidatenliste zur Orts-Krankenkasse unbedingt die Nummer des Kassenbuches angegeben werden muß.
Die Vertrauensmänner werden daher ersucht, von den Kandidaten ihres Geschäfts die Buchnummern am **5. Februar** in die **Vertrauensmänner-Sitzung** bei **Philipp** mitzubringen, eventuell schleunigst an den Unterzeichneten einzusenden. Ferner werden die Kollegen ersucht, alle sich für die Sache interessirenden auf diese Annonce aufmerksam zu machen.
210/18 **Im Auftrage der Kommission.**
Fr. Scherer, Lithograph, Liegnitzerstr. 34 vorn 2 Tr.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen, Mitgliedschaft Berlin.
Am Montag, den 5. Februar 1894, Abends 8½ Uhr, Alte Jakobstraße Nr. 75:

Mitglieder-Versammlung.

438/9 Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Hassenbach** über: „Heinrich Heine". 2. Mitgliedschaftsangelegenheiten. **Der Vorstand.**
Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich **Annenstraße 16,** 2. Hof part. bei **Ehrenberg.**

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlins und Umgegend.
Morgen, Sonntag, den 4. Februar 1894, Vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Eisen- und Metalldreher
im Lokal des Herrn Ullrich, Waldemarstraße Nr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Regierungs-Baumeisters a. D. **G. Kessler.** 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Verbandsangelegenheiten. — Die Kollegen der Firmen **Butzke, Joseph, Pintsch** und **Frister & Rossmann** sind hierzu besonders eingeladen. 231/19
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

„Der Sozialdemokrat"

Wochenblatt
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abonnements-Preis pro Quartal Mk. 1,20.

No. 2

wird am **Sonnabend,** den **10. Februar** früh in den Händen aller Abonnenten und Kolporteure in Deutschland sein.
Probenummern zum Sammeln von Abonnenten stehen jederzeit zur Verfügung. 5580E*

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat"
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
größtes Lager Berlins. **Muster bücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das **größte Kinderwagen-Lager Berlins** habe. **F. Metzner.**

Boltz' Festsäle, S. vormals **G. Feuerstein** **Alte Jakobstrasse 75,**
Säle zu **Festlichkeiten** und **Versammlungen.** Zu den **Oster-Feiertagen** stehen noch **Säle** z. Abhalt. v. **Matinees** z. Verfüg. Amt I, 1082.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 28. Sonnabend, den 3. Februar 1894. 11. Jahrg.

Sächsische Gemüthlichkeit.*)

Im „gemüthlichen“ Sachsen blüht gegenwärtig die bürgerliche Agitation für Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie besonders lieblich, so daß Herr von Stumm seine helle Freude daran haben wird und vielleicht gar daran denkt, seinen Wohnsitz in ein Land zu verlegen, dessen Bourgeoisie ihm so „sympathisch“ ist. Bei der Reaktion gegen unsere Partei hört ja der Unterschied zwischen Schwarzweißen und Grünweißen bekanntlich sofort auf. Der „Vorwärts“ hat den „Nothruf“ loyaler Staatsbürger aus den Dresdener Vorstädten an den Landtag schon besprochen; aber die Agitation nimmt ihren Fortgang und es lohnt sich, diesen, sowie einige Einzelheiten aus der Besprechung des „Nothrufs“ in der ersten sächsischen Kammer etwas näher zu betrachten.

Die erste Kammer des sächsischen Landtages hat in ihrer Sitzung vom 18. v. Mts. einen Antrag angenommen, nach welchem die Ständeversammlung ersucht wird, „die zur Vermehrung des Landgendarmeriekorps für die Umgegend Dresdens nothwendigen Mittel zu bewilligen, wegen der zur Beseitigung dieser Mißstände erforderlich erscheinenden Maßnahmen, vielleicht Gewährung von Staatsbeihilfen an die in Rede befangenen Gemeinden zum Zwecke der Verstärkung ihrer Polizeiorgane der hohen königlichen Staatsregierung befürwortenden Vortrag erstatten zu wollen.“ So verzopft der Stil dieses schönen Beschlusses ist, so rückständig sind die Anschauungen, denen er entspringt. Das Eine paßt vorzüglich zum Andern. Man kann den hohen Herren ihre Entrüstung schließlich gar nicht übel nehmen, sondern nur inniges Mitleid mit ihrer totalen Hilflosigkeit empfinden. Ein Kammerherr von Burgk jammerte in der Debatte urkomisch darüber, daß er schon in den 60er Jahren zu Frankfurt und Paris „nur deshalb insultirt worden sei, weil er einen Zylinder getragen und in einem Wagen gesessen habe.“ Er sei der Letzte, der nicht zugestehe, daß die Gegensätze zwischen Arm und Reich sich verschärfen; aber mit dem bloßen Anfeinden verbessere man diese Zustände nicht. Dieser Mann mit dem Zylinder ist das Urbild der hilflosen „Ständeherren“.

Man weiß, daß sich der Gegensatz zwischen Arm und Reich fortwährend verschärft; aber man hängt zu sehr am eigenen Reichthum, der das Leben so schön und bequem macht, und man weist deshalb alle Reformen ab, welche den Gegensatz mildern und beseitigen könnten. Hinterher aber wundert man sich darüber, daß als Folgerscheinungen des zunehmenden Massenelends Verbitterung und Empörung beim darbenden Volke Platz greifen, die sich, wir leugnen es gar nicht, dann und wann in Exzessen und Rohheiten Einzelner äußern, die aber von der Bourgeoisie gewohnheitsmäßig übertrieben werden und für die sie, nicht wir, verantwortlich ist, weil sie einer Hebung der unteren Volksschichten zu Wohlstand und Bildung beharrlich Widerstand leistet. Der konsequente Ausdruck dieser Unfähigkeit zu Reformen ist dann die Stimmung, welche ein anderer „Kammerherr“ in der beregten Sitzung ganz richtig schilderte: daß man „den Dingen ihren Lauf lasse, auch wenn zunächst die Revolution komme.“ Soll uns auch recht sein — dafür, daß die nach der Revolution erhoffte Reaktion nicht eintritt, sorgen schon die Verhältnisse. Neben den „geistigen Waffen“, die in Verstärkung der Landgendarmerie und Polizei bestehen, durfte natürlich die Knebelung der Arbeiterpresse durch die Gerichte nicht fehlen. Ein Herr von und zu Trützschler meinte, „man habe das Gefühl, daß gegen die Ausschreitungen der sozialdemokratischen Presse nur relativ selten Anklage erhoben werde.“ Sachsen ist also ein wahres Eldorado der Freiheit für unsere Redakteure! Schade nur, daß die Betheiligten so wenig davon merken. Die kecke Behauptung war auch nur ein Fühler, der ausgestreckt wurde und ganz die richtige Stelle traf. Denn der Justizminister erhob sich alsobald, um zu erklären, daß das Ministerium zwar nicht in der Lage sei, den Gerichten ihre Entscheidung vorzuschreiben, „die Gerichte seien ja ganz selbständig!“ Aber das Justizministerium „werde, wie es seither schon gethan habe, auch künftighin jederzeit etwaige unrichtige Rechtssprüche wenigstens außeramtlich (!!) — er könne nicht sagen korrigiren, aber doch die betreffenden Richter auf ihren Standpunkt aufmerksam machen.“

Eines Kommentars bedarf diese Erklärung nicht. Sie enthält das offene Eingeständniß der Abhängigkeit der sächsischen Gerichte von der gegenwärtigen, reaktionären Regierung und zerstört in einer Weise, wie sie uns gar nicht willkommener sein kann, das Mährchen von der Unparteilichkeit der bürgerlichen Rechtsprechung in einem bürgerlichen Musterstaate. Schon vorher aber hatte auch der Staatsminister von Metzsch über das Vertrauen dankend quittirt, welches die erste Kammer seiner „Thatkraft“ entgegenbrachte. Die Landgendarmerie wird sicher verstärkt werden; ein Erlaß, wie der Eulenburg'sche in Preußen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist „schon wiederholt“ an die Behörden gegangen, sodaß also der sächsische Staatsbürger wahrhaftig nicht mehr sagen kann, er stünde hinter dem preußischen zurück. Und was das gesetzliche Einschreiten betreffe, so werde nöthigenfalls die sächsische Regierung „nach Maßgabe der politischen Bewegung keinen Anstand nehmen“ (diese Redewendung ist ausgezeichnet zutreffend!), „an zuständiger Stelle“ (soll heißen bei der Reichsregierung) „darauf hinzuweisen, daß es wohl wenigstens der Erwägung bedürftig sei, inwieweit weitergehende legislatorische Maßregeln gegenüber den alles Bestehende zersetzenden (hu!) Parteien geboten erscheinen.“ Deutlicher kann es uns nicht gesagt werden, was wir von diesen Herren zu erwarten haben.

So steht's jetzt im „gemüthlichen“ Sachsen. Unseren Genossen erwächst aus dieser Sachlage die Pflicht, das Volk zeitig auf die Attentatsgelüste der Herrschenden hinzuweisen, durch diesen Hinweis tüchtig für die Ausbreitung unserer Ueberzeugungen zu sorgen, die ja richtig sein müssen, wenn man erklärt, sie nur mit Gewaltmitteln bekämpfen zu können, auf der anderen Seite aber auch durch Zucht und straffe Disziplin dafür zu sorgen, daß durch nutzlose und rohe Ausschreitungen, die immer zu verdammen sind, kein Vorwand zur Gewaltspolitik geliefert wird. Dann können wir der Entwickelung der Dinge mit Ruhe entgegensehen.

*) Raummangels wegen verspätet.

Parteinachrichten.

Für den Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der, wie wir bereits gestern mittheilten, für den 25. März 1894 nach Wien einberufen ist, ist von Seiten der Parteileitung vorläufig folgende Tagesordnung festgesetzt worden:

1. Parteibericht. 2. Organisation. 3. Das allgemeine Wahlrecht und der Generalstreik. 4. Der Achtstundentag und die Maifeier. 5. Der Arbeiterschutz und das Parlament. a) Reform der Gewerbe-Ordnung. b) Ausdehnung der Unfallversicherung. c) Die Bruderladen. 6. Die Parteipresse. 7. Neuwahl der Parteivertretung. 8. Sonstige Parteiangelegenheiten.

Die Verhandlungen werden voraussichtlich eine volle Woche in Anspruch nehmen. Die Form wird, wie bisher immer, die der auf geladene Gäste beschränkten Versammlung (§ 2 V.-G.) sein. — Anträge sollen noch vor dem 1. März an den Parteisekretär Gen. J. Neumann, Wien VI, Amerlinggasse 5, eingereicht werden.

* * *

Norwegischer Arbeiterkongreß in Skien. Dritter Tag. Nach Verlesung eines Berichts über die Verbandsthätigkeit der drei letzten Jahre, aus dem hervorging, daß die Organisation nun 14 Städte und 64 Landesverbände mit etwa 13 000 Mitgliedern umfaßt, wurde beschlossen, den Namen der Organisation: „Der vereinigte norwegische Arbeiterbund“ beizubehalten. Dann entspann sich eine lebhafte Debatte, ob auch Vereine, die einer anderen Organisation angehörten, beitreten dürften. Die Sozialisten Bang und Stilbred traten lebhaft hierfür ein, auch Wæseng wünschte es aus ideellen Gründen. Aber die Furcht, daß die Sozialisten, wenn sie als ganze Verbände der Organisation beitreten, bald die Uebermacht haben würden, brachte die Angstmeier dazu, einen Antrag, welcher die Möglichkeit des Eintritts dieser Verbände schaffen sollte, mit 44 gegen 18 Stimmen abzulehnen, von welch' letzteren höchstens die Hälfte Sozialisten waren. (Es ist damit dieses Mal der Versuch, den norwegischen Arbeiterbund ganz unter sozialistischen Einfluß zu bringen, leider noch gescheitert.) Es wurde nur der Antrag angenommen: „Der Landesverband bildet eine gemeinsame Organisation für alle Arbeitervereine des Landes, welche sich zu seinem Programm bekennen (!) und demselben beitreten. Seine Aufgabe ist: dazu beizutragen, den norwegischen Arbeitern volle bürgerliche Rechte zu verschaffen und ihre ökonomischen Verhältnisse zu bessern. (Diese Leute glauben noch, bei dem kapitalistischen System eine wirkliche Besserung herbeiführen zu können.)

Schließlich wurde beschlossen, daß alle drei Jahre Kongresse stattfinden sollten. — Hierauf kam der Normal-Arbeitstag zur Diskussion. Die Debatte eröffnete der Sozialist Stilbred, der folgenden Resolutionsantrag befürwortete: „Da die Einführung des achtstündigen Arbeitstages von größter Bedeutung für die geistige und körperliche Entwickelung der Arbeiter ist, muß dieselbe sobald wie möglich durch Gesetze erreicht werden. Die Versammlung hält es für die Pflicht des Staates wie der Kommunen, diese Reformen sofort für ihre eigenen Arbeiter durchzuführen.“

Die Vertreter von Fredrikstadt in ihrer wirthschaftlichen Unwissenheit fürchteten, daß die Reform eine Lohnreduktion und Verringerung des Kapitalwerthes“ mit sich bringen könnte. Für solche „Weisheit“ vermochten sie aber doch nur wenige zu gewinnen und so wurde Stilbred's Resolution mit 44 gegen 8 Stimmen angenommen, und wurde derselben auf Antrag des Buchhalter Hostvedt noch folgender Zusatz hinzugefügt: „Die Versammlung stellt es den angeschlossenen Vereinen anheim, am ersten Mai einen Demonstrations-Zug für den Normal-Arbeitstag zu veranstalten.“

Auch hinsichtlich des Wahlmodus siegte die von den Sozialisten vertretene Anschauung und lautete die angenommene Resolution dahin, daß die Storthingswahl eine direkte sein solle und an einem gesetzlich zu bestimmenden freien Tage stattzufinden habe. Ferner, daß die Kommunalwahlen geheime und direkte sein sollten und die größeren Wahlkreise in kleinere eingetheilt werden.

Nach der Wahl des neuen Vorstandes wurde noch einstimmig die Resolution angenommen: „Es ist die Aufgabe des Vorstandes dafür zu wirken, daß die vom Arbeiterkongreß gefaßten Beschlüsse in möglichster Ausdehnung durchgeführt werden; besonders wird der Vorstand ersucht, dahin zu wirken, daß die Stimmrechtsfrage, die Altersversorgung und die Geltendmachung der Vereinigungs-, Versammlungs- und Stimmfreiheit der Arbeiter in das Programm der Linken aufgenommen werde.“ (!!)

Das Interessanteste an diesem Kongreß ist, daß auch eine Vereinigung, die im Grundprinzip auf antisozialistischem Boden zu stehen behauptet, in ihren praktischen Bestrebungen mit den ersten und nächsten Zielen der Sozialdemokratie Hand in Hand geht und daß in Norwegen die radikale, aber kapitalistische Linke einzusehen beginnt, daß sie diese Forderungen anerkennen muß, wenn nicht die gesammte Arbeiterschaft schon jetzt ins Lager der Sozialisten übergehen soll, was infolge der noch nicht genügend erstarkten sozialistischen Organisation noch nicht der Fall ist. So gelangen eine Reihe der Forderungen unserer Partei bereits zur Anerkennung, ehe wir noch die Uebermacht gewonnen haben.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Dem „gemüthlichen“ Sachsen nachzustreben scheint in der Absicht des badischen Bezirksamts Freiburg zu liegen. Genosse Geck aus Offenburg sollte gelegentlich eines Vortrages den Gendarmen „verhöhnt“ haben. Das soll durch die Aeußerungen:

> „daß (bei Umgestaltung der Staatsordnung nach dem Programm der sozialdemokratischen Partei) man in einer Versammlung keinen Gendarmen mehr neben sich sitzen haben werde; in einer Versammlung des künftigen Staates habe selbstverständlich auch der Wachtmeister das Recht zu sprechen, während er jetzt nur dasitzen und nicht sprechen dürfe,“

geschehen sein. Es ließ sich trotz aller Dehnbarkeit unserer Strafgesetzbuch-Paragraphen jedenfalls keiner finden, auf welchen hin eine Anklage hätte geschehen können und da dem gekränkten Gesetzesmann doch unbedingt Genugthuung werden mußte, so unternahm man es, das Verbrechen durch eine polizeiliche Strafverfügung zu sühnen. Geck wurde mit 50 Mark Polizeistrafe belegt, wird aber natürlich, um diese liebliche Methode nicht erst zur Blüthe zu bringen, richterliche Entscheidung beantragen.

— Es wird immer schöner in Sachsen. Mit Riesenschritten nähert man sich dort den polizeilichen Machenschaften sozialistengesetzlicher Zeit. In einer Versammlung in Ottendorf-Okrilla wurde dem Parteigenossen Hünig, der das Wort in der Debatte ergreifen wollte, dieses von dem überwachenden Beamten von vornherein entzogen. Desgleichen verbot der Ueberwachende dem Vorsitzenden der Versammlung, seine Handlungsweise irgend einer Kritik zu unterziehen, widrigenfalls er die Versammlung auflösen werde. So etwas ist seit den Tagen des Sozialistengesetzes auch in Sachsen noch nicht dagewesen. Es ist völlig ungesetzlich. Das sächsische Vereins- und Versammlungsgesetz gestattet es, daß einem Redner, der Ausführungen macht, die „zu Gesetzesübertretungen oder unsittlichen Handlungen verleiten“ können, das Wort entzogen wird.

Unternehmergewinn bei Staatsbauten.

Welche Riesensummen bei Errichtung von Staatsbauten mühelos von dem profithungrigen Unternehmerthum in die unergründlich tiefen Taschen gesteckt werden, zeigt die „Bildhauer-Zeitung“ in zwei Artikeln, welche sich mit den „Entlohnungslöhnen“ der Steinmetz-Innungsmeister am „stolzen Reichstagsbau“ beschäftigen und noch außerdem für weitere Kreise Interessantes genug enthalten. Wir entnehmen ihnen folgendes:

„Daß wir in der Aera der staatlichen Kapitalistenzüchterei stehen, ist leider eine allzu traurige Thatsache, daß aber ein Bau, wie der Reichstagsbau, ganz besonders als melkende Kuh von den Herren Unternehmern betrachtet wird, an welchem die Plusmacherei dieser Herren wahre Orgien feiert, verdient aufs schärfste verurtheilt zu werden. Nichts ist diesen Unternehmern, den lehrlingszüchtenden Innungsmeistern, sowie einigen „patriotischen“ Künstlern heilig — weder Prinzip, noch Kunst, alles, alles wird mit Füßen getreten, was sich ihrer Profitgier in den Weg stellt!

An einigen Arbeiten berechnet die erwähnte Zeitung, daß innerhalb eines verhältnißmäßig kurzen Zeitraumes der Verdienst der Herren Innungsmeister zirka 100 000 Mark betragen habe und fährt dann fort: Da ist allerdings die Hetzjagd kegreiflich, die diese Herren auf die Bildhauer-Arbeiten am Reichstags-Bau machten, dieselben Herren, welche seiner Zeit den Steinmetzstreik vom Zaune brachen und hunderte von Steinmetzen monatelang brotlos machten, nur um ihre Macht als Innungsmeister zur vollen Geltung zu bringen. Ebenso erklärlich ist es denn auch, wie diese Herren die Regie-Bildhauer-Arbeiten, die von der Reichstags-Bauverwaltung direkt übernommen wurden, zu unterdrücken suchten und hierbei in entgegenkommenster Weise von Herrn Volke, dem von Süddeutschland (München) herangezogenen Leiter unterstützt wurden. Um nämlich den Unterschied der Preise zwischen den Arbeiten, welche die Unternehmer ausführten und den Regie-Arbeiten nicht zu enorm erscheinen zu lassen, wurden letztere dadurch vertheuert, daß die Arbeit zum zweiten und dritten Male in ganz nutzloser und unpraktischer Weise entweder neu herstellt oder „Ueberarbeit“ eintrat. Am auffälligsten geschah dies an den beiden historischen Stammbäumen am Mittelbau der Westfront, bis schließlich das hierzu bewilligte Geld verarbeitet war und das plötzliche Einstellen der Arbeit an den erst zu drei Viertel ausgearbeiteten Stammbäumen zur Folge hatte — zur Freude sämmtlicher Gegner der Regie-Arbeiten, vornehmlich der Herren Innungsmeister.

Das plötzliche Einstellen der Regie-Bildhauerarbeiten war eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen gegen die davon betroffenen Steinbildhauer, und zwar in einer der ungünstigsten Arbeitsperioden, wo noch genug innere Arbeit vorliegt, und hätte an einem solchen Bau bei einigermaßen gutem Willen vermieden werden müssen. Daß des öfteren ein Auge zugedrückt und mangelhafte Arbeiten trotz der enormen Preise so mit durchgeschmuggelt wurden, bei Abnahme der von den Unternehmern gefertigten Bildhauerarbeiten, ist in Fachkreisen öffentliches Geheimniß.

Die am Mittelbau der Ostseite stehenden, unter künstlerischer Oberleitung ausgeführten Trophäen haben denn auch den Beinamen „Klempnerarbeiten“ erhalten. Daß diese Manipulationen von Fachkennern bemerkt worden sind, geht aus den Worten des Herrn Baurath Wallot hervor, welcher bei Gelegenheit einigen Unternehmern Regie-Bildhauerarbeiten zeigte und dabei äußerte: „Meine Herren, sehen Sie, das sind wirkliche Bildhauerarbeiten!“

„Die „höhere, bessere“ Einsicht der maßgebenden Behörden, noch mehr aber das gegenwärtige Produktionssystem, lassen es leider nicht zu, daß bei derartigen Bauten das Prinzip der Regiearbeit allgemein durchgeführt wird. Ueber die Regiearbeit sagte der alte Hof-Baurath Demmler in Schwerin trefflich: „Die Arbeiten können in eigener Regie und Sicherheit solid gemacht werden, während die Leistungen der Unternehmer hinsichtlich der Materialien und der technischen Ausführung häufig viel zu wünschen übrig lassen. Auch sind künstlerische Absichten leichter dabei durchzuführen. Ebenfalls ist es vortheilhaft, wenn der dirigirende Architekt im Laufe des Baues Veränderungen in den grundlegenden Bauriſſen oder Abweichungen von Detailzeichnungen nöthig hält, er in nichts daran gehindert wird ꝛc.“

Liegen alle diese Vortheile nicht auf der Hand und sollte es nicht wünschenswerth sein, dieses Arbeitssystem allgemein durchzuführen?

Was sehen wir dagegen für ein Schauspiel am Reichstagsbau?

Als die Verwaltung sich mit der guten Absicht daran machte, die Bildhauerarbeiten in Regie zu vergeben, trat der Ring der Steinmetzmeister in Wirksamkeit und es zeigte sich, daß diese Herren die Situation beherrschten und als die Besitzer der in Frage kommenden Steinbrüche einfach erklärten, falls man ihnen die Arbeiten (und den daraus resultirenden Gewinn) entzöge, sich der Preis der Steine bedeutend höher stellen würde, wenn nicht überhaupt in Erwägung zu ziehen sei, die Lieferung des Materials dann ganz zu verweigern —! — Auch ein Schauspiel für — — Patrioten! —

Das Ende vom Liede war ein Kompromiß und um auf seiten der Reichstags-Bauverwaltung nicht ganz zu unterliegen, wurde wenigstens eine kleine Anzahl von Bildhauern in Regie beschäftigt.“ . . . . .

„Wurde dort nicht, wie auf den Steinmetzplätzen, mit derselben wahnsinnigen Hast und Flüchtigkeit gearbeitet, die das System des Akkordlohns mit sich bringt, so gereicht dies den Kollegen nur zur Ehre, da sich jeder einzelne zur Pflicht machte, die Regie-Arbeiten zu möglichst hoher künstlerischer Vollendung zu bringen.

Alle Wuth und alle „Maßregeln“ von jener Seite werden die klassenbewußten Bildhauer nicht abhalten, den Unternehmern und ihren Helfershelfern den Spiegel vorzuhalten und den Kollegen und dem Publikum zu zeigen, welcher Art der Patriotismus jener Herren ist. Wenn nur der Gewinnst ein halbwegs annehmbarer, lassen sie Vaterland und Monarchie zum Teufel fahren!“

Dem gegenüber verweist die „Bildhauer-Zeitung“ auf das Loos der ausgebeuteten Arbeiter in der Steinbranche, die ihre Gesundheit bei dieser ungesunden Beschäftigungsart opfern müssen, um die Reichthümer jener Herren vergrößern zu helfen.

Die mörderischen Wirkungen des Steinstaubes und die Unbilden der Witterung bringen unsere Kollegen im frühesten Mannesalter in die Gruft. Erwiesenermaßen sterben 90 pCt. aller Steinarbeiter frühzeitig an Lungenschwindsucht. Die letzten Jahre haben bei den Bildhauern dies vollauf bestätigt.

Und so mancher brave Kollege hat schon den Keim des Todes in sich, so daß sich die Verlustliste in kurzer Zeit noch vergrößern wird. Wieviel Arbeiter, Zimmerleute und Maurer haben aber außerdem an diesem Bau ihren Tod durch Abstürzen und Erschlagen gefunden? 12 Familienväter sind es, soweit wir orientirt sind, die bis jetzt im Dienste der Unternehmer an diesem Bau verunglückt sind.

Mögen uns diese gefallenen Genossen immer daran mahnen, daß unsere erste und heiligste Aufgabe sein muß: die Organisation zu festigen und dazu beizutragen, daß ferner eine Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung beseitigt werde, welche Auswüchse, wie die geschilderten, zeitigt.

Nirgendwo aber selbst in diesem unreaktionären Gesetz ist der Polizei ein Anhaltspunkt dafür gegeben, daß sie einem Staatsbürger ganz nach ihrem Belieben das Reden überhaupt verweigern, ihn politisch mundtodt machen darf.

Lokales.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben folgenden Antrag bei der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemischter Deputation über die Schaffung einer Organisation zu berathen, welche den Zweck hat:

1. durch die Aufnahme und Fortführung einer Arbeitslosen-Statistik die thatsächlichen Verhältnisse in bezug auf Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit festzustellen, und

2. durch die Beschäftigung Arbeitsloser bei städtischen Arbeiten und in städtischen Betrieben der in immer wachsendem Umfange hervortretenden Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu steuern.

Arbeiter-Bildungsschule. Diejenigen Mitglieder, die gewillt sind, an einem Kursus in der ganz vereinfachten Arendsschen Stenographie theilzunehmen, werden gebeten, heute Abend 8½ Uhr in der Reichenbergerstr. 133 zu erscheinen. Der Unterricht wird unentgeltlich ertheilt und dauert sechs bis acht Stunden. Um zahlreiche Betheiligung wird gebeten.

Kammerknechte. Mit dem Stempel „Kabinet Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin" versendet der Oberhofmeister Freiherr v. Mirbach eine Zuschrift an die bürgerlichen Zeitungen, in welcher er an unserem Mittwochsgeplauder in Sachen der „Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche" Anstoß nimmt und es den gutgesinnten Redaktionen anheimstellt, diesem Artikel entgegenzutreten und daraufhin ein „einmüthiges Vorgehen aller wohlgesinnten Berliner ohne Unterschied der Partei und des Bekenntnisses, sowie der städtischen Behörden anzuregen". Unsere sanften Hiebe haben also gesessen. Leider scheint es aber mit der guten Gesinnung in Sachen der dem Heldengreis zu erbauenden Kirche bei den bürgerlichen Blättern nicht weit her zu sein. Wenigstens schweigen sich mit Ausnahme zweier, sämmtliche Berliner Morgenblätter über das Rundschreiben des freiherrlichen Stürmers und Drängers gründlich aus. Die beiden Blätter, die auf den Aufruf zur simultan-patriotischen That eingehen, behandeln die Sache allerdings recht verschiedenartig. Während die „Volks-Zeitung" dem Freiherrn kurz und bündig zur Thür hinauskomplimentirt, ergreift das andere bürgerliche Organ, es ist dies der „Börsen-Courier", mit wahrer Wolfsgier die Gelegenheit, um nach oben hin zu zeigen, daß es trotz seines in höchsten Kreisen libelbeleumdeten Ghetto-Geruchs bei jeder Konjunktur patriotisch und königstreu sein kann. Ob dem Freiherrn von Mirbach, der in der ihm aufgetragenen Angelegenheit zwar nicht besonders taktvoll, aber immerhin doch mit einem in seinem Sinne verdienstvollen Eifer handelt, der neuerstandene „Mitkämpfer und Bundesgenosse" besonders behagen wird, möchten wir trotz der freiherrlichen Devise „ohne Unterschied der Partei und der Religion" doch nicht so ohne weiteres behaupten. Hören wir, wie das führende Organ der Burgstraße seine Rolle herunterschnarrt:

„Der sozialdemokratische „Vorwärts" ist sehr entrüstet darüber, daß man sich bemüht, für einen Beitrag der Stadt Berlin zum Ausbau der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche Stimmung zu machen, und daß insonderheit der Ober-Hofmarschall der Kaiserin Freiherr von Mirbach in dieser Richtung thätig ist. Daß das genannte sozialdemokratische Organ seiner Entrüstung nur rüpelhaften Ausdruck zu geben weiß, entspricht seinem Geschmack und seinen Gewohnheiten. Dergleichen darf man ihm nicht übel nehmen. Daß das genannte Blatt den Freisinn „im innersten Grunde seines Herzens vaterlands- und königstreu" nennt und damit eine Schmähung auszusprechen glaubt, ist gleichfalls ohne Bedeutung und verdient keine besondere Erwähnung. Die Auslassung des „Vorwärts" schließt aber mit den Worten „die Proletarier brauchen ja nichts zu bewilligen, sie brauchen nur zu zahlen" — und das erfordert eine Erwiderung.

„Es ist eine Fabel, daß der Proletarier nichts zu bewilligen und nur zu zahlen habe. Wenn die Stadt Berlin einen Beitrag leistet für die Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche, so hat bei der Bewilligung der Proletarier — in seiner Vertretung durch die sozialdemokratischen Stadtverordneten — wohl mitzusprechen, aber zu zahlen hat er ganz und gar nichts. Der Proletarier liegt auf dem Säckel der Stadt Berlin als ein sehr schweres Gewicht. Der Proletarier zahlt keinen Heller Steuern, aber er nimmt die Dienste der Stadt Berlin und den Geldbeutel der Stadt Berlin in einem Maße in Anspruch, das für den Nichtproletarier Berlins sehr empfindlich ist. Dabei darf man den Begriff „Proletarier" sehr weit nehmen und nicht blos an diejenigen denken, die Armenunterstützung empfangen. Millionen zahlt die Stadt Berlin für die Schulen, deren Besuch kostenlos ist. Wenn aber die Stadt Berlin irgend welche Aufwendungen macht, ja wenn sie nur ein Frühstück veranstalten will, so schreien die Herren Proletarier, als ob ihnen damit ein Unrecht geschähe.

„Es ist in neuerer Zeit Brauch geworden, bei allen öffentlichen Maßnahmen nach den Proletariern zu schielen und abzuwarten, was diese wohl dazu sagen werden. Es ist unseres Erachtens hohe Zeit, diesen Brauch aufzugeben, der dahin geführt hat, Anmaßlichkeit und Begehrlichkeit zu steigern. In diesem Punkte sind die Sozialdemokraten und die Sozialfeudalen von genau dem gleichen Kaliber. Es wird hohe Zeit, einmal die Rechnung aufzumachen, welche zeigt, daß bei uns — ganz besonders in der Stadt — der Proletarier nichts zahlt, aber für jede Zahlung, die nicht zu seinen gunsten gemacht wird, ein großes Geschrei erhebt. Die Aehnlichkeit zwischen den Sozialdemokraten und den Agrariern in bezug auf Begehrlichkeit und Leistungsscheu wird sich als eine erstaunlich große herausstellen."

Unsere Leser werden nicht von uns verlangen, daß wir das gellende Gekreische, in dem die freisinnigen Kammerknechte vom „Börsen-Courier" ihre innersten Herzenswünsche kundgeben, anders als von der heiteren Seite auffassen.

Bemerken wollen wir am Ende, daß heute (Freitag) Abend noch die „Staatsbürger-Zeitung" Herrn v. Mirbach in dem von ihr ausschließlich gepachteten Jargon affistirt.

Ueber dem Herrn Oberhofmarschall waltet in dieser Sache ein tragisches Geschick. Rechts von ihm der „Börsen-Courier", zu seiner Linken der Ahlwardt-Moniteur: In der That, eine mehr als peinliche Situation. Namentlich für die Geruchsnerven des Herrn Oberhofmarschall.

Im übrigen wiederholen wir, daß man in „höchsten" Kreisen um das Zustandekommen des fehlenden Fonds nicht bange zu sein braucht. Die ordenslüsternen Freisinnspudel werden mit Gier die halbe Million apportiren; sie drückt das Geld ja nicht. Wenn sie heute noch hier und da knurren, so hat das nichts zu bedeuten.

Nochmals die Charitee. Ein in sehr beschränkten Wohnungsverhältnissen mit einer großen Familie lebender hiesiger Hausindustrieller, welcher aus diesen Gründen genöthigt war, seine Tochter nach der Entbindungsanstalt der Königlichen Charitee zu überführen, da ihm eine andere Gelegenheit nicht zu Gebote stand, theilt uns seine und seiner Tochter bei dieser Angelegenheit gemachten Erfahrungen mit, die wohl geeignet erscheinen, darzulegen, daß auch in dieser Abtheilung Zustände herrschen, die sich denen in anderen Abtheilungen würdig zur Seite stellen und ebenso dringend der Abhilfe bedürfen. Es war am 11. Januar d. J., als der Vorgedachte genöthigt war, seine hochschwangere Tochter der Entbindungsanstalt der Charitee zu „überliefern". Am 13. d. M. begab er sich wieder dorthin, um sich nach dem Befinden seiner Tochter zu erkundigen, mußte aber unverrichteter Dinge wieder von dannen ziehen, denn die Oberwärterin hatte nur einen nichtachtenden Blick für ihn. Nach vier Tagen begab er sich wieder in die Charitee und bekam nunmehr seine Tochter zu sehen und zu sprechen. Von dieser erfuhr er zunächst, daß dieselbe im Laufe der Woche nach ihrer erfolgten Entbindung eine Postkarte an ihn gerichtet habe, die indessen bis dato noch nicht in seine Hände gelangt ist. Begreiflicherweise trug der Vater Verlangen, von seiner Tochter über so Manches Auskunft zu erhalten und um nicht stehenden Fußes die längere Unterhaltung zu pflegen, sah er sich nach einer Sitzgelegenheit um. Vergebens! Ein solchen Zwecken meisthin dienendes Möbelstück, so da Stuhl genannt ist, war nicht zu entdecken. Zu des Mannes unendlicher Freude gelang es schließlich dennoch, ein solches in einem Krankenhause höchst überflüssiges Inventarstück herbeizuschaffen. Doch die Freude währte nicht lange, denn als der Mann sich des Stuhles bediente, brach er mit demselben zusammen. Zum Sitzen war der Stuhl offenbar nicht bestimmt. Nun, der Mann konnte sich trösten, denn die Lagerstätten der armen Wöchnerinnen war in ähnlicher Verfassung. Dieselben ruhten in eisernen Bettstellen, welche unten mit Stricken zusammengeschnürt waren. Auf diesen also hergestellten Betthöden war ein Strohsack plazirt, dessen Füllung aus einem strohartigen Gemengsel bestand, eine für Wöchnerinnen allerdings sehr zuträgliche Lagerstatt. Weiter erfuhr der Vater von seiner Tochter, daß das Essen unzulänglich und oft ungenießbar, das Eßgeschirr unsauber sei, kurzum, daß auch hier Mißstände bestehen, wie sie bereits des Oefteren in der Oeffentlichkeit bekannt gegeben und gerügt worden sind. Infolge dessen übergab der Vater am nächstfolgenden Tage, am 18. Januar, dem Portier der Anstalt ein Packet mit leichten Eßwaaren für seine Tochter, welches der Portier auch sofort nach der betreffenden Station sandte. Am 20. Januar besuchte der Vater seine Tochter wiederum und erfuhr nunmehr, daß derselben das Packet mit Eßwaaren nicht ausgehändigt worden sei. Auf energische Nachfrage nach dem Verbleibe des Packets brachte die Oberpflegerin dasselbe schließlich zum Vorschein, warf dem Manne dasselbe auf den Hals und überhäufte denselben mit Titulaturen, die Knigge's „Umgang mit Menschen" sicher nicht entnommen waren. Als ihr in geziemender Weise gedient wurde, holte sie sich den Haus-Inspektor zu Hilfe, und nun entspann sich in dem Zimmer der Wöchnerinnen eine Szene, die sicher wohlthuend auf den Gesundheitszustand der armen Dulderinnen wirken mußte. Von unseren Gewährsleuten, sowie von anderen Augenzeugen werden uns weiter Mittheilungen gemacht, betreffend die Behandlung der Wöchnerinnen und der Neugeborenen, welche hier wiederzugeben wir Abstand nehmen müssen, die aber darthun, daß die Behandlung eine menschliche, auch nur angemessene nicht genannt werden kann. Es scheint, daß auch hier bezüglich der Patienten dieselbe Auffassung vorherrschend ist, wie bezüglich der Kranken der syphilitischen Abtheilung. Von dem Vater der in Rede stehenden Wöchnerin ist Beschwerde beim Minister für geistliche und Medizinal-Angelegenheiten erhoben worden.

Gewerbegerichtliches. Wenig bekannt ist noch, daß bei Klageobjekten unter 150 M. Vollmachten für etwaige Prozeßvertreter, die an sich nicht stempelpflichtig sind, der Stempelpflicht unterliegen, wenn aus ihnen die Höhe des Objekts nicht hervorgeht. Das Gericht veranlaßt dann die Stempelung. Um dies zu verhindern, brauchen Parteien, welche sich vertreten lassen, nur an die Spitze der Vollmacht setzen: Klageobjekt unter 150 M., oder auch einfach blos die Klagesumme angeben. Bei Objekten von mehr als 150 M. ist bekanntlich die Stempelung nothwendig. Die Stempelgebühr beträgt 1,50 M.

Auch ein Nothstand. Recht lehrreich und interessant ist die neueste amtliche Statistik über die Veranlagung zur Einkommensteuer im preußischen Staate. Nach den Ergebnissen der Selbsteinschätzung ist als reichster Steuerzahler in Preußen ein Mann in Dortmund zu betrachten. Derselbe hat sein Einkommen für das Steuerjahr 1893/94 auf 8,23 Millionen berechnet. Im Vorjahre hatte sich derselbe noch mit einem jährlichen Einkommen von rund 11 Millionen eingeschätzt. Man sieht, die fortschreitende Proletarisirung ergreift nun auch schon die Millionäre, denn nach der Differenz in der Einschätzung hat der Arme einen Verlust an Einkommen von über 2½ Millionen Mark erlitten. Herr Krupp in Essen hat indessen keinen Verlust zu beklagen. Im Gegentheil! Nach seiner Berechnung hat sich sein Einkommen seit dem vorigen Steuerjahre um 440 000 M. erhöht und hat er sich demzufolge pro 1893/94 mit einem Einkommen von über 7 190 000 M. eingeschätzt. Auch bei dem Frankfurter Rothschild hat der Nothstand bereits angeklopft. Während er im Vorjahre noch ein jährliches Einkommen von 5 855 000 M. versteuerte, hat er nunmehr die traurige Entdeckung machen müssen, daß sein versteuerbares Einkommen pro 1893/94 nur noch 5 840 000 M. ausmacht. Berlin darf sich rühmen, den vierten Mann in der Reihe der Höchstbesteuerten mit einem jährlichen Einkommen von über 5 750 000 M. zu stellen. Der gute Mann hat es verstanden, sein Einkommen seit dem Vorjahre gemäß der Steuerdeklaration um 850 000 M. zu erhöhen! Diesem Berliner folgt ein Breslauer mit einem Jahreseinkommen von über 4 330 000 M. und diesem wiederum zwei Berliner mit einem Jahreseinkommen von 4 220 000 M. und 3 500 000 M. Ein jährliches Einkommen von 3—4 Millionen Mark nur 3 Personen, 5 müssen schon mit einem Jahreseinkommen von 2—3 Millionen Mark und 12 Personen gar mit einem solchen von 1—2 Millionen Mark zufrieden sein. Wenn man dem ehrenwerthen Stande eines „Thaler-Millionärs" ein jährliches Einkommen von 120 000 M. zu grunde legt, so würde es solcher in Berlin im ganzen 426 geben. Die Zahl derselben ist indessen seit dem vorigen Jahre um 14 gesunken. Ein weiterer Rückgang ist bei der Zahl derjenigen Personen in Berlin zu verzeichnen, deren jährliches Einkommen mehr als 100 000 M. beträgt, während solcher Berlin im vorigen Jahre noch 569 aufzuweisen hatte, sind im neuen Steuerjahre derer nur noch 556 vorhanden. Im ganzen preußischen Staate giebt es 1892 Personen mit einem jährlichen Einkommen von mehr als 100 000 M.; das bedeutet gegen das Vorjahr einen Rückgang von 49. Demnach ist auch unter den armen Reichen ein „Nothstand" zu verzeichnen, der indessen eine Ablenkung kaum erfahren dürfte!

Schneidigkeit wird längst nicht mehr in militärischen und Beamtenkreisen allein verlangt. Gar mancher Unternehmer sieht bei Besetzung eines Antreiberpostens weit weniger auf Fachbildung als auf die Eigenschaft, daß der neue Meister es gehörig versteht, die ihm unterstellten Arbeiter in schuftiger und herzloser Weise zu kujoniren und auszupressen. Aber auch unsere Hauswirthe haben die Tugend der Schneidigkeit und Schnauzigkeit schätzen gelernt und es ist daher seit einiger Zeit die Sitte bei ihnen eingerissen, ihre Portier- und Hausverwalter-Stellen wenn irgend möglich mit Beamten — am liebsten mit Schutzleuten — zu besetzen. Keiner weiß seinen Worten und Handlungen mehr Autorität anzumaßen, als so ein gewesener Unteroffizier und gegenwärtiger Sicherheitsbeamter. Diese Anschauung trat, wie uns berichtet wird, so recht in die Erscheinung, als ein invalider, aber äußerlich noch kernfester Arbeiter auf der Suche nach einer Portierstelle war. Der Mann, der von der Unfallversicherung eine Rente von baaren sechszehn Mark pro Monat bezieht, trotzdem er in seinem Beruf — er ist Zimmermann — durchaus arbeitsunfähig geworden ist, las dieser Tage im „Lokal-Anzeiger" eine Annonce, in der ein „Hausverwalter" gesucht wurde. Als er sich bei dem in der Kurfürstenstraße wohnenden Hauswirth, der laut Anzeige von 11 bis 1 Uhr zu sprechen war, zeitig vorstellen wollte, war die Thür von etwa vierzig Personen, die alle auf die Stelle reflektirten, belagert. Die Leute warteten wohl über eine Stunde lang, der Hauswirth war immer noch nicht zu Hause, wie es hieß. Einige, die trotzdem in's Haus hineingegangen waren, kamen unverrichteter Sache wieder zurück. Da drückte sich ein Mann in Schutzmannsuniform, jedoch mit der Mütze bekleidet, durch die Menge, und es dauerte kaum 10 Minuten, da kam er lächelnden Antlitzes aus dem Hause heraus und hinter ihm ließ sich eine Stimme vernehmen: Die Stelle ist besetzt! Die Wartenden konnten gehen und Betrachtungen über die staatserhaltende Natur unserer Hauswirthe anstellen, die sich darin äußerte, daß bei Vergebung eines Hausverwalterpostens ein Mann in sicherer Stellung dem wirklich bedürftigen vorgezogen wird, wenn der Mann mit sicherem Brot nur ein schneidiger Schutzmann ist.

„Tugendwächter". Das „Korrespondenzblatt zur Bekämpfung der öffentlichen Sittenlosigkeit", Verbandszeitung einer großen Zahl von „Sittlichkeitsvereinen", jammert in seiner letzten Nummer stärker als je über die immer mehr um sich greifende „Unsittlichkeit". Bei dieser Gelegenheit versucht es wieder einmal, zu beweisen, daß „Unsittlichkeit" und „umstürzlerische" Bestrebungen in einem inneren Zusammenhange mit einander stehen. „Die Verrohung der Sitten", meint das Blättchen, „und die Mißachtung des Menschen nimmt zu. Die Werthschätzung des Familienlebens und der Ehe sinkt immer mehr .... All' die echten Edelsteine, die bisher als schönster Schmuck deutschen Wesens galten, finden kaum noch Beachtung. Aber die Saaten, die der Umsturz Tag und Nacht mit tausend geschäftigen Händen ausstreut, fallen allerorts in tiefgelockerten Boden und reifen überschnell zur Verderbensernte. Wie könnte es auch anders sein? Ein Volk, in dem Gottes sechstes Gebot mit Füßen getreten wird, kann unter dem verthierenden Einfluß dieser Sünde zuletzt keine Autorität mehr gelten lassen im Himmel und auf Erden. .... Wo wir nicht bauen und halten und kämpfen und werben, da sind die Sozialdemokraten und Anarchisten und Materialisten jeglicher Spielart unablässig an der Arbeit. Deren Werbetrommel gellt und lärmt unaufhörlich durch die Lande. Und wohin sie die Völker, auch unser Volk, führen, — die von dem Verbrecher Vaillant, der wohlgemerkt auch ein Ehebrecher war, unlängst in die französische Kammer niedergeschleuderte Bombe redet laut genug davon." Wenn der Verfasser selber glaubt, was er geschrieben hat, — und wir nehmen an, daß er es wirklich glaubt, so einfältig sein Geschreibsel auch ist, — dann muß man sich nur wundern, daß er sich nicht schleunigst in Sicherheit bringt; denn wenn jeder Ehebrecher, jeder, der das sechste Gebot verletzt hat, in Zukunft zur Bombe greifen sollte, dann würden bald sehr reiche und sehr „vornehme", sehr „gebildete" und auch — sehr „fromme" Leute unter die Bombenwerfer gehen müssen, und des Bombenwerfens wäre schließlich kein Ende. Der lamentirende Artikelschreiber des „Korrespondenzblatt" brauchte, wenn er mit seiner Behauptung vom Zusammenhang der Verachtung des sechsten Gebotes mit dem Bombenwerfen Recht hätte, sich gar nicht weit umzublicken; er brauchte nur zuzugreifen, um sofort ein halbes Dutzend sehr „sittliche" und sehr „fromme" Herren zu fassen zu kriegen, von denen er nach seiner Theorie befürchten müßte, daß sie den Vaillant'schen Kochtopf bereits unter der Kutte tragen. Oder besinnt sich der Herr nicht auf die unterschiedlichen Geistlichen, Hausväter, Lehrer u. s. w., die in den letzten Jahren wegen der niederträchtigsten Sittlichkeitsvergehen, die sie an wehrlosen, ihrer Obhut anvertrauten Kindern begangen hatten, eingesteckt worden sind? In dem „Korrespondenzblatt" allerdings, daß sonst über jeden, auch den geringsten Frevel am sechsten Gebot sehr eingehend berichtet und den Frevler an den Pranger stellt, wird man eine Besprechung der meisten der von Geistlichen, Hausvätern, Lehrern u. s. w. verübten Sittlichkeitsvergehen vergeblich suchen. Die Redaktion des „Korrespondenzblatt" liest die Tageszeitungen aller Parteien, auch den „Vorwärts", wie sie in jeder Nummer zeigt, mit großer Aufmerksamkeit. Die Annahme, daß ihr gerade die meisten der frommen Sittlichkeitsverbrecher entgangen sein könnten, muß also zurückgewiesen werden. Unsere Leser mögen darnach beurtheilen, was von diesen „Tugendwächtern" und ihrem Kampfe gegen die „Unsittlichkeit" zu halten ist. Wenn diese Leute dann noch einen Zusammenhang zwischen „Unsittlichkeit" und „umstürzlerischen" Bestrebungen beweisen wollen, so ist das entweder, wie bereits bemerkt, sehr einfältig oder sehr keck. Jene vom „Korrespondenzblatt" meist mit Stillschweigen übergangenen Sittlichkeitsverbrecher predigten nicht den „Umsturz", sondern das Wort Gottes, sie waren nicht Sozialdemokraten, Anarchisten oder Materialisten, sondern sie gehörten oft zu den angesehensten und hervorragendsten Stützen der religiös, monarchisch und kapitalistisch gesinnten Gesellschaft. Wir könnten daraus ebenso gut den Schluß ziehen, daß beispielsweise auch zwischen Unsittlichkeit und „Frömmigkeit" ein innerer Zusammenhang besteht. Daß ein solcher Zusammenhang zum mindesten zwischen Unsittlichkeit und kapitalistischer Wirthschaftsordnung besteht, ist oft genug erwiesen worden. Daher wird auch jeder, dem es ernsthaft um Bekämpfung wirklicher Unsittlichkeit zu thun ist, zu allererst den Kapitalismus bekämpfen müssen. In diesem Sinne ist gerade vom Muckerthum, das ja zu den eifrigsten Schützern des Kapitalismus gehört, am wenigsten für den Kampf gegen alle wirkliche Unsittlichkeit zu erwarten. Daß sich im übrigen unsere Anschauungen über die Begriffe „sittlich" und „unsittlich" mit denen der Mucker und Pfaffen nicht decken, brauchen wir nicht erst weiter auszuführen.

Der Umgang mit Menschen in einer Berliner Brauerei. Ein Mann von zärtlichem Gemüth ist der Kellermeister in der Brauerei von Oswald Berliner. Als ein Arbeiter vor kurzem an einer von dem Platz dieses Herrn ziemlich entfernten Stelle beschäftigt war, entquollen dem Munde des Kellermeisters die lieblichen Worte: „Sie olles verfluchtes polnisches Aas, Sie, scheeren Sie sich her an den Fahrstuhl!" Der Arbeiter nahm die Anrede respektvoll hin, wagte jedoch schüchtern einzuwenden, daß er gerade bei einer anderen Arbeit zu thun habe. „Sie sind wohl schon verrückt geworden," schallte es würdevoll zurück. Auf die Verneinung dieser Frage schrie der ob der oratorischen Opposition [in höchste Empörung gerathene Kellermeister: „Sie alte polnische Sau, ich schmeiße Sie vom Hof herunter, daß Sie sich Hals und Beine brechen."

Das sind die Vertreter des Unternehmerthums, die dem Arbeiter ja wohl vor allem in der Gesittung mit gutem Beispiel vorangehen sollen?

Zur Zentralisation der Krankenkassen Berlins theilt der Vorstand der Orts-Krankenkasse für das Bierbrauergewerbe uns mit, daß er in seiner Sitzung vom 28. Januar beschlossen habe, im Prinzip der Zentralisation aller Krankenkassen Berlins zuzustimmen. Der Vorstand erwartet von der bestehenden Kommission eingehende Vorschläge.

Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Schiffbauerdamm, glaubte ihren Patriotismus am letzten Sonnabend dadurch zur Geltung zu bringen, indem dieselbe vorn am Gebäude prächtig illuminirte, während hinten, in den Werkstätten, ca. 40—50 Mann entlassen wurden. Vielleicht sollen die verschiedenen Tausende, welche die Illumination verschlang, auf diese Art und Weise wieder herausgeschlagen werden. Am schlimmsten spielte die humane Gesellschaft einem gewissen W. mit. Derselbe, ein älterer Arbeiter, kann wie gewöhnlich, nicht mehr gut gebraucht werden. Er wurde aber nicht direkt entlassen, bewahre, es läßt sich viel besser bewerkstelligen, um denselben los zu werden. Er bekommt am Sonnabend zuweilen den Bescheid: „Sie müssen 14 Tage aufsetzen", welcher sich nach abgelaufener Zeit öfters wiederholt. Dadurch in fatale Lage gerathen, begab W., welcher nebenbei gesagt schon 4 Wochen

„aussetzte", außerdem noch eine an der Lungenentzündung schwer erkrankte Frau und 7 Kinder besitzt, sich freudigen Herzens an dem bewußten Illuminationsabend nach der obengenannten Arbeitsstätte in der Hoffnung, daß er ein paar Wochen wieder arbeiten könnte, um sich abermals den guten Bescheid vom „Aussetzen" zu holen und dann muthlos nach Hause, wenn man es noch so nennen darf, gehen zu dürfen. Freilich, Humanität ist bei reinem Ueberschuß von beinahe 2 Millionen Mark nicht am Platze für die — Aktionäre.

Rockwechsel. Das „Kleine Journal" hat auch sein Aeußeres nach Art der Pariser Boulevard-Revolverblätter umgeändert und diesen Wechsel in einem Gedicht an der Spitze seines gestrigen Morgenblattes verkündet. Dies Ereigniß feiert einer unserer Leser in folgenden lustigen Gratulationsversen:

„Du hast 'nen neuen Rock erhalten;
Gewiß, es war auch hohe Zeit,
Denn Anstoß nahm man an dem alten,
Weil er schmutzig, weit und breit."

Ob dich der neue besser kleide?
Die Antwort d'rauf ist nicht zu schwer.
Und gehst du selbst in Sammt und Seide,
Du giltst doch keinen Heller mehr.

Nicht immer machen Kleider, Leute!
Und wer wie du, hohl und gemein,
Der bleibet gestern, so wie heute
Doch stets das allergrößte — — Blatt.

Aus dem Städtischen Obdach wird uns berichtet: Geradezu himmelschreiend ist es, wie die Obdachlosen zum Theil untergebracht werden. Bekanntlich sind nach dem Erweiterungsbau 40 Baracken vorhanden und dennoch müssen oft vier Personen auf zwei Pritschen schlafen. Es ist Niemand im stande, sich bequem umdrehen zu können. Jede Baracke wird mit 100 Personen belegt und durchschnittlich 2500 Personen suchen das Asyl auf. Viele Baracken bleiben unbelegt. Woher kommt das? Weil die Unterbeamten schalten und walten können, wie sie wollen. Es vergeht keine Nacht, in der nicht einige Leute auf dem steinernen Fußboden in der Baracke ihren Schlaf genießen, und zwar wegen Raumangels. Speziell vorgestern und gestern geschah dies in Baracken 9 und 10. Mündliche Beschwerden bringen dem Asylisten nur Grobheiten ein und eine Remedur seitens der Inspektion wäre hiermit gerechtfertigt.

Als ich noch Prinz war von Arkadien. . . Sensationelles Aufsehen erregt, so schreibt ein hiesiger Berichterstatter, in Sports- und Kavalierkreisen das plötzliche Verschwinden eines exotischen Prinzen, der einem hiesigen Garde-Regiment attachirt war, um die Einrichtungen der deutschen Armee zu studiren. Der Prinz, der im Südwesten der Stadt eine aus sechs Zimmern bestehende, fürstlich eingerichtete Wohnung mit zwei Pferdeställen für sechs Pferde und Remise für zwei Equipagen besaß, soll angeblich durch Wuchermanipulationen in eine derartige Bedrängniß gerathen sein, daß ihm der Sand der Mark unter den Füßen zu heiß wurde und er es vorzog, die heimischen Penaten am goldenen Horn bezw. am Strande des Nils aufzusuchen. In anscheinend unterrichteten Kreisen wird die Höhe der Schuldenlast auf 2—300 000 M. angegeben. Thatsache ist, daß die prinzlichen Boudoirs vor kurzem von einem Gerichtsvollzieher versiegelt und 4 Pferde und die beiden Equipagen (diese sollen einen Werth von 80 000 M. repräsentiren) nach der Pfandkammer geschafft worden sind. Seitens des Regiments soll dem Prinzen ein 20tägiger Urlaub zur Regelung seiner Verhältnisse bewilligt worden sein und er diesen benutzt haben, um seine Abreise unauffällig zu bewerkstelligen. Wenn den verschiedenen Gerüchten Glauben zu schenken ist, so dürfte die Affäre noch ein Nachspiel in Gestalt eines Wucherprozesses à la Hannover vor den hiesigen Gerichten finden.

Beamtenpflicht und Menschenpflicht. Vor etwa vierzehn Tagen meldete der amtliche Polizeibericht, daß sich ein hiesiger Beamter durch Erhängen das Leben genommen habe. Wie uns nun von einem Lokal-Berichterstatter mitgetheilt wird, handelt es sich um den Hilfs-Gerichtsvollzieher bei der Gerichtskasse des Amtsgerichts I hierselbst, Herrn Schilling, dessen tragisches Ende allgemeines Mitleid in den Kreisen der daselbst beschäftigten Beamten hervorrufen soll. Sch., dessen Gutmüthigkeit trotz seines Berufes bekannt war, hatte vor etwa drei Wochen bei einer Wittwe, welche sieben Kinder zu ernähren hatte, wegen Gerichtskosten zu pfänden. Als der Beamte in die bescheidene Wohnung der Wittwe trat, um seine Pflicht zu thun, warf sich die Aermste demselben zu Füßen und bat, ihr doch nicht das Letzte wegzunehmen, und in der That waren es nur noch wenige Gegenstände, die zu pfänden gewesen wären. Den Bitten der armen Familie vermochte der gutherzige Mann nicht zu widerstehen; wiewohl es seine Pflicht gewesen wäre, der Schuldnerin alles zu pfänden, was sie noch besaß, erklärte Sch. die Exekution für fruchtlos. Auf irgend welche Weise muß jedoch die vorgesetzte Behörde des Sch. erfahren haben, daß der Beamte seine Pflicht verletzt, in Begleitung des letzteren begab sich ein Inspektor zu der Schuldnerin und hier fanden sich in der That doch noch einige Möbelstücke, die gesiegelt hätten werden müssen. Sch. sah sein Schicksal nunmehr vor Augen, die Disziplinar-Untersuchung drohte und in der Verzweiflung, sein Amt und seine Ehre zu verlieren, erhängte sich der Aermste noch an demselben Abend auf dem Dachboden seiner Wohnung.

So traurig das Schicksal des Mannes ist, er hat es verdient. Wer als Beamter tüchtig und pflichtbewußt handeln will, hat vor allen Dingen Gefühls- und Herzensregungen in sich gründlich zu ersticken. Zu einem Konflikt zwischen Beamtenpflicht und Menschenpflicht darf es bei einem ordentlichen Beamten, und vor allem bei einem preußischen, überhaupt nicht kommen. Zum Glück für die bestehende Rechtsordnung haben die meisten Gerichtsvollzieher dies auch von Grund auf begriffen.

Was der niedrige Silberpreis zu Wege bringt. Eine hochinteressante Geldfälschung, welche um so origineller ist, als die Falsifikate werthvoller sind, wie die von der Reichsmünze geprägten derartigen Geldsorten, übt gegenwärtig ein noch nicht ermittelter Falschmünzer aus. Seit kurzer Zeit sind in Berlin falsche Einmarkstücke im Umlauf, deren täuschende Nachahmung in Prägung, Farbe und Klang bei der zuständigen Behörde allgemeines Aufsehen hervorruft. Diese Falsifikate, die sämmtlich das Münzzeichen A tragen, sind so vorzüglich geprägt, daß die Fälschung nur durch ein sehr geübtes Auge oder unter der Loupe dadurch erkenntlich wird, daß die Ecken der Schrift nicht ganz so präzis ausgearbeitet sind, wie die echten Münzen, und daß sich das Falsifikat etwas fettig anfühlt. — Wie uns von fachmännischer Seite mitgetheilt wird, enthalten die Falsifikate für zirka 40 Pfennig Silber nach dem gegenwärtigen Silberkurse gerechnet, während die echten Marktstücke nur 35 Pfennig Silberwerth haben. Der unternehmungslustige Fälscher hat jedenfalls auf den zur Zeit so niedrigen Silberkurs gerechnet, er hat wohl eine größere Quantität dieses edlen Metalls angekauft, und verfertigt nun flott bessere und werthvollere Marktstücke als der Staat, wobei der spekulative Falschmünzer noch immer an jedem Marktstück zirka 54 Pfennig verdient.

Zu der Liebestragödie aus der Invalidenstraße wird weiter berichtet, daß die unverehelichte Bertha Barusch auf kurze Zeit zum Bewußtsein zurückgekehrt war und als Grund für den gemeinsam beschlossenen Tod weniger unglückliche Liebe, als vielmehr Krankheit genannt hat, die beide für unheilbar ansahen. Diese Aussage deckt sich auch mit dem Inhalt des Briefes, den der Maschinenmeister Otto Butt erhielt, und der die Unterschrift der beiden jungen Leute trug.

Ueber einen zweiten Selbstmordversuch aus unglücklicher Liebe, dessen Schauplatz das neue Reichstags-Gebäude war, wird uns in Nachstehendem berichtet: Eine Frau Sch., die in dem Hause Schiffbauerdamm 37 wohnt und in dem Reichstagsbau eine Kantine für die Arbeiter und Handwerker unterhält, wird hierin durch ihren 23 Jahre alten Sohn Otto unterstützt. Dieser hatte einem jungen Mädchen seine Neigung zugewendet und verehrte ihr vor einiger Zeit als Angebinde einen großen Hund. Dieses Geschenk scheint der Angebeteten auf die Dauer nicht gefallen zu haben; denn vor einigen Tagen wurde das Verhältniß unter Rückgabe des Thieres gelöst. Otto Sch. ließ seitdem den Kopf hängen. Gestern Abend gegen 10 Uhr hörte die Mutter ein Röcheln, das aus dem neben dem Schankraum belegenen Zimmer drang. Sie fand ihren Sohn auf dem Sopha sitzend bewußtlos vor, er hatte eine Flasche, die 200 Gramm Kümmelöl enthielt, in selbstmörderischer Absicht geleert. Das 8. Polizeirevier brachte den Lebensmüden in einem Krankenhause unter, wo man ihn am Leben erhalten zu können hofft.

Wiederum hat sich ein 17jähriger Lehrling im Thiergarten zu erschießen versucht. Als gestern Nachmittag gegen 2 Uhr eine Schutzmannspatrouille des 33. Polizeireviers den Floraplatz beging, feuerte der Steindruckerlehrling Paul G., der bei den Eltern in der Metzerstraße wohnt, aus einem Terzerol einen Schuß auf sich ab, der ihn unter dem Herzen traf. Er wurde sofort nach einem Krankenhause gebracht, wo er als Grund Zwistigkeiten mit Verwandten angab. Die Wunde scheint nicht lebensgefährlich zu sein.

Der berüchtigte Einbrecher Adolf Krüger, welcher im Oktober aus der Irrenanstalt Herzberge entsprungen ist, wurde am Donnerstag Abend durch die Polizei in einem Dresdener Restaurant verhaftet.

Von dem flüchtigen Goldarbeiter Rudolf Baumann sind in dem hier, Admiralstr. 1, belegenen Geschäftslokal verschiedene Werthsachen zurückgelassen, die ihm zur Ausbesserung übergeben waren und jetzt von der Kriminalpolizei in Verwahrung genommen worden sind. Die unbekannten Eigenthümer dieser Gegenstände können sich zur Empfangnahme der einzelnen Stücke im Zimmer 197 des Polizei-Dienstgebäudes einfinden.

In der Rixdorfer Gemeinde-Vertretung wurde am Donnerstag beschlossen, die Herstellung der Hausleitungs-Anschlüsse an die Kanalisation einem Berliner Unternehmer zu übertragen, da die Rixdorfer kleinen Meister zu theuer wären. Genosse Müller stellte hierzu den Antrag, daß der betreffende Berliner Unternehmer verpflichtet werden soll, nicht nur vorwiegend Rixdorfer Arbeiter anzustellen, sondern denselben auch einen Minimallohn von 35 Pf. zu zahlen. Der erste Theil des Antrages fand ja bei den übrigen Mitgliedern der Gemeinde-Vertretung Anerkennung, aber den zweiten Theil, der einen so entsetzlich hohen Lohn verlangte, bekämpften die satten Bourgeois aufs Allerentschiedenste, obwohl Genosse Müller in trefflicher Rede darauf hinwies, daß es Pflicht der Gemeinde sei, dafür zu sorgen, daß bei ihren Arbeitsaufträgen die Arbeiter wenigstens ihre Existenz fristen können. Bei der Abstimmung stimmten nur die Arbeitervertreter für den Müller'schen Antrag; er wurde abgelehnt, und so ist dem Unternehmerthum wieder einmal Gelegenheit geboten, die Arbeiter mit Hungerlöhnen abzuspeisen. Hoffentlich merkt sich aber die Rixdorfer Wählerschaft diese Fürsorge für die nächste Kommunalwahl.

Ein Häuptling der Rixdorfer Antisemiten, der Rathskellerwirth Max Höhne, ist pleite. Schon seit längerer Zeit scheute sich das anständige Publikum, den Rixdorfer Rathskeller zu betreten, da dort fast täglich antisemitische Radauszenen vorkamen. So kam es denn, daß Herr Amts- und Gemeindevorsteher Boddin in der am Donnerstag stattgefundenen Gemeinde-Sitzung erklären mußte, daß Höhne schon seit Monaten keine Miethe gezahlt habe. Infolgedessen beschloß die Gemeinde-Vertretung, von dem Vertragsrecht Gebrauch zu machen und die sofortige Räumung des Lokals zu verlangen. Die Verpachtung des Rathskellers soll auf 6 Jahre öffentlich ausgeschrieben werden. — Höhne hat inzwischen den Rathskeller bereits verlassen. Seine zahlreichen Gläubiger aber haben das Nachsehen, denn es ist keine Hoffnung vorhanden, daß dieselben auch nur einen Deut bekommen.

Zusammenstoß zweier Pferdebahnwagen am Köllnischen Fischmarkt. Heute Morgen 8 Uhr 10 Minuten stieß ein Wagen der Linie Alexander-Platz—Rollendorf-Platz mit einem Wagen der Linie Kreuzberg—Gesundbrunnen hinter der Mühlendamm-Brücke heftig zusammen. Der vorausfahrende Wagen der Linie Alexander-Platz—Rollendorf-Platz fuhr über die Haltestelle am Köllnischen Fischmarkt in scharfer Gangart hinaus und bremste dann so plötzlich und stark, daß der Kutscher des dahinter befindlichen Wagens der Linie Kreuzberg—Gesundbrunnen, dessen Pferde sich gleichfalls im Trabe befanden, die Bremse so kräftig gebrauchen mußte, daß die Kette zerriß und infolge dessen der zweite Wagen auf den ersten mit großer Gewalt auffuhr. Ein Pferd entging schweren Verletzungen nur durch schnelles Linksausbrechen. Das zweite Pferd wurde zu Fall gebracht und gerieth unter den Hinterperron des Vorderwagens und den Vorderperron des Hinterwagens. Die Gewalt des Zusammenstoßes beider war eine so große, daß die Perrons vollständig an die Wagen gepreßt wurden. Von dem Decksitz des hinteren Wagens stürzten mehrere Passagiere auf das Pflaster herunter. Ein Herr verletzte sich erheblich an der Hand. Auch Passagiere und der Kutscher des ersten Wagens fielen auf die Straße. Es währte längere Zeit, bis die Folgen dieses Zusammenstoßes beseitigt und der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte.

Polizeibericht. Am 1. d. M. Morgens wurde in einer Gastwirthschaft in der Invalidenstraße ein Schlosser mit einer Schußwunde in der Brust todt aufgefunden. Mit ihm zugleich hatte sich seine Geliebte mittelst Phosphor zu vergiften gesucht. Sie wurde nach der Charitee gebracht. — Im Thiergarten, in der Nähe des Floraplatzes, brachte sich Vormittags ein Mann einen Schuß in die Brust bei, so daß seine Ueberführung in die Charitee erforderlich wurde. — Vor dem Hause Leipzigerstr. 124 fiel Nachm. ein etwa 65jähriger Mann vom Hinterraume eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens und erlitt anscheinend schwere Verletzungen am Hinterkopfe. — Auf dem Belleallianceplatz, gegenüber dem Hause Nr. 13, lief ein Schneider in der Trunkenheit gegen einen in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen, wurde zu Boden geschleudert und blieb mit einer bedeutenden Verletzung am Hinterkopfe bewußtlos liegen. Er wurde nach dem Krankenhause am Urban gebracht. — Abends fiel ein Tischler vor dem Hause Elsasserstr. 11 in der Trunkenheit zu Boden und zog sich eine erhebliche Verletzung am Hinterkopfe zu, so daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

Vermischtes.

Vom Welfenfonds ist es lange still gewesen. Jetzt hören wir mit einem Mal, daß nicht blos für den ganzen Welfenfonds sondern auch für die Welfenkrone, vielleicht sogar auch die Welfenhose ein legitimer Erbe sich gemeldet hat. In Florenz leben zwei junge Männer, Giovanni und Raffaello Di-Guelfi, von einer alten Familie aus Fiesale, die direkt und legitim in jüngerer Linie von den alten Welfen (Guelfi) von Este, Herzögen von Bayern, Sachsen und Braunschweig u. s. w. abstammen. Diese zwei jungen Männer, deren Stammbaum völlig rein und zweifelsohne ist, haben am 24. November des vorigen Jahres durch einen Notar in Form Rechtens dem italienischen Minister des Aeußern zur Uebermittelung an die deutsche Regierung ein Aktenstück überreichen lassen, durch welches sie ihre gesammten Rechtsansprüche geltend machen und zunächst auf den gesammten Welfenfonds Anspruch erheben.

Also wird uns, mit dem vollen Gewicht einer amtlichen Kundgebung mitgetheilt. Ein Scherz ist ausgeschlossen. Juristisch ist die Sache jedenfalls ernst. Der Welfenfonds ist aber ein hochpolitisches Ding, und die Welfen-Krone erst recht — und die Politik kümmert sich bekanntlich nicht viel um das gemeine Recht. Daß es dem „Vorwärts" zugefallen ist, diese Nachricht in die Welt zu bringen, gehört zu den kleinen Späßchen, welche die sonst so ernste Göttin der Geschichte sich manchmal erlaubt, um nicht der Langeweile zu verfallen. —

Literarisches.

Das Januarheft der „Freien Bühne", herausgegeben von O. J. Bierbaum, Verlag von S. Fischer, Berlin, ist uns vor einigen Tagen zugegangen.

Der Inhalt dieser Monatsschrift ist, seitdem sie den Nebentitel „Neue Deutsche Rundschau" führt, wesentlich ausgedehnt worden, im Ganzen zum Vortheil der Revue des „Jungen Deutschland". Als erste, wenn auch nicht hervorragendste Leistung präsentirt sich der erste Akt von Max Halbe's Scherzspiel „Der Amerikafahrer". Aus einem Bruchstück läßt sich ja immerhin nicht sicher auf Inhalt und Werth des Ganzen schließen, und ein Urtheil kann sich ja erst nach der bevorstehenden Aufführung des Werkes bilden, aber dennoch glauben wir, daß bei Halbe's neuestem Opus schon die eine Frage berechtigt ist: Warum hat der Dichter sich mit der Konstruktion von Knittelversen abgequält? Warum hat er einen durchaus nüchternen, fast hölzern zu nennenden Stoff in eine der waghalsigsten Versarten bringen wollen? Man sieht es den Reimen nur zu oft an, daß ihr Schmieden dem Dichter dicke Schweißperlen gekostet hat. Eine meisterhafte Arbeit bietet sich uns dar in Dr. Oskar Panizza's Aufsatz über das Haberfeldtreiben. Der Verfasser ist mit ganzer Seele bei der Erforschung des Ursprungs und der Bedeutung dieses herzerfrischenden Volksgerichts gewesen und hat ein Werk geliefert, das von ganz bedeutendem kulturhistorischen Werth ist. Aus dem übrigen Inhalt des Heftes fallen die vielen Selbstberäucherungen auf, die der Herr Herausgeber sich leistet. Mit peinlicher Sorgfalt wird Zeit und Ort registrirt, wo ein Gedicht von Otto Julius Bierbaum liebevolle Aufnahme gefunden hat. Etwas mehr Zurückhaltung in diesem Punkte würde von den meisten Leuten weniger unangenehm empfunden werden.

Eingelaufene Druckschriften.

Gesundheitsrath. Zeitschrift für die gesammte Naturheilkunde, für Gesundheitspflege und natürliche Entwicklung. Herausgegeben von Friedrich Krauß. — Redaktion, Verlag und Expedition Stuttgart, Seidenstr. 2. — Monatlich 2 Nummern. Preis vierteljährlich 1,25.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Washington, 2. Februar. Die Abstimmung über die Tarifvorlage im Repräsentantenhause war von imposanten Szenen begleitet. Die zu den Gallerien Einlaß begehrende Menge betrug über zwanzigtausend, während nur für 3000 Personen Platz vorhanden ist. Wilson wurde nach Beendigung seiner Rede von begeisterten Kollegen auf den Schultern aus dem Saal getragen. Nur 17 Demokraten, darunter 8 New-Yorker, stimmten gegen die Vorlage.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschlands. (Filiale Berlin.)

Vertrauensmänner-Sitzung 210/19

am **Montag**, 5. Februar, Abends 8½ Uhr, bei **Philipp**, Rosenthalerstr. 38.

Die Vertrauensmänner werden ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, recht zahlreich in der Sitzung zu erscheinen, da die Verwaltung mit reichlichem Material versehen ist.

Die Verwaltung.

Sozialdemokratischer Vegetarier-Verein.

Sonntag, den 4. Februar 1894,
im Lokale der Arminhallen, Kommandantenstrasse 20:

Vortrag des Herrn **G. Seiss** über: 1560b

Meine fünfjährigen Erfahrungen als Vegetarier.

Anfang präzise 7 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr.

Entree 10 Pfg. — Garderobe 15 Pfg.

Rauchen unter allen Umständen verboten.

Diese Vorträge nebst Tanz finden regelmäßig alle 14 Tage statt.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.

Oertliche Verwaltung Berlin A.

Mitglieder-Versammlung

Sonntag, den 4. Februar, Vormittags 10½ Uhr, in **Hoffmann's Festsälen**, Oranienstr. 180.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 93. 2. Bericht des Delegirten von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimirt.

Da laut Beschluß der Generalversammlung neue Bestimmungen für die Mitglieder in Kraft treten, ist es nothwendig, daß alle am Platze sind. 800/12

Die Ortsverwaltung.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend.

Versammlung der Filiale „Nord"

am Sonntag, den 4. Februar 1894, Abends 6 Uhr, im Kolberger Salon (großer Saal), Kolbergerstraße 23.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Näther** über: „Malthus und seine Lehre". 2. Diskussion. — Nach der Versammlung **gemüthliches Beisammensein und Tanz.** Gäste sehr willkommen. 460/9

Der Vorstand.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in **Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel** empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.

Franz Tutzauer, Berlin S.O., Köpnickerstr. 25.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. s. w.

(Oertliche Verwaltung Berlin C.)

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 4. Februar 1894, Vormittags 11 Uhr, in Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5—7.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1893. 2. Bericht von der General-Versammlung. 3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am **Sonnabend, 17. Februar,** ein

großer Wiener Maskenball

in **Kurz' Etablissement,** Hasenhaide 52/53, stattfindet. Der Ueberschuß ist für die Invaliden obiger Kasse bestimmt. Billets sind auf allen Zahlstellen, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

302/8 **Das Komitee.**

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mitglieder-Versammlung

am **Montag,** den 5. Februar, Abends 8½ Uhr, bei Herrn **Deigmüller,** Alte Jakobstr. 48a.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **J. Hoffmann** über: Die zehn Gebote und die Sozialdemokratie. (1. Theil). 2. Diskussion. 3. Antrag des Vorstandes auf Abänderung der Geschäftsführung im Arbeitsnachweis. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. 474/10

Die Kollegen werden höflichst ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Großer Wiener Maskenball

des

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter

am Sonnabend, den 10. Februar, im **Elysium,**

Landsberger Allee 40—41.

Musik von der „Freien Vereinigung der Berufsmusiker".

Billets à 50 Pf. Anfang 8 Uhr. Demaskirung 12 Uhr.

Billets sind vorher zu haben: für den Süden beim Kollegen E. Koch, Gräfestr. 12, H. II; Südost im Restaurant Rohr, Naunynstr. 78; Ost beim Kollegen P. Scholz, Am Ostbahnhof 7, III vorn, und im Restaurant zur „Gleichheit" von Wilke, Andreasstr. 26, sowie in allen mit Plakaten belegten Geschäften.

Um recht zahlreiche Betheiligung ersucht **Der Vorstand.**

Buchhandlung des „Vorwärts"

Berlin SW., Beuthstr. 2.

Soeben ist erschienen:

Internationales aus dem „Volksstaat"

(1871—1875).

Von **Friedrich Engels.**

72 Seiten 8° Preis 30 Pf. — Wiederverkäufer Rabatt.

Inhalt: Vorwort. — I. **Abermals Herr Vogt** (1871). — II. **Die Bakunisten an der Arbeit** (1873). — III. **Zwei Flüchtlingskundgebungen:** a) Eine polnische Proklamation (1874). b) Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge. — IV. **Soziales aus Russland** 1875. — Nachwort hierzu 1894.

Die Neuauflage der hier gesammelten, s. Z. im „Volksstaat" und zum Theil auch in Broschürenform erschienenen Abhandlungen ist gerade im gegenwärtigen Moment von besonderem Interesse. Namentlich trifft das zu auf „Die Bakunisten an der Arbeit" und das „Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge". In ersterem Aufsatze schildert Engels das schmähliche und die Interessen der Arbeiterklasse schädigende Treiben der Anarchisten und liefert in der Geschichte des 78er Aufstandes in Spanien den Nachweis, wie die auch heute von einer gewissen Seite immer wieder erhobene Forderung der Enthaltung vom politischen Kampf in der Praxis stets darauf hinauslaufe, die Interessen der Bourgeoisie und der Reaktion zu fördern, und wie die Deklamationen vom allgemeinen Weltstreik auch in jenem spanischen Aufstande an den politisch-ökonomischen Thatsachen scheitern mußten. Die Kritik des Blanquistischen Flüchtlings-Programmes von 1874 ist gerade jetzt um so interessanter, als die Gruppe der Blanquisten, die damals zum ersten Male sich zum jetzigen deutschen Kommunismus bekannte, daneben aber den Standpunkt der „revolutionären That" einnahm, heute unter Führung ihres bedeutendsten Kopfes Vaillant in die französische Deputirtenkammer eingetreten und mit den „Marxisten" in die gleiche Kampflinie eingeschwenkt ist.

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen

Buchhandlung des „Vorwärts".

Künstl. Zähne 2 M., Plomben 1,50 M., schmerzloses Zahnziehen u. Nervtödten 1 M. Zahnarzt Robert Wolf, Leipzigerstr. 22, Sprechst. 8—7 Uhr.

Achtung, Former!

Die öffentliche Versammlung findet Umstände halber nicht diesen Montag, sondern **Montag, den 12. Februar** bei Müller, Johannisstr. 20, statt.

J. A.: Der Vertrauensmann.

154/14 H. Tauschel.

Stellmacher Berlins

und Umgegend.

Sonntag, den 4. Febr., Vorm. 9½ Uhr, bei **H. Keller,** Bergstr. 68:

General-

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Vorstandswahl, Gewerkschaftliches, und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

285/15 **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.

Oertliche Verwaltung Berlin E.

Mitglieder-Versammlung

Sonntag, den 4. Febr., Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn **Wilke,** Hochstraße 32a.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1893.
1. Berichterstattung des Delegirten von der Generalversammlung.
3. Diskussion.
4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimirt. — Der wichtigen Tagesordnung halber ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

1566b **Die Ortsverwaltung.**

Berliner Spar- u. Bauverein.

Sonntag, den 4. Februar, Vormittags 10 Uhr, Verlängerte Siemensstr. 9 (Moabit): **Gemeinsame Besichtigung d. ersten Familienhauses.** Nachher:

Versammlung

i. d. **Kronenbrauerei Alt-Moabit 47.**

Um zahlreiche Betheiligung bittet

1564b **Der Vorstand.**

Rob. Lange. Heinr. Freese.

Polnischer sozialdemokr. Verein.

Am Sonntag, den 4. Februar, Abends ½7 Uhr, findet bei Bolz, (früher Feuerstein), Alte Jakobstr. 75, ein **Tanzkränzchen** statt. — Entree: Herren 50 Pf., Damen 25 Pf. — Um zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen bittet

1571b **Das Komitee.**

Aufforderung.

Ich fordere diejenigen auf, welche den Vorfall am **22. September 1893** in der **Köpenickerstr. 114** mitangesehen haben, wo der **Kutscher Tobys** und der **Brauereibesitzer Thiemann** sich geschlagen haben, ihre Adresse **möglichst bald** an den Unterzeichneten abzugeben. 1568b

Adam Tobys, Rummelsburg b. Berlin, Türrschmidtstr. 33, v. 1 Tr.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*

am hiesigen Platze wie bekannt

grösste Auswahl!

Garantie für sicheren Brand.

Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,

Oranienburgerstr. 2.

Den **Mitgliedern** der **Krankenkassen mit freier Arztwahl** zur Nachricht, daß meine Wohnung sich nicht, wie in den Aerzteverzeichnissen steht, Oranienstraße 51, **sondern**

Oranienstrasse 55

am Moritzplatz

befindet. 5491L*

Zahnarzt Semmel.

Spr. 8—6. Sonntags 9—1.

Arbeiter-Bildungsschule

Sonntag, 4. Februar, Vorm. 9½ Uhr, (Eröffnung 10 Uhr):

Außerordentl. Generalversammlung

im **Königstadt-Kasino,** Holzmarktstr. 72 (in der Nähe der Jannowitzbrücke).

Tages-Ordnung:

1. Antrag Wagner: Auflösung der Schule vom 1. April, Neugründung in anderer Form. 2. Antrag Flatow und Genossen: Reorganisation der Schule vom 1. April (Fortfall des Elementar-Unterrichtes).

Die Schulen bleiben Sonntag geschlossen. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. s. w.

(E. H. 2 Hamburg), Filiale Berlin D.

Am Sonntag, den 4. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Lokal der Aktien-Brauerei Moabit, Thurmstraße Nr. 25—26:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1893. 2. Berichterstattung des Delegirten von der Generalversammlung. 3. Diskussion.

Die Mitglieder werden ersucht, zu erscheinen. 303/7

Die Ortsverwaltung.

Oranien-Bad, Oranienstr. 44.

Dampfkasten-Bad. Einpackung in seidenen Laken. Massage. Mitglieder **sämmtlicher** Vereine zahlen nur pro Bad mit Packung und Massage

75 Pfennige.

Außerdem **Schwefel-, Sool- Sitz- und Wannenbäder. 3 Wannenbäder mit Seife und Handtücher 1 Mark.**

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.

Julius Apelt, Sebastianstr. 20

Ganze Ausstattungen in Mahagoni und Nussbaum. Küchenmöbel in grosser Auswahl empfiehlt

Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). 5468L*

Jede Uhr 5466L*

zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pfg.** (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs, 14-Karat Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen

E. Rothert & Stolz, Geschäft: **Andreasstr. 62. Chausseestr. 78.**

Uhrmacher.

Echt Stonsdorfer

Likör à Ltr. 1,20, 5 Ltr. 5,50, 10 Ltr. 10, 50 Ltr. 47,50, 100 Ltr. 90 Mark.

Eugen Neumann & Co., Inh. **Conrad Neumann,**

6a, Belle-Alliance-Platz 6a. 6109R

81, Neue Friedrichstraße 81. 8, Oranienstraße 8.

Hosen, Herren- u. Knabenanzüge spottbillig. **Sopha-Teppiche** v. 5 M. an, im Ausverk. **Pfandleihe,** Skalitzerstr. 131.

Homöopathisches Institut.

System nach Dr. Hannemann, Grüner Weg 41, 1 Tr. 10—12. 3—5.

Schuhe und Stiefel

mit Kontroll-Marke.

Allen Freunden u. Genossen empfehle mein **Schuh- und Stiefel-Geschäft.** Große Auswahl in Winter-Artikeln zu den billigsten Preisen. 5465L*

L. Zaake,

Küstriner-Platz Nr. 8.

Marken z. quittiren von

Partei-Beiträgen

empfiehlt allen Genossen die **Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik** von **Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.**

Preisliste gratis und franko.

Jede Uhr

repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1,50 M.,** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer u. gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren u. Wecker rc. Alle Arten Ketten, sowie Brillen und Pincenez. 5442R*

Carl Lux, 34. Chausseestr. 34.

Bitte genau auf No. 34 zu achten.

Martin Klein,

Uhrmacher, 5464L*

25 Neue Hochstr. 25

empfiehlt sein Lager aller Arten

Wand- und Taschen-Uhren.

Reparaturen zu soliden Preisen

Freunden und Genossen empfehle ich meinen tägl. Fleischverkauf von **Rind-, Kalb- u. Hammelfleisch** zu den billigst. Preisen. Frau **J. Schulze,**

1572b Eisenbahnhalle, Stand 15.

---

66. Resterhandlung. 66.

Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Herbst- und Wintermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen.

Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.

66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Rem. Ank. Uhr mit echter Nikelkette.

5 Mark. Garantie:

Silb. Rem. Uhr feinst. Werk **16,50 M.** Umtausch gest. Beste Quelle f. Uhren. u. Schmuck.

Joh. Gg. Müller, Versandtg. Pforzheim.

---

37 Als anerkannt reelle und billigste **Einkaufs-Quelle** des **Süd-Ostens** für **37**

Gold-, Silber-, Alfénidewaaren (Eig. Fabr.)

goldene u. silberne Uhren

empfiehlt sich

H. Gottschalk,

Goldarbeiter und Uhrmacher,

37 Admiral-Straße 37

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, **gute Qualität, tadelloser Brand,** in **billigster Preislage,** empfiehlt

Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung,

Brunnenstr. 185.

Formen (Bockfoorm) wieder vorräthig.

1567b **Bücher-Ankauf**

Meyer's u. Brockhaus Lexika, Brehm's Thierleben und andere Werke kauft

Antiquariat Rochstraße Nr. 56 I.

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Blumenstr. 19 II r. Auch Sonntags.**

Alle Uhren 5462L*

werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei

W. Winkler,

Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g, gegenüber der Dankes-Kirche.

Lager aller Arten **Uhren, Uhrketten**

Pfandleihe, Invalidenstr. 15, I.

Arbeitsmarkt.

Silber-Polirerin verl. im Hause Adalbertstr. 62. 1570b

Mechaniker, vertraut mit der Montage von Post-Endstellen verl. **Akt.-Ges. Mix u. Genest,** Gitschinerstr. 80.

Möbel-Tischlerei u. Lager

Polster- und Dekorations-Werkstatt

August Herold, Tischlermeister

83|84 Oranienstr. 83|84 **Berlin SW.,** 83|84 Oranienstr. 83|84

zwischen Alexandrinen- und Alte Jakobstrasse.

Eigene Tischlerei. Eigene Tapezierwerkstätten.

Verkauf nur gegen Cassa ohne Zwischenhandel zu Werkstattpreisen.

Besichtigung der Lagerräume erwünscht. Illustrirte Musterbücher kostenfrei.

Compl. Wohnungs-Einrichtungen von 333—3000 M.

Solideste Preise. Sauberste Ausführung. Reelle Bedienung.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW, Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 28. Sonnabend, den 3. Februar 1894. 11. Jahrg.

Ueber die Lage in Italien

bringt heute die „Kreuz-Zeitung“ einen vergleichsweise recht vernünftigen Artikel. Das Junkerblatt giebt zu, daß die Hungerrevolution **nicht** das Werk sozialistischer oder anarchistischer Agitatoren war, sondern die Frucht der elenden wirthschaftlichen Verhältnisse, und daß die Gefahren der Lage aus diesen elenden wirthschaftlichen Verhältnissen entspringen. „Kaum in einem anderen Staat ist der Gegensatz zwischen Arm und Reich so groß, und gewiß zählt kein anderes Land mehr Bettler.“ Der „Einheitsstaat“ hat zur Hebung des Nothstandes nichts gethan — er hat umgekehrt dies Uebel weiter fressen lassen, die Lasten des immer mehr verarmenden Volkes fortwährend gesteigert, dem Land eine erdrückende Staatsschuld aufgehalst — und das Alles in Zeiten des Friedens.

Zum größten Theile ist dieselbe (die Staatsschuld) eben durch die Kämpfe um die Einigung des Königreiches entstanden, aber auch nachdem diese längst gesichert, ist sie fortwährend gewachsen, 1882 nahm sie 478 Mill. Franks jährlich in Anspruch, 1892: 582 Mill., die Gesammtausgaben sind in jenem Zeitraume von 1426 auf 1781 Mill. gestiegen, ohne daß ein besonderes Ereigniß, wie ein Krieg, eingetreten wäre, das große außerordentliche Ausgaben erklärte. Und es trifft ferner die Sache in keiner Weise, wenn man sagt, daß Italien auf den Kopf jährlich 59 Franks aufzubringen habe, Frankreich aber 90 und England 102, denn die letzten beiden Länder sind unendlich viel reicher, beide tragen ihr Budget von mehr als 3 Milliarden Franks, ohne daß wesentlich über Steuerdruck geklagt wird, für Frankreich berechnet man die jährliche Ersparniß des Volkes auf mindestens 2 Milliarden, trotz der notorisch schlechten Finanzwirthschaft der Republik, 1886 schätzte der Statistiker A. de Foville den Nationalreichthum auf 200 Milliarden.*) Für Großbritannien und Irland giebt Giffen denselben 1885 mit 7620 Millionen Lstrl. an**), wobei zu bemerken ist, daß die Zinslast der Staatsschuld mehr als 4 Millionen Lstrl. durch Amortissement vermindert war. Dagegen berechnet Bantaleoni den Reichthum Italiens 1884 nur auf 50 Milliarden***), wobei die erwähnte Steigerung der Schulden in Betracht kommt. Das Land kann also im Vergleich mit Frankreich nur den vierten Theil der Steuerlast tragen, während diese thatsächlich 59 Frks. auf den Kopf gegen 90 Franks in Frankreich beträgt, so daß man fragen muß, wie es möglich sein soll, neue Steuern aufzubringen, welche doch nöthig erscheinen, um das Gleichgewicht im Budget herzustellen?

Derartige Rechnungen sind allerdings stets ungenau, aber an der Thatsache, daß Italien ein weit ärmeres Land ist und nicht annähernd dieselbe Steuerlast zu tragen vermag, wie Frankreich, kann kein Zweifel bestehen.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist auch so vorurtheilslos, zuzugestehen, daß Italien aus Rücksicht auf den Dreibund, oder richtiger, infolge seines Dreibund-Verhältnisses „**sich eine für seine wirthschaftlichen Kräfte zu schwere Rüstung angelegt hat.**“

So weit, so gut. Jedermann sollte erwarten, daß die „Kreuz-Zeitung“ nun Heilung der wirthschaftlichen Schäden und **Ablegung** der „zu schweren Rüstung“ verlangt. Doch das hieße die „Kreuz-Zeitung“ schlecht kennen. Es geht ihr wie allen Leuten mit fixen Ideen. Sie denken absolut logisch bis zu einem gewissen Punkt, — so logisch, daß, wer kein erfahrener Irrenarzt ist, sie für durchaus normal hält — da taucht plötzlich die fixe Idee auf oder die „Wahnvorstellung“, wie der Psychiater es nennt, und Ade Logik. Die fixe Idee der „Kreuz-Zeitung“ ist bekanntlich die: an allen wirthschaftlichen und politischen Uebeln dieser sündigen Welt ist der **Jude** und der **Parlamentarismus** schuld.“ Mit dem Juden läßt sich in Italien nichts machen, sintemalen die Crispi, Giolitti, kurz die ganze Panamino-Gesellschaft, die Italien zu Grunde gerichtet hat, unbestritten christlichen Glaubens, sogar römisch katholischen, und arischer Abstammung ist. So bleibt denn der Parlamentarismus als einziger Sündenbock. Der Rest des „Kreuz-Zeitungs“-Artikels verliert sich in Betrachtungen über die Schlechtigkeit des Parlamentarismus, die Herrn Domela Nieuwenhuis mit Entzücken erfüllen und ihm für sein geistiges Arsenal frische Munition liefern würden, wenn er nur die „Kreuz-Zeitung“ läse. Im Wüstensand dieser Jeremiade über den Parlamentarismus verläuft sich der Artikel, zu dem wir nur noch zwei Worte zu bemerken haben.

Für den Parlamentarismus eine Lanze zu brechen, fällt uns nicht ein. Und wir geben auch zu, daß gleichzeitig mit dem Reich des Parlamentarismus auch das Reich der Staatsschulden begonnen hat. Allein daraus erhellt doch nicht, daß der Parlamentarismus der Vater der Staatsschulden sei. Die absolute französische Monarchie hat im 18. Jahrhundert drei Mal mehr Staatsschulden kontrahirt als das parlamentarische England. Das absolutistische Oesterreich hat drei oder gar vier Mal Bankrott gemacht, und das absolute Rußland wird augenblicklich nur durch seine Schulden vor dem Staatsbankrott bewahrt. Das möge die „Kreuz-Zeitung“, die es beiläufig sehr wohl weiß, sich hinter die Ohren schreiben.

Und zum Schluß noch eins: auf die finanzielle Mißwirthschaft und Misere des Königreichs Italien hinzuweisen, immer und immer hinzuweisen, ist gerade in diesem Augenblick eine brennende Pflicht, **weil Italien auf das deutsche Publikum ein Pump-Attentat beabsichtigt.** Diesem Attentat Vorschub zu leisten, war beiläufig der Zweck des Pindter'schen Versuchs, der deutschen Presse einen Maulkorb vorzubinden.

Taschen zu!

*) La France Economique, p. 442.

**) The Growth of capital 1889, p. 43.

***) Dell' Ammontare probabile della richezza private in Italia, Roma 1884.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht.

Kammer II. Vorsitzender: Assessor v. **Schulz.** Sitzung vom 29. Januar.

Die Pelz-Maschinennäherin Müller beansprucht vom Kürschnermeister Henze eine Lohnentschädigung im Betrage von 32 M. Der Beklagte behauptet, Klägerin sei zu Recht entlassen worden, nachdem sie am Tage vorher gekündigt worden sei. Sie habe seine Vertreterin (seine Braut) grob beleidigt. Unter anderem sei dieselbe von ihr „freches Frauenzimmer“ genannt worden. Hierzu wurden mehrere Zeuginnen vernommen. Festgestellt wurde zunächst, daß die „grob Beleidigte“, Fräulein Kindlein, thatsächlich in seiner Abwesenheit vertritt. Betreffs der groben Beleidigung konnte keine der Zeuginnen außer Fräulein Kindlein selbst etwas aussagen. Sie hatten entweder nur ein „gegenseitiges Geschimpfe“ gehört oder garnichts. Aus den Aussagen ging hervor, daß Fräulein Kindlein's Autorität gelegentlich einer Kabbelei zwischen der Klägerin und einigen Arbeiterinnen angerufen wurde, ohne daß die Klägerin ihr Dazwischentreten beachten zu müssen glaubte. Dieselbe sah sie nicht „für voll an“. Der Streit zwischen Arbeiterinnen wurde so ein solcher zwischen der Klägerin und der „Vertreterin“ des Beklagten. Dieser brachte als zweiten Einwand gegen die Klage noch den, Klägerin habe die Arbeit verweigert. Die Verweigerung der Arbeit soll in einem öfteren Aufgucken von der Maschine bestanden haben, das Klägerin nicht unterließ, als Fräulein Kindlein sie zum Arbeiten aufforderte. Man war nämlich noch in der Hitze des Gefechts. Der Gerichtshof verurtheilte den Beklagten zur Zahlung der Klagesumme mit der Begründung, daß ihm der Nachweis nicht gelungen sei, Klägerin habe **beharrlich** die Erfüllung ihrer aus dem Arbeitsverhältniß hervorgehenden Verpflichtungen geweigert und Fräulein Kindlein **grob** beleidigt.

Kammer III. Vorsitzender Assessor **Cuno.** Sitzung vom 29. Januar. Die Baufirma Roimarus u. Tetzel hatte dem Putzmeister Winter die Putzarbeiten auf einem ihrer Bauten übertragen; für den Quadratmeter waren 80 Pf. vereinbart. Winter glaubte, mit seiner Kolonne nicht zur rechten Zeit fertig zu werden, und ward mitten im Akkord noch die Putzer Reichart und Kluckert an. Bei einer der letzten Abrechnungen stellte sich heraus, daß die Kolonne an Kostgeld (pro Tag 7 M.) schon mehr heraus hatte, als die bis dahin gefertigte Arbeit nach dem vereinbarten Akkordpreis ausmachte. Bei der Schlußabrechnung mußte das natürlich wieder „glatt gemacht“ werden; es gab so wenig heraus, daß die nachträglich angenommenen Putzer Reichart und Kluckert in der letzten Woche „nicht auf ihren Lohn kamen“. Sie verklagten deshalb Roimarus u. Tetzel auf Zahlung von 26 und 19 M. Die Beklagte wies nach, daß sie den mit Winter für die gesammte Arbeit abgemachten Preis bezahlt hat und bestritt den Klägern ihr angebliches Recht, von der Firma noch Geld zu verlangen. Die Kläger behaupteten, Winter habe ihnen 7 M. pro Tag versprochen, gaben aber zu, gewußt zu haben, daß es für den Quadratmeter 80 Pfennig gab, also, daß es Akkordarbeit war. Sie wurden abgewiesen, weil sie gewußt hätten, sie träten in einen Akkord hinein. Die Beklagte habe keine Verpflichtung gegen sie, wenn die Vereinbarung mit Winter erfüllt sei, was nachgewiesen ist. Die Kläger hätten eben Pech gehabt. Habe sie Winter benachtheiligt, dann könnten sie gegen den vorgehen.

Kammer IV. Vorsitzender: Assessor **Weltz.** Sitzung vom 26. Januar.

Der Einsetzer Strauß hatte seiner Zeit einen regulären Vertrag (schriftlich) mit der Baufirma Heß u. Komp. geschlossen, in dem er sich verpflichtete, die Einsetzarbeiten **auf einem bestimmten Bau** zu bestimmten Akkordpreisen gut auszuführen, sich so viel Gehilfen zu nehmen, wie er brauche, deren Krankenkassen- und Invaliditätsversicherungs-Angelegenheiten auf eigene Rechnung zu regeln ꝛc. Dann räumte der Vertrag der genannten Baufirma das Recht ein, bei schlechter Ausführung der Arbeit den p. p. Strauß ohne Kündigung entlassen zu können. Strauß stellte die ihm übertragenen Arbeiten fertig, worauf er noch andere Arbeiten für seine Auftraggeberin ausführte, dann aber plötzlich entlassen wurde. Er klagte beim Gewerbegericht auf Zahlung einer Lohnentschädigung. Die beklagte Baugesellschaft stützte sich nun auf jenen Akkordvertrag, gegen die Klage einwendend, durch denselben sei ja die Kündigung ausgeschlossen worden. Der Kläger trat diesem Einwande ganz richtig mit dem Bemerken entgegen, daß jener Vertrag nur die Arbeiten auf dem in Frage kommenden Bau in der Bergmannstraße angehe, daß sein (Klägers) Weiterarbeiten bei Heß u. Komp. eigentlich das Eingehen eines neuen Arbeitsverhältnisses gewesen sei, eines Arbeitsverhältnisses, in dem stillschweigend die gesetzliche Kündigungsfrist anerkannt wurde. Uebrigens hätten zwischen der Fertigstellung des betreffenden Akkordes und der späteren Beschäftigung für die Beklagte sogar einige Tage der Beschäftigungslosigkeit gelegen, so daß schon aus diesem Grunde die Annahme eines neuen Arbeitsverhältnisses Berechtigung hätte. Diese Auseinandersetzungen fanden nicht die Zustimmung des Gerichtshofes, die Mehrheit desselben war anderer Ansicht wie der Kläger. Derselbe wurde mit der Klage abgewiesen. Der Vorsitzende gab als Grund des Urtheils an, der Kläger habe in einem fortlaufenden Arbeitsverhältniß bei der Beklagten gestanden, der Kündigungsausschluß im erwähnten Akkordvertrag habe auch während der letzten Zeit der Beschäftigung des Klägers bei der Beklagten Geltung gehabt. (Das Urtheil und seine Begründung sind entschieden einer ganz falschen Beurtheilung der Sachlage entsprungen. Wie kann der Kündigungsausschluß in einem scharf umgrenzten Akkordvertrag nach Erfüllung desselben noch Geltung haben! Der Berichterstatter.)

Kammer III. Vorsitzender Assessor **Fürst.** Sitzung vom 30. Januar.

Der Prozeß Heidemann und Genossen gegen den ehemaligen Schlächtermeister Rohn hatte dadurch ein Nachspiel, daß nunmehr auch der in den damaligen Verhandlungen vielgenannte Töpfer, angeblich Töpfermeister, **Saatz** für dieselbe Zeit eine Lohnentschädigung gerichtlich geltend machte, für welche jene hinter dem Titel „Heidemann und Genossen“ verborgenen 14 Töpfer eine solche erstritten haben. Wer unsere Berichte über den genannten „Monstreprozeß“ gelesen hat, wird sich des Thatbestandes noch entsinnen. Die Kläger hatten auf einem Bau, den der Klempnermeister Thrun mit dem Gelde des Herrn Rohn auf einem Grundstück aufführen ließ, das er von Rohn gekauft, d. h. merschtendeels gepumpt hatte, gearbeitet. Engagirt waren sie von **Saatz**, der zu diesem Zwecke zum „Töpfermeister“ plötzlich sich entwickelt hatte. Vom 14. bis 28. Oktober „blieb die Arbeit auf dem fraglichen Bau liegen“, auf Veranlassung der Unternehmer. Am 28. war das Grundstück unter gerichtliche Administration gelangt, Rohn als Hauptgläubiger des „Besitzers“. Thrun wurde vom Administrator als dessen Vertreter installirt, unter seiner Aufsicht wurde dann weiter gearbeitet. Die „ausgesetzten“ 14 Tage wollten die Töpfer bezahlt haben; wie gesagt, wurde der Anspruch vom Gericht anerkannt. Die Kläger hatten sich gegen Rohn und nicht gegen Thrun oder Laatz gewandt, weil sie ihn für den „eigentlichen“ Bauherrn ansahen; diese Ansicht theilte das Gericht. Für den Verurtheilten hatte darauf zweimal Fabrikant Weigert die Restitutionsklage erhoben. Er wurde jedesmal abgewiesen, weil die beigebrachten Urkunden nach Ansicht des Gerichts nicht geeignet waren, eine Restitutionsklage zu begründen. Laatz, der „Töpfermeister“, wurde trotz der Anmeldung des „Gewerbes“, trotzdem er auch sonst die Formalitäten zu erfüllen getrachtet

Noch etwas von Reuß.

In unserem Artikel: „Ein edles Brüderpaar“ wiesen wir auf einen Artikel hin, den Davé am 3. Juli 1886 in Nr. 27 der „Freiheit“ gegen **Reuß** veröffentlicht hat. Unser Bild von dem heutigen journalistischen Vertrauensmann des Reichskanzleramtes und gestrigen Anarchisten- und Spitzelgenossen des famosen Peukert wäre aber gar zu unvollständig, wenn wir nicht auch noch dieses Kapitel unseren Lesern vorführen würden. Einmal schildert es gar anschaulich, wie Herr **Reuß** seine Polizeifäden in London angeknüpft hat, und dann ist es für unsere Genossen auch um deswillen interessant, weil die Art und Weise, wie **Reuß** operirte, typisch ist für die traurig-frechen Gesellen von der Spitzelzunft. Die Lehrmeister der Lockspitzel scheinen eine sehr gedankenarmselige Gesellschaft zu sein; der preußische Fusel und der kollegiale Umgang muß das bischen Verstand dieser wahrhaft „Armen im Geiste“ völlig aufgezehrt haben, denn überall und allezeit ist nach der hier geschilderten Schablone automatisch gearbeitet worden.

Davé, ein belgischer Anarchist, war Ende 1879 in London mit **Most** in Verbindung getreten und hatte im November 1880 eine Reise nach Deutschland unternommen, um die Anhänger Most's und den Vertrieb der „Freiheit“ zu organisiren. Da aber Most von allem Anfang an von Spitzeln umgeben war, sie sogar in das Expeditionspersonal der „Freiheit“ hatte eindringen lassen, so war die Berliner Polizei sowohl von der Reisetour Davé's, wie von der Thatsache unterrichtet, wo und wann ein Kongreß der Most'schen Anhänger geplant sei. Davé wurde in Augsburg verhaftet und die zum Kongreß nach Frankfurt gereisten „Delegirten“ theils dort oder auch schon unterwegs von der Polizei abgefangen. Es kam zu dem bekannten Hochverrathsprozeß Breuder, Davé und Genossen, der Strafen in der Höhe von 18 Jahren Zuchthaus zur Folge hatte und in dessen Verlauf der denn später erdolchte **Polizeirath Rumpff** als **Züchter** und **Nährvater des Lockspitzels Horsch** entlarvt wurde. Davé war nach zehnmonatlicher Untersuchung zu 2½ Jahren Zuchthaus verurtheilt worden, die er in Halle abbüßte, und im November 1884 wieder nach London zurückgekehrt. Dort traf er mit Reuß zusammen, und seine Erlebnisse mit ihm schildert er im erwähnten Artikel, den wir unter Weglassung der nebensächlichen Breiten hiermit wiedergeben.

* * *

Meine Beziehungen zu Charles Theodor Reuß.

.... Der H..... Reuß ließ sich vor etwa sechszehn Monaten in der „Socialist League“ als Mitglied aufnehmen. **Niemand kannte ihn dort**, aber da er **vorgab**, ein Mitglied des „Kommunistischen Arbeitervereins“ zu sein, was (wie sich später herausstellte) nicht der Fall war, so wurde er **ohne weiteres angenommen.** Die „League“ war damals jung, brauchte Kräfte und da **Reuß** sich **von vornherein willig zeigte, recht thätig zu sein**, wurde er in Bälde sogar in den **Vorstand gewählt.**[1]) Einmal da, war es ihm ein Leichtes, bei den **deutschen Sozialisten Eingang zu finden.**[2]) Er ging zuerst, wenn ich nicht irre, zu der dritten Sektion,[3]) und kurz darauf kam er zu der ersten Sektion des Kommunistischen Arbeitervereins. Nach und nach besuchte er **sämmtliche in London vorhandene sozialistische Organisationen.**

Damals kannte ihn niemand unter seinem richtigen Namen, er hieß für jedermann „**Genosse Charles Theodor**“. Zuerst trat er in der „Socialist League“ als Lehrer der englischen Sprache für deutsche Genossen auf. Etwas später begann er, sich denjenigen Leuten in freundschaftlicher Weise zu nähern, von denen er vermuthen konnte, daß sie mehr und genauer als andere in Parteiangelegenheiten eingeweiht waren. Bei der „Socialist League“ wurden die beiden Sekretäre, dann Genosse **Scheu** und einige andere, bei uns **Neve, Trunk** und ich (Davé) seine auserwählten Umgangsfreunde.

Im Mai 1885 wurde ich brieflich zu einer wichtigen und vertraulichen Zusammenkunft im Hotel Windsor am Strand eingeladen. Neve hatte ebenfalls eine derartige Einladung erhalten; wir gingen also beide hin und trafen dort in einem Salon im ersten Stocke des Hauses zehn oder zwölf Mann an. Es waren Sozialisten von allen Nationalitäten. **Reuß** eröffnete uns, daß ihm die Idee gekommen sei, um die Propaganda auf dem Kontinente besser unterstützen zu können, **einen Zentralbund zu gründen**, dessen Mitglieder die Aufgabe haben sollten, **die Korrespondenz zu zentralisiren, dieselbe monatlich einmal auf den Kontroll-Bundestisch niederzulegen und darnach gemeinschaftlich zu handeln. Der Bund soll ein geschlossener, also ein geheimer sein.**[4])

[1]) Angesichts solcher Geständnisse braucht man sich freilich nicht zu wundern, daß die Londoner Klubs von allem Anfange an ein wahres Rieselfeld für Lockspitzelei gewesen und bis zur heutigen Stunde geblieben sind. Der nächste beste Spitzellumpazi kommt und meldet sich zur Aufnahme; niemand kennt ihn, niemand kontrollirt ihn, niemand prüft seine Angaben — er wird schlankweg aufgenommen und falls er — was bei einem Spitzel doch ganz selbstverständlich ist — sich als besonders „willig und eifrig“ erweist, auch sofort auf einen Vertrauensposten gestellt. Uebrigens darf man auch anderswo in Arbeitervereinen diese Lehre heute noch beherzigen.

[2]) Wenn Davé von deutschen Sozialisten hier spricht, meint er immer die „sozialrevolutionären“ anarchisteluden Mostianer oder die im Klub Autonomie organisirten Anarchisten Peukert'scher Observanz.

[3]) Infolge des Ausschlusses von Most aus der Partei auf dem Wydener Kongreß hatte sich der alte Marx'sche Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein gespalten. In der ersten und dritten Sektion vereinigten sich die im Laufe der Jahre ausgetretenen oder ausgeschlossenen „Sozialrevolutionäre“, die „reinen“ Mostianer schlossen sich in der ersten Sektion um Neve, Trunk, Davé ꝛc. **Unsere** Genossen sind heute noch unter dem alten Namen in Tottenham Street 49 organisirt.

[4]) Diese revolutionäre Zentral-Korrespondenz scheint ein Lieblingsinventarstück aller Spitzelchefs zu sein. Der Pariser Polizeipräfekt Andrieux erzählt in seinen „Memoiren“, wie er in den 80er Jahren — also um die gleiche Zeit — diesen Plan verwirklicht habe: Er gab das Geld zur Gründung einer anarchistischen Zeitung, ließ einen Spitzel in die Redaktion wählen und alle Morgen in einer sog. Redaktionskonferenz die gesammte Korrespondenz vorlesen und besprechen. Louise Michel war bekanntlich ebenfalls unter den darauf hineingefallenen Anarchisten. Spitzel Schmidt in Zürich trug sich mit dem gleichen Plane; aber er wollte die Mitglieder seines Geheimbundes auch noch photographirt wissen; nicht blos ihre Korrespondenz, auch ihre Visagen sollten der Polizei überantwortet werden; Schröder und Kaufmann hatten bekanntlich die Korrespondenz in ihre Hände zu leiten verstanden. Auch der ehemalige Berliner Student Nonne trug sich in Paris mit der gleichen Idee. Als 1884 ein Studiengenosse ihn in Paris aufsuchte (und von ihm bei der Gelegenheit auch zu Oberwinder geführt wurde), entwickelte Nonne ganz den gleichen Plan: in den sozialistischen Zeitungen wie „Sozialdemokrat“ ꝛc. könne man doch die internen Partei-Angelegenheiten nicht besprechen, zur Beförderung der internationalen Revolution wäre daher eine geheime Gesellschaft nothwendig, in deren Hände die Korrespondenz aus allen Ländern zusammenlaufen sollte. Nebenbei mag erwähnt werden, daß dieser selbe Nonne es auch war, der 1879 in Berlin die erste revolutionäre Geheimdruckerei mitgründete und das erste Flugblatt mitfabrizirte und den Vertrieb arrangirte, wofür dann der Drucker und ein Student zu 11 bezw. 8 Monaten Gefängniß verurtheilt wurden, während Nonne selbstverständlich rechtzeitig nach Paris abgereist war.

Als Nonne durch die Enthüllung des „Sozialdemokrat“ für die Parteispionage unmöglich geworden war, scheint seine durch jahrelangen Aufenthalt in London und Paris erworbene Personalkenntniß unter den ausländischen, besonders russischen Revolutionären als eine sehr werthvolle Eigenschaft betrachtet worden zu sein. Denn von nun ab sehen wir, wie Reuß die Arbeits-Wilhelmstraße, so auch Nonne eine Sprosse höher stei

hatte, durch welche man „selbständiger Gewerbetreibender" wird, nicht als Arbeitgeber der Kläger angesehen. Das Gericht hielt ihn für „zwischengeschoben". Laatz klagte nun jetzt als Auskouleurer, als Vorarbeiter von „Heidemann und Genossen", unter der Begründung, wie die Töpfer in der Zeit vom 14. bis 28. Oktober 1893 am Arbeiten verhindert gewesen seien, so sei auch er es gewesen. — Weigert, welcher den Beklagten Rohn vertrat, suchte in längeren juristischen Ausführungen nachzuweisen, daß Rohn kein Bauschwindler sei, der andere „vorschiebe". Zur Begründung dessen führte er dieselben Thatsachen an, wie in den früheren Prozessen. Als Einwand gegen die Klage brachte er unter anderem auch vor, daß Laatz in einer Quittung über 42 Mark, welche er am 5. Dezember erhielt, als einer Schluß- und Restzahlung quittirt habe. Demnach hätte derselbe keinerlei Ansprüche mehr an seinen Auftraggeber. Eingewandt hatte Weigert ferner, das Gericht sei unzuständig, Herr Rohn sei Rentier und habe nur als Hypothekengläubiger Interesse an dem fraglichen Hause, sonst nicht. — Das Gericht erklärte sich für zuständig, aus den Gründen, die in den im Prozeß Heidemann und Genossen gefällten Urtheilen enthalten sind. (Es war also der Ueberzeugung, Bauunternehmer Thrun und „Töpfermeister" Laatz seien nicht die eigentlichen Arbeitgeber der damaligen Kläger, letzterer nicht einwandsfreier Gewerbetreibender gewesen.) Der Kläger wurde kostenpflichtig abgewiesen, und zwar auf grund der Quittung über die „Schluß"- und „Restzahlung". Begründend führte der Vorsitzende aus, daß nach einer Bestimmung im Allgemeinen Landrecht (Erster Theil, Titel 16, Paragraph 116) weitere Ansprüche für die Zukunft nicht erhoben werden können, wenn Quittungen dieser Art vorhanden sind.

Das „Engagement auf Probe" vor dem Gewerbegericht. Zu den beliebtesten Einwänden von beklagten Unternehmern, die wegen Nichtinnehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist vor das Gewerbegericht zitirt werden, gehört der, Kläger oder Klägerin sei nur „auf Probe" engagirt worden und könnte deshalb nicht auf eine Kündigungsfrist Anspruch erheben. Diesem Einwande brachten die Richter von Beginn der Thätigkeit des Gerichts an die größte Aufmerksamkeit entgegen; sie legten großen Werth auf eine möglichst genaue Feststellung des vorliegenden Thatbestandes, um zu ersehen, ob hinter der „Probearbeit" irgend ein „Kniff" des Arbeitgebers verborgen lag oder ob sie den realen Zweck hatte, die Befähigung der angenommenen Arbeiter bezw. Arbeiterinnen für die in Frage kommenden Arbeiten zu erproben. Es wurde nämlich öfter erwiesen, daß die betreffenden Arbeitgeber mit dem Auf-Probe-Arbeiten nur bezweckten, eine möglichst billige Arbeitskraft oder eine solche zum Aushelfen zu bekommen, oder auf sonst irgend eine Weise davon zu profitiren. Wo nach Ueberzeugung des Gerichts nicht wirkliche Probearbeit vorlag, erfolgte natürlich, wenn sonst kein stichhaltiger Grund zur Entlassung ohne Kündigung erwiesen wurde, die Verurtheilung der Beklagten. Ueber die Berechtigung des „Engagements auf Probe" als solches waren die Vorsitzenden wie in allen prinzipiell zur Entscheidung gekommenen Fragen verschiedener Meinung, das bewiesen die verschieden gearteten Urtheile verschiedener Kammern. Da kam die auch im „Vorwärts" abgedruckte Entscheidung des Berliner Landgerichts I, daß ein Probe-Engagement überhaupt nicht statthaft sei, mit der Begründung, wolle der Arbeitgeber auf Probe arbeiten lassen, dann brauche er ja blos die Kündigungsfrist auszuschließen. Thue er das, so stehe ihm ja jederzeit frei, sich von einem unbrauchbaren Arbeiter zu befreien. Mehrere Assessoren des Gewerbegerichts machten diese Anschauung zu der ihrigen und brachten, sich auf die Landgerichtsentscheidung stützend, in ihren Kammern Urtheile zu stande, die dem Sinne derselben entsprachen. So z. B. Assessor Dr. Meyer in Kammer VII. Andere waren damit nicht einverstanden, legten aber Werth auf die Dauer der Probezeit; ein zu langes Arbeiten auf Probe betrachteten sie als festes Engagement, das nur mit Innehaltung der Kündigungsfrist eine rechtsgiltige Lösung erfahren könne — immer vorausgesetzt selbstverständlich, daß die Kündigungsfrist nicht ausdrücklich aufgeschlossen sei. In der Begründung einer Verurtheilung hob ein Vorsitzender als mitbestimmend für dieselbe hervor, daß keine bestimmte Probezeit zwischen den Parteien verabredet wurde. Jetzt wird nun auch in der Frage der Probezeit eine einheitliche Rechtsprechung von den Vorsitzenden angestrebt. Und zwar ließ sich darüber der Assessor Weltz gelegentlich der Verhandlung eines Prozesses zwischen dem Fraiser Holzmann und dem Fraisereibesitzer Wuth folgendermaßen vernehmen:

Die Vorsitzenden hätten unter sich berathen, wie man sich zur Probe-Annahme stellen solle. Sie hätten sich geeinigt, das Engagement auf Probe als berechtigt anzuerkennen. Nur wäre vielleicht darauf zu halten, daß die über eine bestimmte Frist hinausgehende Beschäftigung nicht mehr als Probe-Arbeit angesehen werde. Eine Probebeschäftigung auf 5 Tage etwa sei entschieden als statthaft zu betrachten, während eine Verlängerung um Wochen zu verwerfen sei. Das Berliner Landgericht stehe mit seiner Entscheidung bezüglich der Probe-Arbeit vereinzelt da; mehrere größere Landgerichte hätten sich auch mit derselben zu beschäftigen gehabt und anders entschieden, so, wie es jetzt die Vorsitzenden des Gewerbegerichts beabsichtigten. Dafür habe sich außerdem ein sehr beachtenswerther Aufsatz in den „Blättern für soziale Praxis" ausgesprochen.

Das Urtheil im genannten Prozeß lautete denn auch auf Abweisung der Klage, da der Werkführer des Beklagten beschworen hatte, der Kläger sei „auf Probe", „versuchsweise" angenommen worden. Assessor Weltz fügte dem Urtheil begründend hinzu: „Es lag im Ermessen des Meisters, zu entscheiden, ob ihm die Arbeit des Klägers genügte oder nicht. Da der Meister seiner Aussage gemäß nicht damit zufrieden war, mußte der Geselle bei seinem Einverständniß mit der versuchsweisen Beschäftigung es sich gefallen lassen, entlassen zu werden."

Die grundsätzliche Behandlung des Probeengagements durch die Assessoren des Gewerbegerichts mit ihrer Verwerfung des angeführten Urtheils des Berliner Landgerichts verdient beleuchtet zu werden.

Würde ein Engagement auf Probe ständig vom Gericht als unzulässig erachtet, so würden die Arbeitgeber, welche des angenommenen Gehilfen Tauglichkeit für ihren Betrieb erst erproben wollen, einfach von dem ihnen zustehenden gesetzlichen Recht des Kündigungsausschlusses, vielleicht nur für eine bestimmte Zeit, Gebrauch machen. Eine Benachtheiligung der Arbeitgeber bestände auf keinen Fall, die Gewerbe-Ordnung schützt sie davor. Das „Probearbeiten" ist übrigens auch nichts weiter, als ein Kündigungsausschluß, insofern nicht verabredungsgemäß eine bestimmte Frist inne gehalten werden soll. Das geschieht aber in den weitaus meisten Fällen nicht. Wie wird denn meistens die Bedingung der Probezeit gestellt? „Sie müssen erst auf Probe arbeiten." — „Wenn mir Ihre Arbeit gefällt, können Sie bei mir bleiben." — „Vorläufig sind Sie auf Probe hier" — so oder ähnlich, oft durch noch viel unklarere Aeußerungen werden die Bedingungen dem Arbeitsbedürftigen aufoktroyirt, vom Abschluß eines Vertrages zwischen einem Darbenden und einem mit wirthschaftlicher Macht Ausgestatteten kann wohl nur ironisch gesprochen werden. „Auf Probe" kann in solchem Fall nur bedeuten: Wenn ich herausgefunden habe, daß Sie mir nicht konveniren, dann entlasse ich Sie, ergo: ich kann Sie jederzeit entlassen. Soll ein derartiger Vertrag aber rechtsgiltig sein, dann muß dem Engagirten das Recht, während der Probezeit, an jedem Tage die Arbeit liegen lassen zu können, zugestanden werden. Denn der § 122 der Gewerbe-Ordnung sagt: Werden andere Kündigungsfristen als die gesetzliche verabredet, dann müssen sie für beide Theile (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) gleich sein. Blieben diejenigen Probe-Engagements, bei deren Abschluß eine bestimmte Frist festgesetzt wird. Die Vereinbarung einer solchen enthält gewissermaßen ein „festes" Engagement für die Zeit ihrer Dauer, das keiner der Kontrahenten vor seiner Beendigung zu lösen befugt ist, wenn nicht Entschädigungsansprüche daraus erwachsen sollen. Diese Engagements haben, wenn sie den reellen Zweck der Probe-Arbeit in sich schließen, nur als Vorstufe eines auf längere Dauer zu schließenden Arbeitsverhältnisses Sinn — sonst „steckt was dahinter". Solch festes Engagement oder Vertragsverhältniß — und sei es nur auf 14 Tage, und nenne es sich „auf Probe", oder habe den Zweck der Probearbeit — ist gesetzlich zulässig. Seine Giltigkeit wird vielleicht unter diesen oder jenen Umständen angefochten werden können, an sich ist es aber vor dem Gesetze gerechtfertigt. — Hingegen alle Auf-Probe-Annahmen ohne verabredete, innezuhaltende Frist sind unseres Erachtens hinfällig. Durch ihre Nichtigerklärung würde das Gericht einer großen Menge von Beklagten die oft sehr faulen Einwände nehmen, eine ganze Anzahl Termine mit der Beweiserhebung über jene sparen, und trotzdem nicht die Möglichkeit den Unternehmern entziehen, neuengagirte Leute, die ihnen nicht passen, ohne Kündigung „loszuwerden". — Den Arbeitern aber ist nur zu rathen, „auf Probe" so wenig wie denkbar sich ausnutzen zu lassen und nicht mit „Probelöhnen" zufrieden zu sein.

Wo die 42 [Gemeindevorstände der Umgegend von Dresden das Material zu ihrer famosen Petition an den Landtag hergenommen, wer bei der „Zügellosigkeit", wer bei den „tumultuarischen Szenen" die Helden gewesen sind, zeigt recht deutlich folgende Gerichtsverhandlung vor dem Amtsgericht zu Dresden. Auf der Anklagebank erscheinen der Bildhauer Georg Petzold, der Reisende in einem Ingenieurbureau Otto Gebauer und der Geschäftsinhaber Johannes Franz Körtzinger. Das „gebildete" Trio hatte einen ganzen Schwarm gute Bekannte mitgebracht. Diese nach Gigerlmanier aufgeputzte Suite findet kaum Platz im Zuschauerraum, so zahlreich ist sie. Die drei Angeklagten haben im August v. J. sich zunächst im Schillergarten in Blasewitz betrunken und schon im Lokal selbst zum Aergerniß der anwesenden Gäste ihre Rüpeleien vollführt. Gegen 2 Uhr Morgens verließen sie das Lokal und jetzt galt es, die Bewohner der umliegenden Häuser durch Brüllen und Schreien im Schlafe zu stören. Der Nachtwächter, der dazu kam, hatte Respekt vor der eleganten Kleidung der drei Radaubrüder; er verwies sie zur Ruhe und forderte sie höflich auf, nach Hause zu gehen. Er war aber an die Unrechten gekommen; nachdem sie ihn eine Weile verhöhnt und beschimpft hatten und er schließlich zu ihrer Arretur schreiten wollte, stürmten sie mit dem Rufe: „Jetzt wollen wir 'mal die Polizei verhau'n", auf den Nachtwächter ein und bearbeiteten ihn mit Stößen und Faustschlägen. Auf das Nothsignal des bedrohten Beamten kam noch ein Nachtwächter und drei Zivilpersonen herbeigeeilt, welche sich lange Zeit mit jenen sauberen Herren herumbalgen mußten, ehe es gelang, sie zur Wache zu bringen. Auf dem Wege zur Wache leisteten sie außerdem noch erheblichen Widerstand, wobei sich die Beamten Bezeichnungen wie „verfluchte Spitzbuben" gefallen lassen mußten. Das Schöffengericht sprach Körtzinger frei und verurtheilte Petzold zu 60 M. und Gebauer zu 30 M. Geldstrafe. Wahrscheinlich hat der Gemeindevorstand zu Blasewitz, wenn er die oben erwähnte Petition mit unterschrieben hat, solche Vorgänge im Auge gehabt, wie sie hier dem Gericht zur Beurtheilung vorlagen, und die zweite Kammer des sächsischen Landtags wird jetzt wissen, wo das „Strolchenthum" zu suchen ist.

Der frühere Reichstags-Abgeordnete, Chef-Redakteur der „Volks-Zeitung", Karl Vollrath, hatte sich heute vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I wegen Beleidigung durch die Presse in drei Fällen zu verantworten. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Hoppe, die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt Strehler, die Vertheidigung führte Rechtsanwalt Träger. In dem ersten Falle sollten der Erste Staatsanwalt Maitzier zu Magdeburg und der dortige Gefängnißinspektor die Beleidigten sein. In der Nummer der „Volks-Zeitung" vom 9. August 1892 erschien eine aus Magdeburg datirte Notiz, worin mitgetheilt wurde, daß der Erste Staatsanwalt Maitzier mit außerordentlicher Härte gegen den Tischlergesellen Franz Königstedt vorgegangen sei, der damals eine Gefängnißstrafe wegen Majestätsbeleidigung zu verbüßen hatte. Es sei entdeckt worden, daß Königstedt mit einem Militärposten Durchstechereien getrieben, indem der letztere behilflich gewesen, daß der Gefangene Packete mit Nahrungsmitteln an einer Leine bis an sein Zellenfenster hinaufgezogen hatte. Während der Posten dieserhalb zu neun Monaten Festung verurtheilt worden sei, habe der Erste Staatsanwalt die Fesselung des Königstedt angeordnet und der Gefängnißinspektor Kreisel diesen Befehl in der Weise zur Ausführung gebracht, daß er den Königstedt mit schwereren Ketten an den Fußboden befestigen ließ, als sie bei dem Raubmörder Erbe zur Anwendung gekommen seien. Das Fußgelenk des Königstedt sei von dem Eisen blutig gescheuert worden. Der Erste Staatsanwalt habe diese Maßregeln getroffen, ohne davon dem Untersuchungsrichter Anzeige zu machen, oder die geschäftlichen Vorschriften zu beobachten. Wie der Angeklagte zugab, beruht ein großer Theil dieser Mittheilungen auf Unwahrheit. Er sei von dem Berichterstatter getäuscht worden, dessen Mittheilung um so glaubwürdiger erschien, da derselbe die betreffenden Verfügungen des Ersten Staatsanwalts dem Anscheine nach im Wortlaute wiedergegeben hatte. Bei diesem Geständniß des Angeschuldigten erübrigte sich die Vernehmung der aus Magdeburg geladenen Zeugen.

Der zweite Theil der Anklage betraf einen im Oktober 1892 in der „Volks-Zeitung" erschienenen Artikel mit der Ueberschrift: „Aus dem Reiche des Herrn v. Stephan." Dieser Artikel, der dem „Vorwärts" entnommen war, schilderte Vorgänge, die sich angeblich auf dem Postamte zu Slawentzitz in Oberschlesien zugetragen haben sollten. Der dortige Postvorsteher Mildner sei eines Tages von seinem Untergebenen, dem Postgehilfen Jüttner, dabei betroffen worden, als derselbe einen an den letzteren gerichteten Brief öffnete, von dem Inhalte Kenntniß nahm und den Brief dann wieder verschloß. Jüttner habe seinem Vorgesetzten dafür eine kräftige Ohrfeige versetzt. Es sei das Verhalten des Vorstehers darauf zurückzuführen, daß seitens der Behörde die geheime Verfügung erlassen sei, die Korrespondenz der jungen Beamten zu überwachen. In betreff des geschilderten Vorfalls sei eine Untersuchung von dem Postinspektor zu Oppeln vorgenommen worden, die damit geendet habe, daß der Vorsteher pensionirt und der Gehilfe versetzt worden sei. In dem Artikel ließ man durchblicken, daß der Vorsteher geschont worden sei, weil er seinen Vorgesetzten Wild geschickt habe. — Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Artikel fast durchweg auf Unwahrheit beruhte. Der Zeuge Jüttner mußte zugeben, daß er aus eitler Großsprecherei mehreren Kollegen erzählt habe, daß er seinem Vorgesetzten eine Ohrfeige versetzt habe, weil seitens des Letzteren das Briefgeheimniß verletzt worden sei. Der Zeuge Mildner erklärte, daß die ganze Geschichte erfunden sei. Er habe nie einen Streit mit Jüttner gehabt, es habe keine Untersuchung gegen ihn stattgefunden und er sei heute noch im Dienste. Der Angeklagte erklärte, daß der Telegraphen-Assistent Schmidt ihm Monate vor dem Erscheinen des Artikels in der Redaktion genau dieselben Mittheilungen gemacht habe, die dem Artikel im „Vorwärts" zu Grunde lagen. Während er damals abgelehnt habe, die Sache zu veröffentlichen, habe er nach dem Erscheinen des Artikels die Ueberzeugung von der Wahrheit des Inhalts gewinnen müssen und denselben deshalb unter Quellenangabe nachgedruckt.

Der dritte Artikel, welcher beleidigend sein soll, stammt aus der Cholerazeit und erschien in der „Volks-Zeitung" am 22. September 1892. Der Artikel trug die Ueberschrift: „Eine Quarantäne in Berlin" und kritisirte das Ueberwachungssystem auf dem Lehrter Bahnhofe. Während die

---

Es war dies für mehrere unter uns eine Ueberraschung, weil doch der Stifter dieses merkwürdigen Bundes ein so blutjunger Genosse in der Bewegung war, und trotzdem er anscheinend eine Art halbverdauter Bourgeoisiekultur genossen hatte, doch im Grunde, in politischen und ökonomischen Sachen, ein absoluter Ignorant war. Nach zwei oder drei Zusammenkünften hatten alle Eingeladenen vollauf genug von seinem Bund, und das Ding kam nicht zu stande.

Im November 1885 kam ich nach London zurück und wir beschlossen, den Reuß sehr scharf im Auge zu behalten. Von jetzt ab wurde ich zum Scheine sein guter Freund. Ich hörte von ihm, daß er von dem Vermögen seiner Frau lebe; er sagte mir sogar, wie viele Pfund Sterling er wöchentlich ausgeben könne, und es ist Thatsache, daß er wirklich über ziemlich große Geldmittel verfügte; ich habe Gelegenheit gehabt, dieses öfter in seiner Wohnung zu beobachten. Dagegen erzählte er den englischen Genossen stets, er sei, um sein Leben zu fristen, vollständig auf Uebersetzungsarbeiten angewiesen und diese literarischen Arbeiten müsse er im britischen Museum ausführen. Dies ist aber wieder unwahr, denn im britischen Museum, wo ich jede Woche vier bis fünf halbe oder ganze Tage zubringe, habe ich ihn nur ein einziges Mal angetroffen, und dies eine Mal bestand seine ganze literarische Beschäftigung darin, in Most's „Freie Gesellschaft" und Bebel's „Frau" zu blättern. Er gab an, sich für einen Vortrag über „Die Frau in der Zukunft" vorbereiten zu wollen. Später fing er an, Konzerte zu arrangiren, um Wagner'sche Musik zu popularisiren. Den englischen Genossen sagte er, diese Konzerte bildeten für ihn eine ansehnliche Erwerbsquelle, mir gegenüber aber erzählte er wieder, er müsse an jedem Konzerte drei bis vier Pfund Sterling, also 60 bis 80 M., zusetzen. Und das letztere ist wohl auch der Fall gewesen, denn ich weiß, daß jedesmal zwei Drittel der Zuhörer mit Freikarten versehen waren. Kurz, über seine Existenzmittel hat er nie anderes als Lug und Trug erzählt.

Nach und nach bekam ich auch zu wissen, daß Reuß für seine Korrespondenz eine ganze Anzahl der verschiedensten Adressen benutzte. In die „Socialist League" ließ er sich zwei Abonnements auf den „Sozialdemokrat", sowie zwei Abonnements auf die amerikanische Ausgabe der „Freiheit" kommen; in seine Wohnung bestellte er ein drittes Exemplar der „Freiheit", und zwar die Londoner Ausgabe.[5])

In einem Wiener Kaffeehaus in der Oxford Street bezog er ein Abonnement auf ein Berliner Blatt, in Holborn Viadukt 3, unzählige Briefe, wovon die meisten stets eingeschrieben waren, u. s. w. Ich will hier auch gleich noch hinzufügen, daß, seitdem Reuß aus den englischen und deutschen Vereinen ausgeschlossen wurde, er brieflich in der Londoner Expedition der „Freiheit" auf zwei verschiedene Namen noch auf drei weitere Exemplare desselben Blattes abonnirt hat, und daß seine Abonnements in derselben Zeit und in derselben Anzahl zunehmen, als die Abonnements eines anderen Deutschen, der seit längerer Zeit der Polizeidienste verdächtig erschien, in der Expedition der „Freiheit" abgenommen haben. Vielleicht nur ein mysteriöser Zufall! —

Mittlerweile war ein Genosse von London abgereist, um sich auf einem gefährlichen Posten niederzulassen. Reuß, von Natur aus ein ganz frecher Mensch, schnüffelte so lange überall herum, bis er die Adresse des Genossen X... herausgetüftelt hatte. Als ich merkte, daß er schon Alles wisse, sagte ich ihm, X. wohne wirklich da, werde aber in Bälde nach Deutschland reisen, was indeß nicht der Fall war. Als Reuß dies erfuhr, belästigte er Genosse Trunk, bis dieser ihm eines Tages auf sein ewiges Fragen antwortete: „Ja, X. ist weg!" — Sofort eilte Reuß nach meiner Wohnung und wollte wissen, wohin Freund X. sei. „Nach Berlin," meinte ich, „er geht aber erst nach Augsburg, Nürnberg, Plauen, Leipzig und erst Donnerstag wird er in Berlin ankommen." Am darauffolgenden Dienstag wurden in Augsburg drei Anarchisten verhaftet (und bald darauf wieder freigelassen), in Leipzig bei zwei anderen Haussuchung abgehalten, und am Donnerstag Mittag kam in Berlin ein Detektiv in die Wohnung des Korrespondenten des Genossen X. und knüpfte mit dessen Frau folgendes Gespräch an: „Ist Z.... nicht hier?" — „Nein, er ist soeben nach der Arbeit gegangen." — „Ja, ist denn mein Freund X. noch nicht angekommen? Ich komme ebenfalls von London, und wir sollen uns hier treffen". — „Ich kenne keinen Freund X. aus London. Kommen Sie wieder, wenn mein Mann von der Arbeit zurück ist." — „Heute Abend wird X.... wohl da sein, ich komme wieder."

Er ließ sich nicht mehr blicken. Auf der Straße aber begegnete er dem 10jährigen Knaben dieser Leute und frug auch diesen: „Ist Onkel X... noch nicht bei Dir angekommen?" — „Ick weeß nich," war die Antwort.

Von der ganzen Angelegenheit wußte aber weder der Berliner Genosse, noch unser Freund X... ein Sterbenswörtchen. Nur Trunk und ich hatten diese „Reise" veranstaltet.

Nachdem wir über all' das unterrichtet waren, frug ich den Reuß, ob er vielleicht irgend Jemand Mittheilungen gemacht habe; er betheuerte feierlich das Gegentheil, wurde aber dabei so blaß im Gesicht und stotterte derartig, daß Jeder hätte sehen können, daß er ganz entschieden die Unwahrheit sprach. Ich that aber, als ob ich ihm Glauben schenkte.

Im Monat Februar, nach der Trafalgar-Affäre[6]), wo alle Zeitungen mit den Londoner Unruhen sich beschäftigten und die Bourgeoisie Europa's darüber einen heillosen Schrecken empfand, begegnete mir Reuß im „Kommunistischen Arbeiterverein" und erzählte mir von einem guten Fund, den er gemacht.

Er hatte nämlich Bekanntschaft mit dem Direktor eines Berliner Blattes gemacht und dieser ihm angeboten, für seine Zeitung Artikel zu schreiben. Auf das Erwidern Reuß', er sei Sozialist, soll dieser ihm gesagt haben, das sei gerade, was er haben möchte; Korrespondenzen über soziale Gegenstände.

---

findet bei den Reisen hoher und höchster Personen als eine Art persönlicher Sicherheitspolizei Verwendung — eine Aufgabe, die an Genuß- wie verdienstreich sein mag, da ja Fürstenreisen aktionen ende des 19. Jahrhunderts zu den alltäglichen Staatszählen.

[5]) Damit die Berliner Polizei für ihre verschiedentlichen Zwecke stets rechtzeitig und genügend Exemplare der im Ausland erscheinenden, auf grund des Sozialistengesetzes verbotenen Zeitungen und Broschüren erhielt, mußten die Spitzel und sonstigen Zuhälter der Polizei im In- und Auslande stets unter möglichst unverfänglichen Adressen eine Anzahl dieser Blätter abonniren und dann sofort nach Empfang nach Berlin weiter spediren.

[6]) Nach Schluß einer Arbeitslosen-Demonstration war es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen und zur Plünderung einzelner Läden in Oxford- und Regents-Street — den feinsten Geschäftsstraßen Londons, die etwa der Friedrich- und Leipzigerstraße entsprechen.

Untersuchung der aus Hamburg kommenden Reisenden ärztlicherseits in der Weise vorgenommen werde, daß die verdächtigen Personen nach dem Krankenhause oder nach der Desinfektionsanstalt geschickt würden, sei diese ganze Maßnahme nutzlos, da Leute ohne polizeiliche Ueberwachung nach der Desinfektionsanstalt geschickt worden seien. Es sei somit ganz von dem Ermessen der betreffenden Leute abhängig, ob sie die Anstalt besuchen wollten oder nicht. In diesem Vorwurf erblickte die Anklagebehörde eine Beleidigung. Der als Zeuge vernommene Polizeilieutenant, der auf dem Lehrter Bahnhof den Aufsichtsdienst versehen hat, gab zu, daß Leute, die der Desinfektionsanstalt zugewiesen waren, durchzuschlüpfen vermochten, wenn sie es darauf abgesehen hatten.

Der Staatsanwalt hielt alle drei Artikel für beleidigend und beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von sechs Monaten.

Der Vertheidiger, Rechtsanw. Träger, hob die vielen Umstände hervor, die für den guten Glauben des Angeklagten sprachen. Der letzte Artikel sei überhaupt nicht beleidigend und wegen der beiden ersten Fälle, in denen der Angeklagte das Opfer unzuverlässiger Personen geworden sei, könne eine Geldstrafe wohl für eine ausreichende Sühne gehalten werden.

Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 1200 M. Geldbuße event. 120 Tagen Gefängniß.

Aus der besseren Gesellschaft. Aus Beuthen (Oberschlesien) meldet man der „Voss. Ztg.: Großes Aufsehen erregt die Verurtheilung des reichen und angesehenen 70jährigen Kaufmanns Morgenstern, eines Verwandten von Millionären, zu sechsmonatlichem Gefängniß wegen einer Reihe von Diebstählen in einer Badeanstalt. Unter den Vertheidigern befand sich Abgeordneter Munckel-Berlin. Gegen 50 000 Mark Kaution ist der Verurtheilte aus der Haft entlassen worden. — Aus Mannheim wird telegraphirt: Wilhelm Maaß, der älteste Chef der Firma Salomon Maaß, ist am Mittwoch nach längerem Verhör verhaftet worden. Der mit den Inhabern des Bankhauses befreundete Hopfenhändler Ludwig Mayer hat sich heute früh erschossen.

Soziale Uebersicht.

An sämmtliche deutsche Arbeitervereine!

An die Vorstände politischer Vereine, an die Vorstände von Lese- und Bildungsvereinen, Bildungsschulen und Volksbühnen richte ich die Bitte, mir möglichst umgehend Namen des Vereins und Adresse des Versammlungslokals einzusenden. Es handelt sich um die Aufnahme dieser Adressen in eine Schrift, welche auf den festen Zusammenhalt der organisirten Arbeiter stärkenden Einfluß gewinnen will und gewinnen dürfte. Alle Einsendungen sind, auch während meines demnächstigen Aufenthalts im Gefängniß, zu richten an die unterzeichnete Adresse.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Dr. Franz Diederich,
Dortmund, Burgholzstraße Nr. 51.

Sämmtliche Arbeiter der Nadelfabrik von Ahl in Hof i. B. haben die Arbeit eingestellt, weil ihnen ein zehnprozentiger Lohnabzug in Aussicht gestellt wurde, obschon jetzt nur 18—20 Pf. Stundenlohn bezahlt wurde. Da die meisten der Arbeiter organisirt sind, ist ein Erfolg sicher. Zuzug ist streng fern zu halten.

Anfragen, Sendungen u. s. w. sind zu richten an

Heinrich Kolb,
Hof, Fabrikzeile Nr. 50.

Franz.-Buchholz. An die Zigarren-Arbeiter! Am 1. d. M. ist in der Zigarrenfabrik des Herrn Sismar hier ein Streik ausgebrochen. Wie wir hören, giebt sich der betreffende Fabrikant die größte Mühe, Berliner Kollegen als Streikbrecher heranzuziehen. Wir richten an alle Berliner Kollegen die dringende Bitte, den Zuzug nach hier streng fern zu halten, da die Verhältnisse hier unerträglich sind.

Die Streikkommission.
J. A.: R. Hübner.

Solidarität der Arbeiter. Die Augsburger Former verweigern die Ausführung von Arbeiten für Nürnberger Fabriken und erklären, im Zwangsfalle in den Streik einzutreten; sie unterstützten außerdem die ausständigen Nürnberger Former durch eine ansehnliche Summe. — Bravo!

Die freie Aerztewahl ist nun auch in Mainz zur Einführung gelangt. Eine aus Mainz eintreffende Nachricht besagt: „Nachdem die Generalversammlung der Orts-Krankenkasse bereits im Prinzip beschlossen hatte, entgegen dem seither bestandenen Institut der Kassenärzte die freie Aerztewahl wieder einzuführen, ist es jetzt gelungen, den Beschluß auch zu realisiren. Durch eine Uebereinkunft mit dem ärztlichen Kreisverein können von jetzt ab sämmtliche hiesige Aerzte durch die Mitglieder der Orts-Krankenkasse konsultirt werden. In Arbeiterkreisen wird die neue Einrichtung freudig begrüßt.

Ueber „Arbeiter als Fabrikinspektoren" bringt der „Gewerbefreund", ein kapitalistisches Blatt, folgende vernünftige Notiz: Es verdient Beachtung, daß der englische Minister des Innern den Versuch gemacht hat, 15 Arbeiter zu Fabrikinspektoren zu ernennen, was sich durchaus bewährt hat. Diese haben dazu beigetragen, während ihrer sechsmonatigen Amtszeit wesentliche Uebelstände im Fabrikwesen abzustellen, die sonst unentdeckt geblieben wären. Der Minister hat im Hinblick auf diese Erfolge in seiner letzten Rede die Ernennung von weiteren Fabrikinspektoren in Aussicht gestellt, welche ihre Erfahrungen als regelrechte Fabrikarbeiter gesammelt haben. Auch die weiblichen Fabrikinspektoren, welche früher Arbeiterinnen gewesen, sollen vermehrt werden. Nun also! Wenn der „Gewerbefreund", wie es den Anschein hat, es einsieht, daß Arbeiter am Besten geeignet sind, Uebelstände im Fabrikbetriebe zu kennen und abzustellen, warum tritt er dann nicht unserer Forderung bei, das in England Bewährte, auch in Deutschland zur Einführung zu bringen?

Eine vernünftige Thätigkeit kann unter Umständen auch die Polizei entwickeln. So übt die Elberfelder Polizei seit kurzem eine scharfe Kontrolle nicht über „umstürzlerische" Schriften, sondern über die Nahrungsmittel. Nachdem sie die zum Verkauf gelangende Milch geprüft hat, hat sie nun in etwa 50 Geschäften der Stadt Wurst entnommen, um sie auf ihren Gehalt zu untersuchen.

Die Zeitungen in Deutschland. Für geistige Nahrung sorgen nach der amtlichen Zeitungsliste im Deutschen Reiche nicht weniger als 10 546 Zeitungen und Zeitschriften, und zwar 7690 Stück in deutscher Sprache (gegen 7416 Stück im Jahre 1893) und 2916 Stück in 33 fremden Sprachen (gegen 2847 Stück in 32 fremden Sprachen im Jahre 1893).

Die schönfärberischen Angaben des Herrn v. Bötticher über die Besserung der Erwerbsverhältnisse, die er in der Nothstandsdebatte im Reichstage machte, erfahren immer weitere Anfechtungen. So schreibt man der „Frkf. Ztg." aus Sachsen: Bei den Nothstandsverhandlungen im Reichstage hat der Staatssekretär v. Bötticher über die gegenwärtigen industriellen Verhältnisse Mittheilungen gemacht, die einer Ergänzung durchaus bedürfen. Wir können Herrn v. Bötticher nicht zugeben, daß die Lage der Textilindustrie eine günstige ist. In dem vorwiegend textilindustriellen Sachsen weiß man von einer derartigen günstigen Lage nichts. Selbst in solchen Textilzweigen, die im Winter „Saison" haben, ist das Geschäft still. So liegt die große Wirkwaaren-Industrie sehr fühlbar darnieder. Auch wo größere Aufträge vorhanden sind, haben die Preise einen so niederen Stand erreicht, daß die Rückwirkung auf die Lebenshaltung der Arbeiter eine augenfällige ist. Das giebt auch die Chemnitzer Handelskammer zu. Auch in der sächsischen Posamentenindustrie herrschen ähnliche Verhältnisse. Arbeitslöhne von 80 Pf. bis 1 M. täglich sind nicht selten. Davon soll eine oft 5—6köpfige und auch wohl noch stärkere Familie erhalten werden. „Nothstand" herrscht natürlich in solchen Familien nicht. Auch in der sächsischen Weberei herrschen keineswegs günstige Zustände, ebenso sind die Arbeitslöhne in der Schuhmacherei sehr gering. Auch widersprechen wir dem Herrn Staatssekretär darin, daß in Sachsen gegenwärtig Mangel an ländlichen Arbeitskräften vorhanden sei. Wo eine nur halbwegs annehmbare Stelle offen ist, da kann dieselbe auch sofort wieder besetzt werden.

Aus dem Reichs-Versicherungsamt. Ein vom Arbeiter Finko aus Furtwangen gegen die Tiefbau-Berufsgenossenschaft um Gewährung der Unfallrente anhängig gemachter Prozeß gab den Anlaß, daß sich das Reichs-Versicherungsamt unterm 22. Januar d. J. über eine für das Baugewerbe prinzipiell wichtige Streitfrage zu äußern Gelegenheit hatte. Der bei der Beklagten mit seinem Betriebe katastrirte Arbeitgeber des Finko, ein Bau-Unternehmer, hatte während der Winterszeit dem F. den Auftrag ertheilt, bei einigen seiner Kunden den Schnee von den Dächern zu werfen. F. ist bei dieser Arbeit gestürzt und hat infolge der dadurch erlittenen, seine Erwerbsfähigkeit mindernden Verletzungen den Antrag auf Gewährung der Unfallrente bei der beklagten Berufsgenossenschaft gestellt. Diese hat den Antrag abgewiesen und ihre Entschädigungspflicht verneint, weil bei ihr nur der Baubetrieb des Arbeitgebers versichert sei, das Schneehinabwerfen von den Dächern zu demselben aber nicht gehöre. Der Kläger hat dagegen Berufung eingelegt. Derselben ist vom Schiedsgericht zu Karlsruhe unter der Begründung stattgegeben worden, daß man den Unfall als im Baubetriebe geschehen ansehen müsse, denn, so führte der Gerichtshof aus, es sei gerichtskundig, daß in den Ortschaftin des Schwarzwaldes die schweren Schneemassen oftmals den Gebäuden gefährlich würden. Dieselben müßten von den Dächern beseitigt werden, da diese sonst unter deren Gewicht und auch bei plötzlichem Thauwetter durch das Wasser leiden würden. Habe diese Reinigung ein Bauunternehmer gewerbsmäßig übernommen, so sei sie auch eine Arbeit im Baubetriebe und gleich den übrigen Arbeiten in demselben für mitversichert zu erachten. Gegen diese Entscheidung hat die Berufsgenossenschaft das Rechtsmittel des Rekurses ergriffen. Dasselbe ist vom Reichs-Versicherungsamt unter folgenden begründenden Ausführungen zurückgewiesen worden: Das Hinabwerfen von Schnee könne allerdings allgemein nicht als Bauarbeit' bezeichnet werden. Dagegen sei der Vorentscheidung für diesen Fall beizutreten gewesen; denn hier handle es sich um einen Saisonbetrieb, der im Winter zu feiern gezwungen sei. Das Entscheidende bei dem vorliegenden Streite sei, daß während des Winters von dem Unternehmer Zwecks Erhaltung eines festen Arbeitsstammes und dessen Beschäftigung alle nur irgend ins Fach schlagenden Arbeiten angenommen werden müßten. So lange diese Notharbeiten irgend eine, wenn noch so entfernte Aehnlichkeit mit den sonstigen Arbeiten des einschlägigen Fachs haben, müssen sie dem eigentlichen Betriebe auch zugerechnet werden. So habe auch hier der Arbeitgeber selbst bekundet, daß er alle nur irgend sich darbietenden Arbeiten während des Winters annehmen müsse, um sich die Arbeiter zu erhalten. Da aber die Befreiung der Gebäude von dieselben bedrohenden Stoffen immerhin eine Verwandtschaft mit der Bauthätigkeit habe, so sei die Arbeit unter diesen Umständen allerdings als dem Baubetriebe zugehörig anzusehen gewesen.

Versammlungen:

In einer öffentlichen Versammlung der Bildhauer die am 28. Januar tagte, sprach Genosse Hoffmann in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse." Eine Resolution die mit dem Vortrag ihr Einverständniß bekundet, gelangt nach einer längeren Debatte zur Annahme. Die nächste Versammlung wird sich mit der Stellung zum ersten Mai beschäftigen und die Fortsetzung des Vortrages Ende Februar stattfinden.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 19. Januar. Kollege Beutner, Gewerbegerichtsbeisitzer, gab der Versammlung einen ausführlichen Bericht über die Thätigkeit des Gewerbegerichts und beantwortete eine Reihe an ihn gerichteter Fragen. Der Delegirte der Gewerkschaftskommission empfahl hierauf in seinem Bericht über die Verhandlungen in der Gewerkschaftskommission, den 1. Mai als Feiertag zu begehen. Die Versammlung stimmte einer dahingehenden Resolution zu. In die Agitationskommission wurden sodann gewählt: Frau Glanz, Kollege Wier, Wenk, Witatschek, Dittmann, Thomsen und Freyer. Der Kassenbericht vom Kollegen Wier verlesen, weist eine Einnahme von 339,26 M. und eine Ausgabe von 293,82 M. auf; mithin einen Ueberschuß von 45,44 M., dazu der Bestand vom vorigen Jahre in Höhe von 34,60 M. ergiebt einen Baarbestand von 80,04 M. Zum Schluß fordert Hübner und Dittmann die Kollegen auf, diejenigen Meister zu denunziren, die ihre Arbeiterinnen des Sonnabends nach 5½ Uhr beschäftigen.

Eine gutbesuchte Versammlung der Textilarbeiter (Filiale I) tagte am 20. Januar. Das Referat des Genossen Hoffmann über das Thema: „Das moderne Raubritterthum" wurde recht beifällig aufgenommen und erledigte hierauf die Versammlung die Wahl des zweiten Vorsitzenden, mit welchem Amte der Kollege Fleischer betraut wurde. Vom Kollegen Schuster wird das Ergebniß der Statistik mitgetheilt, die vom Verein in der Hausweberei aufgenommen wurde. Das Gesammtergebniß giebt einen Einblick in die überaus elende Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Berufes. Arbeitszeit von 12—18 Stunden, dabei Löhne von 10—18 M., Anspannung aller Kräfte der Frauen und Kinder, wie es in der Hausindustrie üblich ist, lassen den Schluß ziehen, wenn es weiter bergab geht in der hiesigen Hausweberei, in Kürze wir Zuständen entgegengehen, wie sie nur noch bei den Webern im Eulengebirge zu finden sind. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wird zum Schluß bekannt gegeben, daß am zweiten Osterfeiertag ein gemeinschaftlicher Besuch der Urania arrangirt ist.

Der Verein der Bauanschläger (Berlin W.) beschäftigte sich in einer Versammlung am 21. Januar mit der Frage: „Ist der Zusammenschluß aller drei hier bestehenden Vereine zweckmäßig?" Die Veranlassung zur Erörterung dieses Gegenstandes hatte die letzte öffentliche Versammlung der Berufsgenossen gegeben. Von den Kollegen Kochmann, Deutschmann und Gabriel wurde denn auch sehr lebhaft für den Zusammenschluß plädirt. Nach einer sehr ausgedehnten Diskussion wählte man zwei Delegirte, die Kollegen Kochmann und Gabriel, die in Unterhandlung treten sollen mit den anderen Vereinen, um das Ergebniß der nächsten Versammlung zu unterbreiten.

Die in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am 22. Januar eine Verbandssitzung ab. Die von der Kommission ausgearbeiteten Statuten wurden von der Versammlung genehmigt. Nach Mittheilung des Kollegen Dittmann, Vorsitzender des Ausschusses, findet der Verbandstag Ende März in Berlin statt. Hierauf gab der Kollege Thomsen den Bericht vom Arbeitsnachweis und wurden die anderen Gegenstände wegen der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

Im Verband der Gold- und Silberarbeiter hielt am 22. Januar der Augenarzt Herr Dr. Wurm einen recht interessanten lehrreichen Vortrag über das Thema: „Die Erhaltung der Sehkraft". Der Vortragende gab eine sehr anschauliche Darstellung der Augenerkrankungen, sowie der Ursachen, die diese Erkrankungen zur Folge haben. Die Beantwortung zahlreicher Fragen nach dem Vortrage zeugten von der regen Aufmerksamkeit, mit der die Anwesenden dem Vortrage gefolgt waren. Der hierauf vom Kollegen Tschentscher verlesene Kassenbericht weist eine Einnahme von 397,10 M. und eine Ausgabe von 227,11 M. auf, mithin ein Bestand von 169,99 M. Der Maskenball des Vereins findet am 3. Februar statt.

Eine Wanderversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins tagte am 23. Januar im Lokale Waldemarstr. 75. Frau Rohrlack hatte das Referat übernommen. Rednerin vertritt in einer eingehenden Darstellung den Standpunkt, für die Gewerbe-Inspektion auch weibliche Beamte anzustellen. Eine Resolution, die den gleichen Wunsch ausspricht, wird einstimmig angenommen. Die Resolution soll der Agitationskommission überwiesen werden mit dem Wunsch, dieses Thema auch in Versammlungen außerhalb Berlins zu behandeln.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein (Filiale N.) hatte am 24. Januar eine Versammlung einberufen. Das Referat über: „Die Frau in Dichtung und Wirklichkeit" hatte Genosse A. Hoffmann übernommen. Redner führte aus, wie die Stellung, welche man der Frau in der Dichtung zuweise, wo man sie preise, verherrliche, besinge, im Widerspruch stehe mit dem traurigen Loos, das man der Frau sonst in der Wirklichkeit bereite, wo man sie schmähe, herabsetze, ihr alle Menschenrechte nehme und alle Schuld aufbürde. Zur Diskussion sprachen Frau Noack, Fräulein Zäske und Fräulein Löwenherz.

Eine öffentliche Versammlung der Zimmerer tagte am 28. Januar, um den Bericht der Vertrauensmänner entgegenzunehmen. Dieser Aufgabe entledigte sich der Kollege Obst in sehr ausführlicher Weise. Nachdem die Restanten der Versammlung bekannt gegeben waren, wurde in einer Resolution dem neugewählten Vertrauensmann Fischer der Auftrag, sich von den Schuldnern einen Revers ausstellen zu lassen. Zum Schluß gab Stehr einen Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission. Eine Resolution, die ihr Einverständniß mit der Thätigkeit des Delegirten und der Gewerkschaftskommission ausspricht, wird abgelehnt. Fischer befürwortet hierauf die Arbeits-

---

Ich rieth ihm, das Anerbieten zu benutzen und den Schrecken der Bourgeoisie warm zu halten. Er verlangt von mir Notizen über die vorhandenen Vereine und ich gab ihm diese in der Weise: Was ein Jeder wissen darf und auch weiß, schrieb ich vollständig, was nicht Jedermann wissen sollte, das entstellte ich absichtlich. Der Artikel erschien etwa drei Wochen später, theilweise umgearbeitet, aber nicht in einem deutschen Blatte, sondern als eine Mittheilung des Londoner Nachrichten-Bureaus: der „Central News-Agentur"[1]), und wurde von da aus in verschiedene Blätter des Kontinents aufgenommen. Als ich dem Reuß vorhielt, der Artikel sei nicht in einem deutschen Blatte erschienen, wollte er gar nicht verstehen, auf welche Weise das von der „Central News" ausgegangen sei; er habe es nicht veranlaßt. Ich theilte ihm aber im Laufe der nächsten vierzehn Tage zwei weitere Notizen mit, und auch diese beiden Mittheilungen gingen wiederum von der „Central News" aus. Erst jetzt gestand Reuß mir, daß er in diese Preßagentur als Mitarbeiter eingetreten sei.

Das ist aber noch lange nicht Alles über den ..... Anfangs Mai reiste er nach Deutschland, angeblich um eine Konzert-Tournee zu arrangiren, in Wirklichkeit aber, um mit einer Künstlerin, Madame S....., eine Vergnügungstour zu machen und gleichzeitig für die Polizei thätig zu sein. In Deutschland besuchte er unter dem Vorgeben, von Trunk und mir abgesandt worden zu sein, einen Genossen. Dieser frug bei mir an und ich antwortete per Telegramm, daß Niemand den ..... geschickt habe, er also vorsichtig sein soll. Genosse X... gab Reuß, der nach Düsseldorf weiter reiste, einige Briefe und Zeitungspackete zum Expediren mit. In den Briefen war jedoch nur unbeschriebenes Papier enthalten. Das war die letzte Probe. Später schrieb Reuß dem Genossen X..., er habe alles besorgt.

Nach London zurückgekehrt, erfuhr Reuß, daß er als internationaler Polizeispitzel aus der „Socialist League" ausgeschlossen worden sei. Das geschah am 10. Mai. Kein einziges Mitglied des Vorstandes hatte auch nur ein Sterbenswörtchen zu seinen Gunsten zu sagen gewußt. Er war den meisten Genossen schon seit längerer Zeit verdächtig.

Reuß schrieb nun sofort an diesen oben erwähnten Genossen in Deutschland, man habe ihn der politischen Spionage beschuldigt. „Und dafür habe ich mich in Deutschland noch kompromittirt," fährt er in seinem Schreiben vom 19. Mai 1886 fort, „denn Du mußt wissen — mit den Briefen ging es ja ganz glatt in Düsseldorf, aber mit dem Packet — das konnte ich nicht auf einmal los werden, und scheine ich dadurch auf-

[1]) Für diese Agentur arbeitet Reuß auch heute noch.

gefallen oder sonstwie beobachtet worden zu sein, — kurz und gut, in Neuß kommt ein Polizist mit einem Telegramm an mein Koupee, wonach ich zu verhaften sei... Die Zeitungen aber waren in der Damentasche. Ein Glück für mich! Da keinerlei verbotene Sachen bei mir vorgefunden wurden, wurde ich gegen Erlegung meines gesammten Baargeldes als Kaution (Estr. 13 = 260 M.) wieder freigelassen."

Am 20. Mai kam Reuß in meine Wohnung und verlangte Aufklärung über den stattgefundenen Ausschluß. Ich theilte ihm Alles mit und ließ ihn dann weiter erzählen. Er behauptete, nicht in Neuß (wie er an X... geschrieben hatte) sondern in München-Gladbach verhaftet worden zu sein. Die Dame, mit welcher er reiste und die überhaupt nicht wußte, daß er Sozialist sei, habe gar keine Miene verzogen, und gethan, als ob sie ihn nicht kenne, und sei dann mit dem ganzen Gepäck weitergereist. Er aber sei einem vierstündigen Verhör beim Untersuchungsrichter unterzogen und dann gegen Kaution von 250 M. entlassen worden. Der Richter hatte aber angeblich ganz vergessen, während der vier volle Stunden dauernden Untersuchung ihm den Grund seiner Verhaftung mitzutheilen! Neuß ließ mich dann ein Papier sehen, welches ihm im Amtsgefängniß München-Gladbach eingehändigt worden war.

Ich hielt ihm vor, die Polizei händige öfters derartige Zettel den Spitzeln aus, damit sich dieselben bei den naiveren Genossen legitimiren könnten; er solle den Zettel nur deutschen Genossen zeigen, die würden ihm schon über den Werth desselben Bescheid sagen. Neuß wurde leichenblaß und bat mich nachdrücklicher Weise, doch ja niemandem etwas über diesen Zettel mitzutheilen.

Ich hatte also den Nagel auf den Kopf getroffen und zeigte ihm die Thür!

Am 24. Mai erdreistete sich Neuß noch einmal, mir zu schreiben: „Mein lieber D.! Am Klubleben werde ich mich nach den gemachten Erfahrungen natürlich nicht mehr betheiligen, aber mit einigen wenigen, die ich kennen lernte, möchte ich doch auch ferner in Berührung bleiben. Sie können mich zu jederzeit in meiner Wohnung treffen, u. s. w." Seitdem weiß ich von dem ..... nichts mehr.

Ich füge hinzu, daß die jährliche Konferenz der englischen Delegirten der „Sozialist League" am 13. Juni die Ausschließung des **Charles Theod. Reuß** einstimmig für giltig erklärt hat. Ich besitze nebst anderem Material, das zu veröffentlichen ich mir vorbehalte, die sämmtlichen Briefe und Papiere, auf welche in diesem Artikel hingewiesen ist, und dieselben stehen jederzeit zur Verfügung.

ruhe am ersten Mai und fordert zur regen Agitation für dieselbe auf.

Die Freie Vereinigung der Militärmützenmacher hielt am 27. Januar eine Versammlung ab. Das in Aussicht genommene Referat mußte von der Tagesordnung abgesetzt werden, da der Referent am Erscheinen verhindert war. Man ging deshalb gleich zur Erledigung von Vereinsangelegenheiten über und vollzog zunächst die Wahl der Revisoren, mit welchem Amt die Kollegen Krause, Sievers und Weinert betraut wurden. Ein Antrag, zu der nächsten Delegirtenversammlung der Filialen gleichfalls einen Vertreter zu entsenden, gelangte zur Annahme und wurde dieser Auftrag dem Kollegen Fischöder zutheil. Die nächste Versammlung findet am 10. Februar bei Rößig, Neue Friedrichstr. 44, statt.

Die Kernmacher hatten am 28. Januar eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Genosse Adler in eingehender Weise die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen behandelte. Dem Referat schloß sich eine dem Vortrag zustimmende Diskussion an. Ein Antrag des Kollegen Betsin, ein gemüthliches Beisammensein zu veranstalten, wurde abgelehnt und nach Erledigung einiger anderer unwesentlicher Anträge die Versammlung geschlossen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter hielt am 28. Januar eine Generalversammlung ab. Nach dem Kassenbericht beliefen sich die Einnahmen des Vereins im vorigen Jahre auf 331 M., die Ausgaben auf 447 M. Sodann gab der Vorsitzende einen eingehenden Bericht über die Thätigkeit des Vereins. Danach ist die Mitgliederzahl infolge der traurigen wirthschaftlichen Verhältnisse um ca. 100 zurückgegangen. An Unterstützungen sind an verschiedene streikende Gewerkschaften 140 M. gezahlt. Außerdem sind der Kommission der Gewerbegerichts-Beisitzer 20 M. und dem Gewerkschafts-Bureau 10 M. zur Zeit überwiesen. Aus der darauf vorgenommenen Vorstandswahl gingen hervor: Als 1. Vorsitzender Kollege W. Krause, 2. Vorsitzender R. Hößig, 1. Kassirer A. Freytag, 2. Kassirer E. Jäkel, 1. Schriftführer E. Brand, 2. Schriftführer Costroa. Beisitzer: Grunow, Haack und Albrecht. Zu Revisoren wurden die Kollegen Brendel, Carius und Curt, in die Rechtsschutz-Kommission Pratsch, Finke, Schneider, Lehmann und Grahl gewählt. Nachdem noch ein Antrag, den streikenden Schuhmachern 20 M. zu bewilligen, angenommen, wurde nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten die Versammlung geschlossen.

Eine gutbesuchte Versammlung des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen tagte am 29. Januar im Berliner Prater. Die Arbeiterinnen in der Damenkonfektion waren zu dieser Versammlung besonders eingeladen und zahlreich erschienen. Reichstagsabgeordneter Paul Reißhaus schilderte in treffender Weise die Zustände in der Damenkonfektion, die erbärmliche wirthschaftliche Lage der Arbeiterinnen. An einer statistischen Uebersicht weist Redner sodann den ungeheuren Aufschwung der Konfektions-Branche nach. Die Folge dieser Entwickelung ist die immermehr sich ausbreitende Hausindustrie, das Zwischenmeistersystem mit all seinen Auswüchsen und verderblichen Einflüssen, lange Arbeitszeit, niedere Löhne und schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterinnen. Alle Arbeiterschutzgesetze sind für die Frauen in der Hausindustrie bedeutungslos, weil sich ihr Wirkungskreis nicht bis dahin erstreckt, weshalb jene Uebelstände weiter wuchern können. Es giebt in der Mäntelkonfektion kaum noch 5 Monate im Jahre vollauf Beschäftigung. Nothwendig sind die Arbeiterinnen gezwungen, dann Tag und Nacht zu arbeiten. Statistisch ist festgestellt, daß der jährliche Verdienst der Mäntelnäherinnen nicht hinreicht, das Allernöthigste zum Leben zu beschaffen. Die maschinelle Fortentwicklung macht in vielen Berufen bedeutende Arbeitskräfte überflüssig, von denen sich ein beträchtlich Theil der Konfektionsarbeit zuwendet. Unkenntniß der Verhältnisse läßt diese unwillkürlich zu Lohndrückern werden.

In anbetracht dieser elenden Zustände heißt es für die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Berufes mit aller Entschiedenheit für die Forderungen eintreten, die die schlimmsten Auswüchse dieses Systems beseitigen können. Dazu gehört: Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Hausindustrie; Verkürzung der Arbeitszeit bei entsprechender Lohnerhöhung; Abschaffung des Stücklohnes, Einführung des Zeitlohnes. Diese Forderungen haben die Arbeiter hinauszuschreien gleich den nothleidenden Agrariern bis sie gehört werden. (Lebhafter Beifall.) In der Pause nach dem Vortrag ließen sich zwanzig Mitglieder aufnehmen. Die Diskussion gestaltete sich zu einer recht lebhaften, in der der Schneidermeister Volkmann in der bekannten Manier aller Schwätzer ein Konglomerat von Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie zum Besten gab, der er eine Schilderung der überaus großartigen Lohnverhältnisse in der Mäntelbranche folgen ließ. Die nachfolgenden Redner, Timm und der Referent, fertigten den Herrn in der gehörigen Weise ab. Der Vorsitzende Haase giebt zum Schluß bekannt, daß am Sonntag, den 11. Februar, in der Berliner Ressource ein Maskenball stattfindet und fordert zum regen Besuch der am Montag, den 5. Februar, bei Marten stattfindenden öffentlichen Versammlung auf.

Der Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin) hielt am 29. Januar eine Generalversammlung ab. Dem sehr umfangreichen Kassenbericht des Kassirers Post ist zu entnehmen, daß die Gesammteinnahmen 5766,84 M. und die Ausgaben für die Hauptkasse 3149,17 M. betragen. Am Ort war ein Kassenbestand von 3193,03 M. vorhanden, dem eine Ausgabe von 1107,55 M. gegenübersteht; folglich ein gegenwärtiger Kassenbestand von 2085,48 M. Der Bericht des Vorsitzenden kann erfreulicher Weise auf einen Zuwachs der Mitgliederzahl hinweisen, der auch trotz der schlechten Geschäftslage in diesem Quartal anhält. Der Bericht des Kollegen Wiedemann vom Arbeitsnachweis giebt folgende Uebersicht. Es waren im letzten Quartal 605 Gesuche nach Arbeitskräften vorhanden. Die Zahl der Angebote belief sich aber auf 1185. Eine ausführliche Darstellung nach Berufen geordnet soll in nächster Zeit zur Kenntniß gebracht werden. Sodann wird bekannt gegeben, daß vom 1. April ab der Arbeitsnachweis nach der Annenstr. 30 verlegt wird. Hierauf folgte der Bericht der Bezirksleiter und Werkstatt-Vertrauensmänner, der im allgemeinen ein zufriedenstellendes Ergebniß in der Agitation aufweist. Eine rühmliche Ausnahme davon machte Friedrichsberg, dem dortigen Obmann konnte es beim besten Willen nicht gelingen, eine Versammlung abzuhalten, die den bescheidensten Ansprüchen genügt hätte. Nach dem Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission, die im ganzen 25 Sitzungen anberaumt hatte, wird zur Ergänzungswahl des Vorstandes geschritten. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender Hintz; 1. Kassirer Post; 1. Schriftführer Sommer; Revisor Dann; Ersatzleute Manns und Otto. Zum Schluß wurden die Mitglieder der Werkstatt-Kontrollkommission von der Versammlung bestätigt.

Die Klavier-Arbeiter hatten am 30. Januar eine sehr gut besuchte Versammlung, in der Genosse Paul Jahn über „Gefängnißarbeit" sprach. Redner gab ein anschauliches Bild von der Behandlung und Ausbeutung der Gefangenen und rügte, daß der Vortheil der geringen Entlohnung der Gefangenen dem Privatkapitalisten zu gute kommt, während freie Arbeiter der betreffenden Branche dadurch arbeitslos werden und die Kosten der Rechtspflege und der Gefängniß- bezw. Zuchthausstrafe von den Bürgern aufzubringen sind. Die Versammlung erörterte im Anschluß an diese mit Beifall aufgenommenen Ausführungen die Produktionsweise des Pianoforte-Fabrikanten Joseph, in Firma Mittag Nachfolger, der damit begonnen hat, die Gefängnißarbeit in der Pianofortebranche einzuführen. Genosse Mattutat wies darauf hin, daß nur die großen Unternehmer in der Lage sind, Gefängnißarbeit für sich auszunutzen, und daß demgemäß auch die kleineren Unternehmer darunter zu leiden haben, indem sie die Schundkonkurrenz nicht aushalten können und zum Bankerott oder zur Aufgabe ihres Betriebes gezwungen werden. Redner forderte nicht blos die Arbeiter dieser Branche, sondern auch die kleinen Unternehmer auf, energisch gegen die Gefängnißarbeit Front zu machen. Nach einer längeren Diskussion, die sich im wesentlichen um die Zustände in der genannten Fabrik drehte, nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Die gesammte Klavierindustrie liegt infolge der von Jahr zu Jahr sich steigernden Krisen vollständig darnieder. Tausende von Arbeitern liegen beschäftigungslos auf der Straße. Wie aber die Arbeitslosigkeit geradezu künstlich gesteigert und unsere Industrie total zu Grunde gerichtet wird, zeigt die Produktionsweise des Pianoforte-Fabrikanten Joseph, in Firma Mittag Nachfolger. Dieser Herr läßt seine Klaviere theilweise im Korrektionshause zu Strausberg durch Sträflinge herstellen. Selbstverständlich kann nur ein sehr minderwerthiges Instrument hergestellt werden. Die Versammlung giebt auch im Interesse des kaufenden Publikums Kenntniß von der Herstellungsart der Klaviere dieses Herrn. Ferner erwarten die Berliner Klavierarbeiter, daß die Pianofortefabrikanten und Händler Stellung zu einer derartigen Konkurrenzwuth nehmen." Das Bureau wurde beauftragt, diese Resolution in geeigneter Weise, namentlich auch in England, dem Hauptabsatzgebiet der Firma öffentlich bekannt zu geben. Der Bericht von der Gewerkschaftskommission wurde für die nächste Versammlung vertagt.

Die selbständigen Kürschner Berlins hatten am 1. Febr. eine Versammlung bei Seefeldt einberufen. Genosse Metzner legte in einem beifällig aufgenommenen Vortrage die Nachtheile der hausindustriellen Beschäftigung dar, welche dem Arbeitgeber wesentliche Erleichterungen gewährt, während der „selbständige" Arbeiter gezwungen ist, zu allen sonstigen Unkosten noch die Miethe für den Arbeitsraum und damit die drückende Miethssteuer zu tragen. Redner geht des Näheren auf die Zustände in der Pelzkonfektion ein und zeigt an einigen drastischen Fällen, wie oft schon durch die Entscheidungen des Gewerbegerichts festgestellt ist, daß selbst der geringe Verdienst der Hausindustriellen durch allerlei Chikanen noch geschmälert wird. — In der sehr lebhaften und ausgedehnten Debatte wurden die Zustände bei der Firma B. Manheimer einer gründlichen Kritik unterzogen. Eine Resolution, welche sich gegen die angeführten Mißstände richtet und schleunige Abhilfe verlangt, wurde einstimmung angenommen. — Bemerkenswerth ist, daß Nauk und Hartmann sich zunächst weigerten Plakate anzunehmen, auf welchen der Name der oben genannten Firma verzeichnet war, weil das eine „Beleidigung" des Herrn Manheimer sei; schließlich haben sie sich doch eines Besseren besonnen und die Plakate anheften lassen.

In der öffentlichen Versammlung Berliner Gastwirthsgehilfen am 1. d. M. sprach Genosse Pötzsch über den im März d. J. in Berlin stattfindenden Kongreß. Redner sprach sich dahin aus, daß zu demselben nur solche Delegirte zugelassen werden sollten, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Die auf dem Kongreß zur Tagesordnung stehende Organisationsfrage würde nach Meinung des Referenten Anlaß zu größeren Meinungsverschiedenheiten geben. Von Hamburg aus würde jedenfalls für die Zentralisation Propaganda gemacht werden. Aus Zweckmäßigkeitsgründen erklärte sich Referent für Beibehaltung der jetzt bestehenden lokalen Organisationsform. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung des Kongresses würde die Fachpresse bilden resp. die Frage der eventl. obligatorischen Einführung des Fachorgans „Der Gastwirthsgehilfe". Die Forderung eines 36 stündigen Ruhetages in jeder Woche erscheine ihm als ein besonders wichtiger Gegenstand. Die behördlicherseits veranstaltete Enquete sei durchaus unzulänglich, indem z. B. staatliche und städtische Betriebe gänzlich übergangen worden seien. Der Kongreß hätte gegen diese Enquete zu protestiren und zu veranlassen, daß in ganz Deutschland zur Ergänzung der behördlichen Enquete Fragebogen nach dem Muster derjenigen des Berliner Vereins verausgabt werden. Ferner hätte der Kongreß Stellung zu nehmen zur Lehrlingsfrage und eine gesetzliche Regelung zu erstreben. Die zu wählenden Delegirten empfahl Referent ohne gebundenes Mandat zu entsenden. Das Referat fand in bezug auf die Zulassung zum Kongreß nicht die volle Zustimmung der Versammelten. Gastwirth Martin Herzberg wünschte entschieden, daß der Zutritt zu dem Kongresse ohne Rücksicht auf die politische Parteistellung gewährt werde. Charles stellte die Lohnfrage in den Vordergrund. Die Diskussion wurde hier unterbrochen und zunächst die Wahl von 5 Delegirten zum Kongresse vollzogen. Gewählt wurden Schröder, Strölinger, Beier, Pötzsch und Zeiske. Nach Vollzug der Wahl wurde die Diskussion fortgesetzt. Strölinger bemerkt, daß von der Hamburger Kongreß-Kommission die Stellenvermittelung als sechster Punkt auf die vorläufige Tagesordnung gesetzt worden sei. Er wünschte gesetzliche Maßnahmen gegen das Kommissionärunwesen und gegen die Ausbeutung der Lehrlinge, Inspektion der Schlafräume 2c. Wegner hätte auch nichtorganisirten Kollegen Vertretung auf dem Kongresse gewünscht. Nach einer Erwiderung des Referenten auf die Ausführungen der Vorredner stellte derselbe den Antrag, am Freitag, den 9. d. Mts., Nachts 12 Uhr, eine Fortsetzung der Versammlung stattfinden zu lassen und die noch erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Dieser Antrag wurde angenommen. Ebenso nachfolgender Antrag: „Die Versammlung beantragt: „Der Kongreß der Angestellten im Gastwirthsgewerbe möge beschließen, Erhebungen über die Länge der Arbeitszeit, über die Lohn- und Wohnungsverhältnisse, über den Ruhetag, über die Stellenvermittelung und das Lehrlingswesen durch Verbreitung von Fragebogen über ganz Deutschland vorzunehmen." Nach langer lebhafter Diskussion fand eine Resolution Annahme, in welcher die Versammlung ihr Bedauern ausdrückt, daß die Lokalkommission die Frage bezüglich der Sperre der bekannten drei Lokale, die zu Arbeitslosen-Versammlungen verweigert wurden, so lange in der Schwebe lasse.

Der Wahlverein für Teltow-Beeskow-Charlottenburg hielt am 31. Januar in letztgenanntem Ort, Bismarckstr. 74, seine Mitglieder-Quartalsversammlung ab. Nach einem beifällig entgegengenommenen Vortrage des Genossen Hansen erstattete der Kassirer Schnell den Vierteljahresbericht. Mit dem Bestand von 251,13 M. betrugen die Einnahmen im 4. Vierteljahr 1893 335,38 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 142,95 M., somit verblieb am Anfang des Jahres ein Bestand von 192,43 M. Revisor Kube bestätigte die Richtigkeit der Abrechnung. Der Vorsitzende Beier theilte mit, daß die Einnahmen beim Stiftungsfest am 2. Dezember bisher 112,50 M., die Ausgaben 91,55 M. betragen haben. Genaue Abrechnung sowohl über dieses als über das am 3. Weihnachtsfeiertag stattgefundene Vergnügen erfolgt in der nächsten General-Versammlung. Ferner unterbreitete Beier der Versammlung einen Antrag des Vorstandes auf Neugestaltung der Organisation des Vereins. Die Erfahrungen bei der letzten Reichstagswahl hätten gezeigt, daß es unserer Bewegung nur nützlich sein könne, wenn eine stetige intensive Agitation betrieben werde von Leuten, die in einem bestimmt abgegrenzten Stadtbezirk selbst wohnen und so in der Lage sind, persönlich auf ihre Mitbürger einzuwirken. Zu diesem Zweck soll jeder der sechs Kommunal-Wahlbezirke Charlottenburgs wiederum in kleinere Bezirke mit je einem Führer an der Spitze eingetheilt werden. Diese Bezirksführer unterstehen ihren Abtheilungsführern, welche berechtigt sind, allen Vorstandssitzungen beizuwohnen. Damit die Behörde nicht die Möglichkeit erhält, diese sechs Abtheilungen als besondere Vereine hinzustellen, welche mit einander in unerlaubte Verbindung treten, so haben die Wahlen der respektiven Obmänner in den Vereinsversammlungen stattzufinden. Die Abtheilungen unterstehen dem Vorstand, dem über alle vorkommenden Arbeiten Bericht zu erstatten ist. Zur nochmaligen Durchberathung dieses Organisations-Entwurfes wählte die Versammlung eine fünfgliedrige Kommission, welche gleichzeitig beauftragt wurde, das Vereinsstatut ebenfalls einer Prüfung zu unterziehen. Die Mitglieder werden ersucht, Wünsche resp. Anträge auf Aenderung des Statuts durch den Vorsitzenden Beier der Kommission zu übermitteln. Der Kommission gehören an: Kube, Grüneberg, Wilh. Schulz, Jähnert und Sprennberg. Gerechte Entrüstung rief eine Notiz in der „Charlottenburger Gemeinde-Zeitung" vom 28. Januar hervor, die Beier verlas. In derselben wird behauptet, die großen Fabriken am Salzufer (Siemens u. Halske, Freund u. s. w.) seien mit Aufträgen überhäuft und die Nachfrage nach Arbeitskräften wäre eine recht lebhafte. Auch auf allen Bauten herrsche rege Thätigkeit, so daß von einer eigentlichen Arbeitsnoth in diesem Winter nicht die Rede sein könne. — Von mehreren Arbeitern aus einigen dieser Fabriken wurde übereinstimmend bekundet, daß diese Behauptung die Thatsachen geradezu auf den Kopf stelle. Alle konnten über fortgesetzte Entlassungen vieler Arbeiter und Beschränkung des Betriebes auf die Tagesstunden und die damit im Zusammenhang stehenden Lohnherabsetzungen gerade in diesen Fabriken berichten. Der Lügenbericht der betreffenden Zeitung soll auf die Tagesordnung einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung gestellt werden. — Schließlich bewilligte die Versammlung die Mittel zur Anschaffung einiger naturwissenschaftlicher Werke für die Bibliothek. Vom Kassirer wurde noch bekannt gegeben, daß er gezwungen sei, verschiedene Mitglieder zu streichen, falls nicht ein Gesuch um Stundung der Beiträge erfolge.

Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 38. Sonntag, den 4. Februar, Vormittags 10½ Uhr, Vortrag über: „Unfehlbarkeit".

Ethische Gesellschaft. Sonntag, den 4. d. Mts., Abends 8 Uhr: Zwei Versammlungen. 1. Im Gratweil'schen Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79, Referent Herr Dr. Heymann über: „Staat, Kirche und Moral." 2. Grenadierstraße 33, Referent Herr Stadtverordneter Theodor Metzner über: „Die neuesten Erscheinungen im Lichte der Sittlichkeit."

In der **Humanistischen Gemeinde**, Kommandantenstraße 79, hält am nächsten Sonntag, Vormittags 10½ Uhr, der Lehrer der humanistischen Gemeinde, Herr G. Schäfer, den zweiten Vortrag seines am 21. Januar begonnenen Zyklus: „Fortgang der christlichen Kultur im Mittelalter."

Tischler-Verein. Sonnabend, den 3. Februar, Abends 9 Uhr, Melchiorstraße 15: Versammlung mit Damen. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. med. Heymann.

Verein der Rügenwalder. Sonnabend, den 3. Februar, Abends 9 Uhr, Leipzigerstr. 124.

Achtung, **Schaffarbeiter.** Sonnabend, den 3. Februar, Abends 9 Uhr, große öffentliche Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Jahn über: „Die französischen Arbeiter-Assoziationen. 2. Wahl eines Delegirten zur Gewerkschaftskommission. — Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig.

Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin 1. Montag, den 5. Februar, Abends 8½ Uhr, Grünerweg 29. Mitgliederversammlung. Vortrag des Herrn Dr. Heymann.

Bildhauer. Oeffentliche Versammlung der Stein-Bildhauer am Sonntag, den 4. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 16. (Siehe Inserat am Sonnabend.)

Verein der Hananschläger Berlins und Umgegend. Versammlung am Sonntag, den 4. Februar, Vormittags 10½ Uhr.

Vergnügungsverein Eintracht. Sonntag, den 4. Februar, Nachmittags 4½ Uhr, Sitzung mit Fidelitas im Lokal des Herrn Tempel, Langestraße 44.

Theaterverein Vulkania. Sonnabend, den 3. Februar, Abends 9 Uhr, im Gesellschaftshaus, Gartenstraße 13/14. Fidelitas und Aufnahme neuer Mitglieder.

Vergnügungsverein Einigkeit. Sonntag, den 4. Februar, Nachmittags 5 Uhr. Sitzung im „Englischen Hof", Neue Roßstraße 3. Nachher Fidelitas.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Sonntag, den 4. Februar, Vormittags präz. 9½ Uhr. Ausschuß-Sitzung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Vertretung sämmtlicher Vereine.

Neuer Berliner Handwerkerverein. Sonnabend, den 3. Februar, Abends 9 Uhr, Rosenthalerstr. 38. Vereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. H. Gerstmann über: Die Sonne.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend, Abends 8½—10½ Uhr. Ost-Schule, Markusstraße 31: Unterricht in Rechnen. Süd-Ost-Schule, Reichenbergerstr. 133: Unterricht in: Volksthümliche Medizin. In allen Unterrichtsfächern können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 3 Tr. **Sonnabend**, Abends 9 Uhr: Uebungsstunde, Aufnahme neuer Mitglieder. Grüne Eiche, Rixdorf, Hermann- u. Knesebeckstraßen-Ecke bei Lenerle. — Urania, Landsbergerstraße 31 bei Mutzbold. — Sanges-Echo, Naunynstraße 90, bei Zubeil. — Freundschaft 2, Friedenstraße Nr. 48 bei Tollkühn. — Glück zu, Prinzen-Allee 57. — Esmeralda, Fruchtstr. 70 bei Mitsche. — Liederkranz in Brandenburg, Mengert's Volksgarten. — Hand in Hand 2, Friedrichsberg, Friedrich Karlstr. 11 bei Heinecke. — Gesundbrunner Männerchor, Gesundbrunnen, Prinzen-Allee 15. — Frisch auf, Friedrichsberg, Rummelsburgerstraße bei Deckert. — Vorwärts 7, Rummelsburg, Goethe- und Kantstraßen-Ecke bei Greinert. — Immergrün, Tegel, Spandauerstr. bei Renner. — Frisch auf 2, Schönwalde in der Mark bei Restaurateur Schulz. — Lorbeerzweig, Swinemünderstraße 35 bei Quetsch.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund der geselligen Arbeitervereine betreffend sind zu richten an: P. Henkel, Bergmannstr. 14, Hof 2 Tr. **Sonnabend:** Theaterverein Iphigenia, bei Kramer, Rixdorf, Hermannstr. Nr. 140. — Theaterverein Aurelia, Mendelssohnstr. 9 bei Miethe Abends 9 Uhr. — Vergnügungsverein Einigkeit, Manteuffelstr. 67, Abends 8½ Uhr. — Geselliger Verein Deutsche Eiche, Kohlen-Ufer 2, bei Bech. — Zitherklub Gemüthlichkeit, Lindenstr. 105, im Bürgergarten. — Nordklub Geselligkeit, Prenzlauer Allee 24, bei Trühler, alle 14 Tage. — Theaterverein Lessing, Langestr. 9, bei Kiezewski.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonnabend. Paul Nickel'scher Musikverein Allegro bei Spindler, Reichenbergerstraße 118, Ecke Forsterstraße.

Turnverein Gesundbrunnen. Die 2. Männerabtheilung turnt heute von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle, Freienwalderstr. 33.

Bühnenverband Normania jeden letzten Sonnabend im Monat bei Leichnitz, Königsbergerstr. 34. Privattheatergesellschaft Schneeglöckchen, Abends 8½ Uhr bei Schulz, Brunnenstr. 116. — Theaterverein Berliner Bär jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. Abends 8½ Uhr, Köpenickerstraße 65a. — Theaterverein Lessing. Jeden ersten und letzten Sonnabend im Monat 9 Uhr Abends Sitzung bei Rudolph, Krautstr. 6. — Privat-Theatergesellschaft Veneta, Sitzung mit Damen jeden Sonnabend Abend 8½ Uhr bei Pape, Kolbergerstr. 22. Theatergesellschaft Edelweiß, Sonnabend 8½ Uhr, Sitzung mit Damen bei Raoul Abroe, Chorinerstr. 68. — Vulkania, 9 Uhr, Sitzung in Jäger's Gesellschaftshaus, Gartenstr. 13—14. Fidelitas. — Verein Morgenstern, 9 Uhr, Sitzung mit Damen im Restaurant von Krone, Wörtherstr. 11. Nach der Sitzung Fidelitas.

Geselliger Verein Freundschaft, jeden Sonnabend Abends 9 Uhr im Restaurant Bautz, Blumenstr. 10. Sitzung mit Fidelitas.

Vergnügungsverein Azalia 8½ Uhr bei O. Heindorf, Barnimstr. 18. — Vergnügungsverein Lustige Jugend Abends 9 Uhr, im Restaurant Lautenbach, Cuxerstr. 3. — Vergnügungsverein Lustige Zecher Abends 8½ Uhr Mendelssohnstr. 9. — Vergnügungsverein Carmen Sylva Sitzung 9 Uhr im Restaurant von O. Mill, Mariannen-Ufer 3. — Geselliger Verein Linde jeden Sonnabend 9 Uhr bei Grawe, Brunnenstr. 147. — Vergnügungsverein Harmlos, Sitzung mit Damen Sonnabend, Abends 9 Uhr, Blumenstr. 46 bei Wenk. Mitglieder pünktlich. — Theaterverein Freundeskreis 9 Uhr, im Restaurant Kaporke, Solmsstr. 1. — Vergnügungsverein Lustig, Sitzung Abends 8½ Uhr, bei Halbe, Reichenbergerstr. 149. — Rauchklub Blaue Quaste, Sonnabend 9 Uhr bei Mücke, N., Wöhlertstr. 2. — Rauchklub Dornröschen, Sitzung Abends 9 Uhr, bei Krüger, Zeunstraße 6. — Rauchklub Weiße Wolke, Bernauerstr. 14, bei Hennch. — Rauchklub Eiserne Pfeife, Mittwoch und Sonnabend Sitzung bei Weinert, Adalbertstr. 10, Abends 9 Uhr. — Schieß-Klub Fein-Korn, Köpnickerstr. 230, Restaurant Haun, tagt Sonnabend und Montag.

Skatklub Gordischer Knoten, jeden Sonnabend 9 Uhr bei Kar Schilling, Pücklerstr. 56. — Dansk Forening Freia (Dänischer Verein Freia), Lindenstraße 106 bei Poppe. — Verein ehemaliger Schüler der 30. Gemeindeschule, Abends 9 Uhr, Restaurant Freitag, Koppenstraße 65. — Geselliger Verein Italia, jeden Sonnabend im Restaurant Volke, Kolbergerstr. 23.

Skatklub Kreuzbube bei Steuer, Weinstr. 22. — Skatklub Revolution Abends Reichenbergerstr. 73, bei Faulmann. — Kartenklub Nulle tagt jeden Sonnabend und Montag im Restaurant Humboldthein, Hochstr. 32a. — Skatklub Blaue Blouse, jeden Sonnabend bei Wutke, Graudenzerstraße 2. — Skatklub Einigkeit bei Grube, Mariendorferstraße, Ecke Solmsstraße.

Touristenverein Wanderlust Abends 9 Uhr im Restaurant Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris. Rue St. Honoré 314 Café du Lion de Belfort. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung: reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht.

London. Der einzige hiesige sozialdemokratische Verein Londons, der alte, von Karl Marx und Friedrich Engels 1840 begründete Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich nach, wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Rd., W. London.

Briefkasten der Redaktion.

L. A. Sie sollten doch wissen, daß es bei dem heutigen Dichten und Trachten unserer Justiz heißt: Ja, Bauer, das ist ganz was anderes! Im übrigen wollen wir Ihre Anregung bei Gelegenheit befolgen.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.